



Rheinland-Pfalz

PÄDAGOGISCHES
LANDESINSTITUT

SPURENSUCHE – ORTE DER DEMOKRATIEGESCHICHTE



Foto: Stiftung Hambacher Schloss

In den PL-Informationen werden Ergebnisse veröffentlicht, die von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten unter Einbeziehung weiterer Experten erarbeitet und auf der Grundlage der aktuellen pädagogischen oder fachdidaktischen Diskussion für den Unterricht oder die Schulentwicklung aufbereitet wurden. Mit ihnen werden Anregungen gegeben, wie Schulen bildungspolitische Vorgaben und aktuelle Entwicklungen umsetzen können.

Die PL-Informationen erscheinen unregelmäßig. Unser Materialangebot finden Sie im Internet auf dem Landesbildungsserver unter folgender Adresse:

<http://bildung-rp.de/pl/publikationen.html>

Die vorliegende Veröffentlichung wird gegen eine Schutzgebühr von 6,00 Euro zzgl. Versandkosten abgegeben.

Bestellungen richten Sie bitte an das Pädagogische Landesinstitut: **bestellung@pl.rlp.de**

Impressum

Herausgeber:

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz
Standort Bad Kreuznach
Röntgenstraße 32
55543 Bad Kreuznach
pl@pl.rlp.de

Redaktion:

Ulrich Eymann, Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Skriptbearbeitung:

Corina Blumenröder-Zimmer, Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Titelbild:

Stiftung Hambacher Schloss

Erscheinungstermin 2014

© Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz 2014

ISSN 2190-9148

Soweit die vorliegende Handreichung Nachdrucke enthält, wurden dafür nach bestem Wissen und Gewissen Lizenzen eingeholt. Sollten dennoch in einigen Fällen Urheberrechte nicht berücksichtigt worden sein, wenden Sie sich bitte an das Pädagogische Landesinstitut Rheinland-Pfalz.

INHALT

Vorwort

Zur Konzeption der Handreichung

1.	Historische Lernorte mit pädagogischen Angeboten vor Ort	7
1.1	Das Deutschhaus in Mainz als Ort der Demokratieerziehung (Dr. Ralph Erbar)	7
1.2	Zweibrücken und der „Preßverein“ von 1832 (Ulrich Eymann)	18
1.3	Hambacher Schloss und Hambacher Fest 1832 (Ulrich Eymann)	23
1.4	Kaiserslautern und die Revolution 1848/49 (Ulrich Eymann)	27
1.5	Kirchheimbolanden und der Kampf der Freischärler von 1849 (Ulrich Eymann)	32
1.6	Trier und das Geburtshaus von Karl Marx (Ulrich Eymann)	36
1.7	Osthofen und die Beseitigung der Demokratie 1933/34 (Dr. Irene Nehls)	40
1.8	Hinzert und die NS-Diktatur (Steffen Reinhard)	44
1.9	Rhöndorf und das Konrad-Adenauer-Haus (Gernot Stiwitz)	48
1.10	Unkel und das Willy-Brandt-Haus (Gernot Stiwitz)	52
1.11	Hasselbach und die Friedensbewegung 1986 (Ulrich Eymann)	55

2.	Historische Lernorte ohne pädagogische Angebote vor Ort	59
2.1	Nassau und der Freiherr vom Stein: kein Demokrat, aber ein „Wegbereiter der Demokratie“? (Daniel Bernsen)	59
2.2	Koblenz – (k)eine Hauptstadt? Erinnerungsspuren der frühen Geschichte von Rheinland-Pfalz mit Geocaching entdecken (Daniel Bernsen)	74
3.	Ein Längsschnitt zur Demokratiegeschichte auf dem Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz (Dr. Ralph Erbar)	81
4.	Serviceteil	86
4.1	Hinweise zu weiteren Orten mit demokratiegeschichtlichen Angeboten in Rheinland-Pfalz	86
4.2	Exkursionstipps Bundesstadt Bonn	88

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

eine erfolgreiche Demokratieerziehung gehört sicher zu den elementarsten und wertvollsten Investitionen in unsere Zukunft. Es freut mich daher besonders, dass zahlreiche Schulen des Landes ihren Schülerinnen und Schülern das Erlernen und Erleben von Demokratie verstärkt ermöglichen. Dies tun sie im Unterricht, mit Hilfe demokratiepädagogischer Instrumente oder mittels historisch-politischer Projektarbeit.

Mit der vorliegenden Handreichung wollen wir Schulen bei dieser Arbeit unterstützen. Sie liefert einen Überblick über bedeutende Lernorte zur Demokratiegeschichte, macht pädagogische Angebote und gibt Anregungen zur vertiefenden Arbeit. Die Broschüre zeigt so auf vielfältige Weise, wie Geschichte Schülerinnen und Schülern lebendig vermittelt und nähergebracht werden kann.

Außerschulische Lernorte sind ein geeignetes Beispiel, um lokale Bezüge zur Demokratiegeschichte herzustellen und sich intensiv mit gegenwarts- und handlungsorientierten Fragen der historisch-politischen Bildung zu befassen. Die Koordinierungsstelle „Zeugen der Zeit“ des Pädagogischen Landesinstituts wiederum ermöglicht sehr beeindruckende Begegnungen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Mit zahlreichen Anregungen trägt die Publikation konkret dazu bei, Demokratie für Schülerinnen und Schüler erlebbar zu machen.

Mein Dank gilt dem Pädagogischen Landesinstitut für die fachliche Unterstützung sowie allen Lehrkräften, die an der Erarbeitung dieses Bandes mitgewirkt haben. Ein großer Dank gilt zudem Ihnen als Lehrerinnen und Lehrern für die überzeugte und engagierte Arbeit zur Demokratieerziehung Ihrer Schülerinnen und Schüler.

Gerade Rheinland-Pfalz hat im Bereich der Demokratiegeschichte vieles zu bieten. Ich würde mich daher freuen, wenn Sie diese Broschüre gewinnbringend einsetzen können und ebenso spannende wie lehrreiche Exkursionen mit Ihren Schülerinnen und Schülern durchführen.

Für Ihre weitere Arbeit wünsche ich viel Erfolg.

Hans Beckmann
Staatssekretär im Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Zur Konzeption der Handreichung

Demokratie ist weder eine Selbstverständlichkeit noch ein Geschenk des Himmels. Demokratie wird von Menschen erkämpft und verteidigt, die davon überzeugt sind, dass eine Gesellschaft nur gerecht funktionieren kann, wenn alle die Möglichkeit haben, aktiv an ihrer Mitgestaltung mitzuwirken.

Wenn wir heute in Deutschland eine funktionierende – wenngleich sicher nicht perfekte – demokratische Ordnung haben, so bedurfte es dazu in der Vergangenheit des Einsatzes und Engagements zahlreicher Menschen. Dies ins Bewusstsein auch der heutigen Generation von Schülerinnen und Schülern zu rücken, ist eine wichtige Aufgabe der Schule, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass auch heute das Erreichte verteidigt werden muss und verbessert werden kann.

Gerade der deutsche Südwesten und damit das Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz sind für die Herausbildung der deutschen Demokratie seit dem 18. Jahrhundert immer wieder von ausschlaggebender Bedeutung gewesen. Dies lässt sich am besten vor Ort ins Bewusstsein rücken, also dort, wo sich der Kampf um Demokratie in der Vergangenheit konkret abgespielt hat. Rheinland-Pfalz ist reich an solchen Lernorten der Demokratie, wo Schülerinnen und Schüler auf die Suche nach Erinnerungsspuren gehen können.

Diese Handreichung soll zunächst einen Überblick über die wichtigsten dieser Lernorte geben und neben den bekannteren auch weniger bekannte Orte ins Bewusstsein rücken. Außerdem soll sie den Lehrkräften eine Hilfestellung bei der Planung und Durchführung von Unternehmungen sein, seien es Tagesexkursionen, Workshops oder Projekttage, indem sie

- eine Einführung in die Bedeutung des Lernorts für die Demokratiegeschichte gibt,
- historische Hintergrundinformationen zu den Ereignissen und Geschehnissen, die mit dem Lernort verbunden sind, liefert,
- aufzeigt, in welchen Erinnerungsspuren die vergangenen Ereignisse und Geschehnisse heute noch greif- und erfahrbar sind,
- Informationen zu den pädagogischen Angeboten, die vor Ort vorgehalten werden, gibt und
- über Adressen und Links den Zugang zu weiteren Informationen ermöglicht.

Ein eigenes Kapitel beschäftigt sich mit Lernorten, an denen zwar keine pädagogischen Angebote vonseiten eines Museums oder einer Gedenkstätte vorgehalten werden, die aber auch ohne diese ein lohnendes Ziel im Rahmen der Demokratieerziehung bilden und für die in dieser Handreichungen Materialien und Zugänge zur Arbeit im Klassenraum wie vor Ort angeboten werden.

Im dritten Kapitel sind didaktisch-methodisch aufbereitete Arbeitsblätter zu finden, mit deren Hilfe ein historischer Längsschnitt zur Demokratiegeschichte mit Schwerpunkt auf dem Raum des heutigen Rheinland-Pfalz vorgenommen werden kann, sei es als Ergänzung zu einer Exkursion zu einem der vorgestellten Lernorte oder auch unabhängig davon.

Als zusätzlicher Service sind im letzten Kapitel Hinweise auf Lernorte der Demokratieerziehung zu finden, die zwar keinen besonderen Bezug zu Schauplätzen der Demokratiegeschichte besitzen und an denen daher keine Spurensuche im engeren Sinne möglich ist, die aber sonstige interessante Angebote im Bereich Demokratieerziehung bereithalten. Hinzu kommen Exkursionstipps zu Bonn, das zwar außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt, aber aufgrund seiner Vergangenheit als de-facto-Bundeshauptstadt natürlich ein demokratiegeschichtlicher Lernort par excellence ist und sich hervorragend für eine historische Spurensuche eignet.

1. HISTORISCHE LERNORTE MIT PÄDAGOGISCHEN ANGEBOTEN VOR ORT

1.1 Das Deutschhaus in Mainz als Ort der Demokratieerziehung

Dr. Ralph Erbar



Historische Zeichnung des Deutschhauses in Mainz, um 1835 (Bild: © LHA Koblenz/Harald Goebel)

Die Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Von der im 18. Jahrhundert geplanten Residenz des Deutschen Ordens über die Tagungsstätte des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents in der Zeit der Mainzer Republik bis zum Sitz des Landtages von Rheinland-Pfalz – wohl kaum ein Gebäude auf dem Gebiet unseres Bundeslandes kann auf eine derart wechselvolle Vergangenheit zurückblicken wie das Deutschhaus in Mainz. Dabei liegt seine besondere Bedeutung für die Demokratieggeschichte in der Symbolhaftigkeit: Das Deutschhaus am Rhein als ehemalige Repräsentationsstätte des abso-

lutistischen Mainzer Erzbischofs, in das der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent 1793 einzog und in dem seit 1951 der Landtag von Rheinland-Pfalz seine Sitzungen abhält, ist zusammen mit dem davor gelagerten „Platz der Mainzer Republik“ ein Ort verdichteter Symbolik.

In der Einladung zu den Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Proklamation der Mainzer Republik 1993 hieß es: „Mainzer Republik und Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent sind eine Keimzelle der Demokratie in Deutschland“ (Dumont 2013, S. 117). Damit stellt sich der Landtag bewusst in die Tradition der Jakobiner um Georg Forster, die in Mainz einen „Demokratieversuch“ (Dumont) wagten. Die Brücke auf dem Weg der Ereignisse des Jahres 1793 zu unserer modernen Demokratie bildet das Hambacher Fest von 1832, wo die bis dahin errungenen bürgerlichen Freiheitsrechte gegen das System Metternich verteidigt und neue Rechte eingefordert wurden. Die heute hinter dem Rednerpult im Landtag aufbewahrte schwarz-rot-goldene Originalflagge des Hambacher Festes ist ein symbolisches Bekenntnis zu dieser Traditionslinie, die von Mainz über Hambach und das Frankfurter Paulskirchenparlament wieder nach Mainz zurückführt.

Den vorläufigen Schluss- und Höhepunkt dieser Entwicklung bildet die Umbenennung des Deutschhausplatzes in „Platz der Mainzer Republik“, die am 18. März 2013 auf Initiative des Ortsbeirates Mainz-Altstadt erfolgte und sowohl Zustimmung als auch Kritik und Ablehnung erfuhr. So bilden nun der vorgelagerte „Platz der Mainzer Republik“, das Deutschhaus als ehemaliger Sitz des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents und der Plenarsaal des Landtages mit der Fahne des Hambacher Festes ein lebendiges Ensemble verdichteter Symbolik, das als außerschulischer Lernort hervorragend geeignet ist, um die keineswegs geradlinig verlaufene Entwicklung der deutschen Demokratie sinnfällig werden zu lassen. Es zeigt, dass Erinnerung nicht starr ist, sondern ständig umkämpft bleibt.

Dennoch sind diese historischen Bezüge heute nicht durchgängig im Bewusstsein der Mainzer oder rheinland-pfälzischen Bevölkerung präsent, sie müssen vielmehr immer wieder neu entdeckt werden. Selbst der Mainzer Historiker Michael Kißener kam nicht umhin festzustellen, dass das Deutschhaus „bis heute nicht als ‚Lieu de mémoire‘ im Vollsinn dieses Begriffes wahrgenommen und verstanden wird“ (Kißener 2012, S. 139). So handelt es sich bei dem Deutschhaus ohne Zweifel um einen besonderen historischen Ort, wenn auch nicht um einen Erinnerungsort, der als solcher im kollektiven Gedächtnis verankert wäre. Verantwortlich dafür ist die wechselvolle Geschichte des Gebäudes mit seinen positiven und negativen Konnotationen, das einerseits für die revolutionär-demokratische Tradition, andererseits aber auch für Fremdherrschaft in der Zeit der Französischen Revolution und nach dem Ersten Weltkrieg steht. Gerade solche widersprüchlichen Schauplätze der Geschichte, die sperrig und nicht so leicht zu verorten sind, eignen sich in Schule und historisch-politischer Bildung auf besondere Weise zur Behandlung der Demokratiegeschichte in Deutschland. Denn diese ist facettenhaft und vielschichtig – ebenso wie das Mainzer Deutschhaus.

Historische Hintergrundinformationen

Der Bau des Deutschhauses wurde von Kurfürst Franz Ludwig von Pfalz-Neuburg (1664 - 1732) begonnen, der nicht nur Mainzer Erzbischof, sondern auch Hochmeister des Deutschen Ordens war und in dieser Funktion über eine Residenz im damals modernen Stil des französischen Barocks verfügen wollte. Daher stammt auch der bis heute geläufige Name „Deutschhaus“. Die Fertigstellung des Gebäudes im Jahre 1740 erlebte Franz Ludwig allerdings nicht mehr.

Einen ersten Höhepunkt seiner langen Geschichte erlebte das Deutschhaus gut fünfzig Jahre später, als es zu einem der zentralen Orte der revolutionären Mainzer Republik wurde. Nachdem die Stadt Mainz am 21. Oktober 1792 von einem französischen Heer erobert worden und Kurfürst Friedrich Carl Joseph von Erthal (1719 - 1802) geflohen war, hatte sich Ende Oktober 1792 im Schutz der französischen Besatzungsmacht aus Professoren, Studenten, Beamten und Kaufleuten eine „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“ gebildet. Diese deutschen Jakobiner, die für eine Reform der Verwaltung, für mehr politische Mitsprache und Steuergerechtigkeit eintraten, führten im Februar 1793 die Wahl zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent durch, der die Interessen der Bevölkerung besser vertreten sollte. Obwohl sich nur eine Minderheit von 8 % der wahlberechtigten Männer an der Wahl beteiligte, weil die Mehrheit den geforderten Eid auf die französische Verfassung als Voraussetzung für die Zulassung zur Wahl ablehnte, traten am 17. März 1793 im Mainzer Deutschhaus 130 gewählte Abgeordnete des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents aus 125 Orten und damit zum ersten Mal ein modernes Parlament auf deutschem Boden zusammen. Sie riefen am zweiten Tag von dort aus einen vom Reich unabhängigen „Rheinisch-Deutschen Freistaat“ aus, der das Gebiet von Landau über Mainz bis Bingen umfasste, und beschlossen am 21. März 1793 dessen Vereinigung (Réunion) mit Frankreich. Der Mainzer Jakobiner Georg Forster (1754 - 1794) überbrachte das Mainzer Réunionsangebot dem französischen Nationalkonvent in Paris, der das Angebot akzeptierte. Noch während Forster in Paris weilte, wurde Mainz von preußischen und österreichischen Truppen eingeschlossen und im Juli 1793 zurückerobert. Die kurze Mainzer Republik mit ihrem Sitz im Deutschhaus war damit nach nur vier Monaten zu Ende. Als auch heute noch umstrittenes erstes deutsches Demokratieexperiment ist sie in die Geschichte eingegangen.

Nach dem Ende der Mainzer Republik und dem Untergang des alten Reiches wechselte die Funktion des Deutschhauses mehrfach. Aber stets wussten Herrscher und Politiker die besondere Lage des Hauses zu schätzen: Napoléon Bonaparte residierte wiederholt kurzzeitig im „Palais Impérial“ genannten Deutschhaus, in der Zeit des Deutschen Bundes war das repräsentative Gebäude Residenz der Großherzöge von Hessen-Darmstadt, während des Deutsch-französischen Krieges quartierte sich der Große Generalstab unter dem späteren Kaiser Wilhelm I. dort ein, in der französischen Besatzungszeit nach dem Ersten Weltkrieg hatte der Oberkommandierende der französischen Besatzungstruppen im Deutschhaus seinen Sitz, ab 1935 eine SA-Brigade. Nach 1945 wurde das im Zweiten Weltkrieg schwer zerstörte Deutschhaus wiederaufgebaut und nach der endgültigen Entscheidung für die Landeshauptstadt Mainz zum Sitz des Landtages von Rheinland-Pfalz, der hier erstmals am 18. Mai 1951 tagte. Jährlich sind das Deutschhaus, der Innenhof und der Platz davor, der seit dem 18. März 2013 den Namen „Platz der Mainzer Republik“ trägt, der Austragungsort des Verfassungsfestes von Rheinland-Pfalz. Eine Gedenktafel soll an die wechselvolle Geschichte des Gebäudes, das 1990 seine 250-Jahr-Feier begehen konnte, erinnern.



Das Deutschhaus in Mainz heute, Sitz des Landtags von Rheinland-Pfalz
(Bild: © LHA Koblenz/Christine Lauerburg-Link)

Erinnerungsspuren

Vor dem Deutschhaus stehen zwei Stelen, die dem Deutschhaus und der Mainzer Republik gewidmet sind. Auf letzterer heißt es unter anderem:

„Im Mainzer Deutschhaus tagte vom 17. bis 31. März 1793 der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent, das erste auf der Grundlage moderner demokratischer Grundsätze gewählte Parlament in Deutschland. Seine Mitglieder verstanden sich deshalb als ‚Stellvertreter des freien Volkes‘. Es war Höhe- und zugleich Schlusspunkt der Mainzer Republik, der ersten Republik in Deutschland. Sie wurde am 18. März 1793 durch den Konventspräsidenten Andreas Josef Hofmann vom Balkon des Deutschhauses ausgerufen. [...]

Die Mainzer Republik war sowohl ein französischer Revolutionsexport als auch der erste deutsche Demokratieversuch. Als Demokratieversuch scheiterte die Mainzer Republik vor allem an mangelnder Akzeptanz und inneren Widersprüchen. Doch die 1793 erreichte Politisierung breiter Schichten war nicht mehr rückgängig zu machen. Auch die Errungenschaften Rechtsgleichheit, Gewerbefreiheit, unabhängige Justiz und Zivilehe wurden in der Zeit der Restauration im 19. Jahrhundert erfolgreich verteidigt. Ehemalige Jakobiner trugen die Ideen von Freiheit und Demokratie in die liberale Bewegung des Vormärz, zum Hambacher Fest und in die Paulskirche hinein. Sie hielten an dem Ziel fest, das Georg Forster 1793 auch im Deutschhaus vertreten hatte: ‚dass die Herrschaft dem ganzen Volke gehört!‘ So ist der Sitz des Landtags Rheinland-Pfalz einer der frühesten Erinnerungsorte für die deutsche Demokratiegeschichte und seit 1951 der Ort, an dem diese Prinzipien bis heute aktiv umgesetzt werden.“

Unterrichtsmaterialien (Sek. I)

Wahlberechtigt für die Wahl zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent waren alle Männer ab 21 Jahren, die zuvor folgenden Eid ablegten:

Ich schwöre treu zu sein dem Volke und den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit.

Am 18. März 1793 verabschiedeten die im Mainzer Deutschhaus versammelten Abgeordneten des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents folgendes Dekret:

Artikel 1: Der ganze Strich Landes von Landau bis Bingen soll von jetzt an einen freien, unabhängigen, unzertrennlichen Staat ausmachen, der gemeinschaftlichen, auf Freiheit und Gleichheit gegründeten Gesetzen gehorcht.

Artikel 2: Der einzige rechtmäßige Souverän dieses Staats, nämlich das Volk, erklärt durch die Stimme seiner Stellvertreter allen Zusammenhang mit dem deutschen Kaiser und Reiche für aufgehoben.

Artikel 4: Gegen alle und jede [...] Gewalthaber, falls sie sich auf die Behauptung ihrer vermeintlichen Rechte und Ansprüche in diesen Ländern, wo nur die Rechte freier und gleicher Bürger gelten, betreten ließen, so wie auch gegen ihre Unterhändler und Helfershelfer, wird die Todesstrafe erkannt.

Am 27. März 1793 wurde im Deutschhaus dieses Dekret verabschiedet:

Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent, in Erwägung, dass es seine Hauptsorge sein müsse, dem neugebildeten Freistaate auch Sicherheit vor inneren Feinden zu verschaffen, in Erwägung, dass als solche alle diejenigen anzusehen sind, welche sich nicht zu den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit, diesen einzigen Grundpfeilern unseres Freistaats, bekennen wollen und den deshalb vorgeschriebenen Eid zu leisten sich weigern, dekretiert:

Artikel 1: Alle diejenigen, welche innerhalb dreier Tage [...] den vorgeschriebenen Bürgereid nicht leisten, sollen nebst ihren Familien außer Landes gebracht werden.

Artikel 6: Das bewegliche und unbewegliche Vermögen derjenigen, welche den Eid noch nicht geleistet haben und denselben zu leisten sich noch gegenwärtig weigern, soll zugleich in Beschlag genommen werden.

Artikel 9: Die Frau eines zu Exportierenden, welche erklärt, dass sie von ihrem Ehemanne wolle geschieden sein, weil derselbe die Eidleistung verweigert, behält das Eigentum.

Artikel 11: Kindern von 14 bis 21 Jahren, deren Eltern exportiert werden müssen, soll erlaubt sein, in unserem Staate zu verbleiben, wenn sie sich selbst zu ernähren imstande sind.

Aus: Klapheck, H. (Hg.): Als die Revolution an den Rhein kam. Mainz 1994, S. 112, 123-125 (bearb.).

Arbeitsaufträge:

1. Gib den Inhalt der Quellen mit eigenen Worten wieder.
2. Zeige auf, warum man die Mainzer Republik auch als „verpasste“ Demokratie bezeichnet.
3. Beurteile, wie der Konvent mit den Grundsätzen der Freiheit und Gleichheit umging.

Unterrichtsmaterialien (Sek. I)

Der Mainzer Historiker Franz Dumont (1945 - 2012) veröffentlichte die folgenden neun Thesen zur Mainzer Republik, die ihr Zentrum im Deutschhaus hatte:

1. Die Mainzer Republik hat ein Doppelgesicht: Sie war ein französischer Revolutionsexport und zugleich ein deutscher Demokratieversuch.
2. Grundlage der Mainzer Republik war die französische Besetzung von Mainz, Rheinhessen und der Pfalz; ohne die militärische Expansion des revolutionären Frankreich hätte es den deutschen Demokratieversuch gar nicht gegeben.
3. Frankreichs „Expansion révolutionnaire“ hatte von Anfang an zwei Seiten: die der Befreiung und die der Eroberung. Frankreich wollte seinen Nachbarn die Freiheit bringen, ebenso aber seine Grenzen erweitern.
4. Von ihrer neuen Staatsform überzeugt, verkündeten die Franzosen 1792 zunächst das Prinzip der Selbstbestimmung, gaben dieses aber auf, als sich die „Befreiten“ nicht so revolutionär zeigten wie erwartet („Zwangsbefreiung“ 1793).
5. Auf deutscher Seite beweist die Existenz von Jakobinern in den Städten und Dörfern um Mainz, dass die Französische Revolution auch noch in ihrer 2. Phase in allen Schichten Anhänger fand. [...]
6. Widerstand kam in der Mainzer Republik besonders von Zünften, Geistlichen und Großbürgern; Ursachen dafür waren Zufriedenheit mit dem Bestehenden, politische Passivität, Kirchentreue, Nationalismus und Wunsch nach Reformen statt nach Revolution.
7. Als erster Demokratieversuch scheiterte die Mainzer Republik vor allem an mangelnder Akzeptanz und inneren Widersprüchen (Besatzungsherrschaft, Zwangsbefreiung). Doch die 1793 erreichte Politisierung breiter Schichten war nicht mehr rückgängig zu machen.
8. In der „Franzosenzeit“ (1798 - 1814) wurden viele Programmpunkte der Mainzer Jakobiner realisiert, allerdings „von oben“. Diese Errungenschaften (u. a. Rechtsgleichheit, Gewerbefreiheit, unabhängige Justiz, Zivilehe) wurden unter der „Restauration“ erfolgreich verteidigt, und Hambacher Fest (1832) sowie 48er Revolution konnten daran anknüpfen.
9. Die Mainzer Republik war stets umstritten: [...] Heute wird diskutiert, ob sie ein einmaliger „Ausrutscher“ oder ein aufschlussreicher Testfall für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland war.

Aus: Dumont, F.: Die Mainzer Republik 1792/93. Mainz 2013, S. 97-98; (bearb.).

Arbeitsaufträge:

1. Erkläre mit eigenen Worten das „Doppelgesicht“ der Mainzer Republik (These 1).
2. Entscheide dich, welcher These du am ehesten zustimmst, und halte dazu ein Referat.
3. Stelle die Verbindung zwischen der Mainzer Republik, dem Hambacher Fest und der Revolution von 1848/49 her.
4. Die Mainzer Republik – ein „Ausrutscher“ oder „Testfall“ für die Demokratie in Deutschland (These 9)? Entscheide dich und gib eine begründete Antwort.

Unterrichtsmaterialien (Sek. II)

Bundestagspräsident Norbert Lammert (geb. 1948) hielt am 18. März 2013 im Deutschhaus folgende Rede über die Mainzer Republik:

War die Mainzer Republik eine Revolution? Gehört sie zur deutschen Demokratiegeschichte? Das, was sich am 18. März 1793 [...] im Mainzer Deutschhaus vollzog, war keine eigenständige deutsche Revolution. Auch war es ganz sicher nicht der glanzvolle Beginn einer deutschen Demokratie. Und doch betraf die Ausrufung der Mainzer Republik gewiss nicht nur die Region zwischen Landau und Bingen. Und sie wirkte deutlich über ihre kurze Lebensdauer hinaus. Diese Republik und ihre zeitgenössisch als „Jakobiner“ verdächtigten Protagonisten setzten einen frühen Markstein in die widerspruchsvollen Anfänge deutscher Demokratie. [...]

Selbst die kleine Gruppe unter den Radikalen, die man noch heute die „rheinischen Jakobiner“ nennt und die (dem Pariser Parteienspektrum nach) wohl eher Girondisten waren, begegnete bei allem Enthusiasmus der deutschen Revolution mit Skepsis. [...] Der Weltumsegler Georg Forster war eine ihrer faszinierendsten Persönlichkeiten. [...] Noch im Dezember 1792 zeigte er sich aber überzeugt: „Ich bleibe dabei, dass Deutschland zu keiner Revolution reif ist. [...] Unser rohes, armes, ungebildetes Volk kann nur wüten, aber nicht sich constituieren.“ Forsters Skepsis gegenüber der Erhebung der Massen zeigt: Es waren „Jakobiner“ ohne Volk, die vor 220 Jahren hier agierten und agitierten. Zwar kannte der Mainzer Klub der Freiheitsfreunde kaum soziale Schranken, im Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent saßen Bauern wie Kaufleute und Gelehrte – ein Unterschied zum oft zu Unrecht geschmähten „Professorenparlament“ der Paulskirche. Aber weniger als zehn Prozent der Wahlberechtigten nahmen im Februar 1793 an den Wahlen teil. Nicht einmal darin unterschied man sich vom französischen Vorbild, denn die Beteiligung an den dortigen Wahlen zum Nationalkonvent hatte nur unwesentlich höher gelegen. „Volksherrschaft“ war damals wie heute als Anspruch eindeutiger als die Wirklichkeit. [...]

Dennoch: Die nachhaltige Bedeutung der Zäsur der Revolution von 1789, dieses – um mit Georg Forster zu sprechen – „Orkans“, der jahrzehntelange Schockwellen über den ganzen Kontinent trieb, kann für die weltweite Entwicklung von Freiheit und Demokratie gar nicht überschätzt werden. Im Urteil über die damaligen Verhältnisse unsere heutigen Wertmaßstäbe anzusetzen wäre unhistorisch, ihre Verherrlichung zur Begründung einer frühen deutschen Demokratietradition voreilig.

Es verdankt sich dem Mut von Menschen, die – ausgehend von der in Mainz aufgenommenen Losung der Französischen Revolution und in einem jahrhundertelangen Ringen – ein Ziel nie aus den Augen verloren haben, das 200 Jahre später Wirklichkeit wurde: Einigkeit und Recht und Freiheit.

Aus: Die Zeit Nr. 13/2013, S. 21 (bearb.).

Arbeitsaufträge:

1. Geben Sie den Inhalt der Rede von Norbert Lammert mit eigenen Worten wieder.
2. Erläutern Sie, ob Sie den Gedanken und Argumenten von Lammert zustimmen.
3. Noch immer fehlt ein Georg-Forster-Denkmal in Mainz, zum Beispiel vor dem Deutschhaus. Begründen Sie, ob Sie sich dafür einsetzen würden oder nicht.

Unterrichtsmaterialien (Sek. II)

Am 18. März 2013 wurde der Platz vor dem Deutschhaus in „Platz der Mainzer Republik“ umbenannt. Bundestagspräsident Norbert Lammert (geb. 1948) sagte aus diesem Anlass:

Der 18. März steht für eine wechselvolle deutsche Demokratiegeschichte. Ein würdiges und zugleich angemessen differenziertes Gedenken an die deutschen Revolutions- und Freiheitstraditionen ist nicht nur für einen ehrlichen Umgang mit der eigenen Geschichte nötig, sondern auch konstitutiv für das Selbstverständnis der Nation und ihre demokratische Traditionsbildung. [...] Das nationale Gedächtnis lässt sich in einer pluralistischen Gesellschaft weder amtlich formulieren noch durch Behörden regeln. Der Staat kann aber Zeichen setzen. Die demonstrative Benennung eines Platzes oder einer Straße ist nicht mehr und nicht weniger als ein Denkmal, ein Anstoß dafür, sich mit den eigenen historischen Wurzeln zu befassen. Zukünftig wird es in Deutschland zwei Plätze geben, die an den 18. März erinnern: Neben dem neuen Platz der Mainzer Republik hier vor dem Landtag verweist in Berlin bereits seit einigen Jahren der Platz vor dem Brandenburger Tor, in Sichtweite des Reichstagsgebäudes gelegen, in seinem Namen auf den 18. März der Jahre 1848 und 1990. Das ist mindestens ein schöner Anfang, um das bedeutende Datum in unserer Geschichte populärer zu machen.

Aus: Die Zeit Nr. 13/2013, S. 21.

Ein Mainzer Bürger äußerte sich zum selben Thema in einem Leserbrief so:

Nun kommt er also doch, der „Platz der Mainzer Republik“, wenn auch in verkürzter Form. Wer dann über den Platz schreitet, kann der wenigen Jakobiner gedenken, die den Menschen in Mainz und Umgebung unter den Parolen „Freiheit, Gleichheit, Demokratie!“ ihren revolutionären Willen aufzwingen, das Selbstbestimmungsrecht der Mainzer nicht anerkannten.

Er kann über die Eroberung von Mainz durch eine französische Armee nachdenken, die den Rhein als natürliche Grenze Frankreichs ansah, nicht nur in den „Kreuzzug der Freiheit“ zog, sondern mithilfe der Mainzer Jakobiner eine französische Expansions- und Annexionspolitik betrieb.

Dabei denkt er vielleicht auch an die Kanonen und die Bajonette der Franzosen, die gegen die aufmüpfigen Mainzer gerichtet waren, an die Vertreibung „verdächtiger“ Personen, vor allem der Juden. Vielleicht wird er auch von Trauer darüber erfüllt, dass zum Ende der Mainzer Republik die Zerstörung des „Goldenen Mainz“ gehört. Es ist in der Tat an der Zeit – auch mithilfe eines Platzes – die Mainzer und ihre Besucher an die Tage zwischen dem 29. 10. 1792 und dem 23. 07. 1793, an neun Monate tiefer Erniedrigung zu erinnern.

Aus: Mainzer Allgemeine Zeitung, 12. Juni 2012, S. 14.

Arbeitsaufträge:

1. Stellen Sie die inhaltliche Verbindung zwischen dem 18. März 1793, 1848 und 1990 her.
2. Schreiben Sie ein fiktives Streitgespräch zwischen N. Lammert und dem Leserbriefautor.
3. Suchen Sie Sie wenigstens einen Straßennamen in Ihrem Wohn- oder Schulort, der an die Entwicklung der Demokratie in Deutschland erinnert, und klären Sie dessen Bedeutung.

Weitere Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte in Mainz

Wer das Deutschhaus besucht, kann die Gelegenheit nutzen, weitere historische Orte der Demokratieerziehung in Mainz zu besichtigen, auch wenn dort derzeit kein pädagogisches Angebot vorgehalten wird. Dazu zählen:

Frankfurter Hof

Bei dem in der Augustinergasse gelegenen Frankfurter Hof handelt es sich um ein seit dem 16. Jahrhundert bekanntes Gasthaus, das seinen Namen dem ursprünglichen Besitzer, dem Frankfurter Bartholomäusstift, verdankt. 1841/42 wurde er um einen Versammlungssaal mit 500 bis 600 Plätzen erweitert, der auch für Sitzungen des MCV „Narhalla“ diente und damit zu einer Wiege der modernen Mainzer Fastnacht wurde. Während der Revolution von 1848/49 erlangte er Bedeutung als „Mainzer Paulskirche“; hier fanden im April 1849 die Vorbereitungen zur Wahl der Nationalversammlung und am 11. Mai 1849 die Gründung des „Demokratischen Vereins“ statt. Namhafte Redner traten im Frankfurter Hof auf, so zum Beispiel Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler (1851), Ferdinand Lassalle (1863) und Ludwig Windthorst (1878). Am 6. November 1932 war dort ein Wahllokal bei der letzten freien Reichstagswahl vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler untergebracht. 1938 diente er als eine von der Jüdischen Gemeinde eingerichtete Auffangstelle zur Betreuung rheinhessischer Juden. Nach dem Zweiten Weltkrieg verlor das Gebäude seine politische Bedeutung und verfiel zusehends. Nur eine Bürgerinitiative konnte das kurz vor dem Abbruch stehende Gebäude retten. Seit 1991 dient der Frankfurter Hof als ein Kultur- und Veranstaltungszentrum der Stadt Mainz.

Adresse: Frankfurter Hof, Augustinergasse 55, 55116 Mainz

Haus zum Goldstein

Das Haus zum Goldstein führt seinen Namen bereits seit dem Mittelalter, bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts war dort eine eigene Brauerei untergebracht. Während der Revolution von 1848/49 kam es auch in Mainz wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen Mainzer Bürgern und Soldaten der preußischen Garnison, die seit 1816 in der Festungsstadt untergebracht war. Am Abend des 21. Mai 1848 brach vor dem Haus zum Goldstein offener Krawall aus, als preußische Soldaten versuchten, Mainzern die schwarz-rot-goldenen Kokarden zu entreißen. Die Handgreiflichkeiten weiteten sich auf die umliegenden Gassen bis hin zum Theatervorplatz aus, wo der Streit eskalierte. In der anschließenden Schießerei zwischen Mainzer Bürgerwehr und Garnionssoldaten wurden fünf preußische Soldaten getötet und etwa 25 schwer verletzt. Darauf ließ der Vizegouverneur die auf der Zitadelle positionierten Geschütze auffahren und erklärte den Ausnahmezustand über die Stadt: Öffentliche Versammlungen wurden verboten, die Bürgerwehr sollte entwaffnet und aufgelöst werden. Die Vorfälle in Mainz wurden sogar zum Thema in der Frankfurter Nationalversammlung, wo der Abgeordnete Franz Zitz (1803 - 1877), einer der führenden Köpfe der Revolution in Mainz,

die Aufhebung des Ausnahmezustandes und die Auflösung der preußischen Garnison forderte – letzten Endes ohne Erfolg.

Das als „Kampf vor dem Theater“ in die Geschichte eingegangene Scharmützel, das vor dem Hof zum Goldstein seinen Ausgangspunkt nahm, gilt als blutiger Höhepunkt der Revolution in Mainz.

Adresse: Haus zum Goldstein, Kartäuserstraße 3, 55116 Mainz

Unterrichtsmaterialien

Klapheck, Helmut/Dumont, Franz (Hg.): Als die Revolution an den Rhein kam. Die Mainzer Republik 1792/93. Jakobiner, Franzosen, Cisrhenanen. Beiträge und Materialien für den Unterricht. Mainz 1994.

Wege zur Demokratie. Vom 19. Jahrhundert zur Gegenwart. DVD. Gauting 2007. Erhältlich bei der MedienLB Gauting, Best.-Nr. 46 56546.

Literatur

Dumont, Franz/Scherf, Ferdinand/Schütz, Friedrich (Hg.): Mainz. Die Geschichte der Stadt. Mainz: Phillip von Zabern Verlag, 1998.

Dumont, Franz: Die Mainzer Republik 1792/93. Französischer Revolutionsexport und deutscher Demokratieversuch. Bearbeitet von Stefan Dumont und Ferdinand Scherf. Mainz: Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz, Heft 55, 2013.

Kißener, Michael: Ein „vergessener“ Erinnerungsort – Das „Deutschhaus“ in Mainz. In: Schneider, Joachim/Schnettger, Matthias (Hg.): Verborgene – Verlorene – Wiederentdeckte. Erinnerungsorte in Mainz von der Antike bis zum 20. Jahrhundert. Mainz: Philipp von Zabern Verlag, 2012, S. 138-149.

Scheel, Heinrich (Hg.): Die Mainzer Republik. Bd. 1: Protokolle des Jakobinerklubs. Bd. 2: Protokolle des Rheinisch-Deutschen Nationalkonvents. Bd. 3: Die erste bürgerlich-demokratische Republik auf deutschem Boden. Berlin (Ost): Akademie Verlag, 1975, 1981, 1989.

Pädagogische Angebote vor Ort

Der Landtag Rheinland-Pfalz, der seinen Tagungsort in dem historischen Deutschhaus hat, bietet für einzelne Schülerinnen und Schüler sowie für Schulklassen verschiedene Seminare an und hält dazu auch didaktisch-methodisch aufbereitetes Material bereit. Hier steht aller-

dings die Arbeit des Parlaments heute im Vordergrund. Außerdem besteht die Möglichkeit, über den Landtag Schulbesuche von örtlichen Abgeordneten zu organisieren.

Einmal im Jahr findet des Weiteren ein Schüler-Landtag statt, in dem vier Schulklassen die parlamentarische Arbeit des Landtages eigenständig nachvollziehen und Beschlüsse fassen können, die anschließend den Fachausschüssen des „richtigen“ Landtags zugeleitet und dort beraten werden. Bewerbungen hierzu sind über die Website „Jugend im Landtag Rheinland-Pfalz“ möglich.

Adressen und Links

Landtag des Landes Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz.
Internet: www.landtag.rlp.de

Startseite „Jugend im Landtag Rheinland-Pfalz“:

www.jugend-im-landtag.rlp.de/de/index.php?thisID=4#&panel1-4

Ansprechpartner für alle pädagogischen Angebote des Landtags:

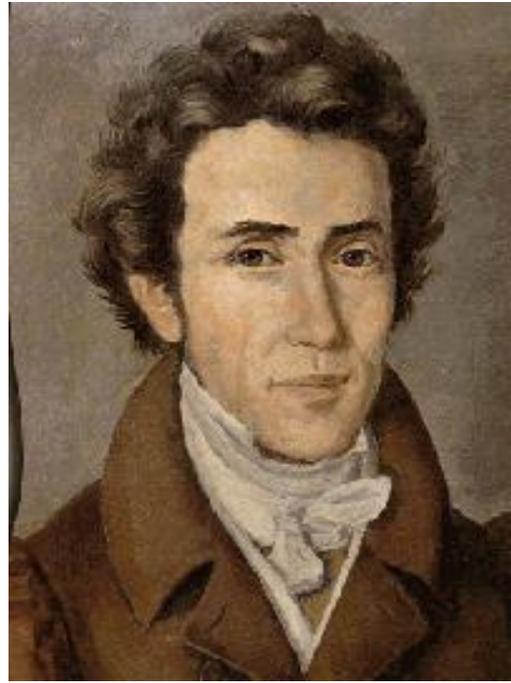
Andreas Jaeger
Tel.: 06131 208-2203
Fax: 06131 208-2384

1.2 Zweibrücken und der „Preßverein“ von 1832

Ulrich Eymann



J. G. A Wirth in einer zeitgenössischen Darstellung
(Bild: public domain)



Philipp Jakob Siebenpfeiffer in einem modernen Gemälde von Helmut Kollmann
(Bild: © Siebenpfeiffer-Stiftung)

Johann Georg August Wirth (1798 - 1848), Publizist und einer der wichtigsten Protagonisten des Hambacher Festes 1832, gab in Zweibrücken sein angesehenes Blatt „Deutsche Tribüne“ heraus und war Mitbegründer des im gleichen Jahr gegründeten „Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der Freien Presse“ (kurz: „Preßverein“).

Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789 - 1845), 1818 - 1830 Landcommissär (Landrat) des Landkreises Homburg, siedelte nach seiner Suspendierung nach Zweibrücken über, um von hier aus seine Zeitung „Westbote“ zu publizieren und war an der Gründung des „Preßvereins“ beteiligt.

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Eine funktionierende Demokratie ist ohne eine freie Presse und freie Medien nicht denkbar. Nicht umsonst werden diese auch als „Vierte Gewalt“ bezeichnet. Umgekehrt praktizieren alle Diktaturen und autoritären Regime Maßnahmen zur Kontrolle und Zensur der öffentlichen und veröffentlichten Meinung. Auch für den langen und diskontinuierlichen Prozess des Übergangs Deutschlands aus spätabolutistischen zu demokratischen Strukturen spielt die Entwicklung einer freien Presse eine zentrale Rolle. Daher ist die Gründung des „Deutschen

Vaterlandsvereins zur Unterstützung der Freien Presse“ in Zweibrücken im Jahre 1832 ein bedeutender Meilenstein der deutschen Demokratiegeschichte, auch wenn der Verein aufgrund des noch im selben Jahr ausgesprochenen Verbots nur für kurze Zeit das organisatorische Zentrum der demokratischen und liberalen Bewegung war.

Historische Hintergrundinformationen

Aufgrund der von 1793/94 bis zum Wiener Kongress 1815 währenden Zugehörigkeit des deutschen Südwestens zum revolutionären und napoleonischen Frankreich spielte die Region, insbesondere auch die seit 1816 bayrische Rheinpfalz, im Deutschen Bund eine Sonderrolle. Hier konnten die durch die Revolution bzw. Napoleon durchgesetzte rechtliche Gleichstellung aller Bürger, die ihren Niederschlag insbesondere im Code civil fand, die entschädigungslose Aufhebung aller Feudallasten und die Einführung der Gewerbefreiheit trotz der allgemeinen Restauration in Deutschland nicht mehr rückgängig gemacht werden. Auch aus den Behörden und Gerichten waren die am freiheitlichen und liberalen Denken geschulten Bürger nicht mehr zu verdrängen.

Aus diesem Grund verlagerten zahlreiche Journalisten ihre gegen restaurative und freiheitsfeindliche Bestrebungen der bayrischen Regierung gerichtete Tätigkeit in die Rheinpfalz, darunter auch Georg August Wirth mit seiner Zeitschrift „Deutsche Tribüne“ und Philipp Jacob Siebenpfeiffer (1789 -1845) mit dem „Westboten“. Als die Regierung versuchte, durch Zensur und Druckverbote diese Tätigkeit zu behindern, wenn nicht gar zu verhindern, kam es am 29.01.1832 auf einem Festbankett zu Ehren des Zweibrücker Rechtsanwalts und Landtagsabgeordneten Friedrich Schüler (1791 - 1873), dem „1. Schüler-Fest“, zur Gründung des „Deutschen Vaterlandsvereins zur Unterstützung der Freien Presse“, auch „Deutscher Preß- und Vaterlandsverein“ oder kurz „Preßverein“ genannt. Innerhalb kürzester Zeit gewann der Verein über 5000 Mitglieder, die sich in 116 Ortsgruppen organisierten. Sogar in Paris wurde ein Komitee des Vereins gegründet, in dem auch Heinrich Heine und Ludwig Börne mitarbeiteten. Nicht umsonst gelangte Heine zu der dann doch allzu kühnen Aussage: „Man glaubte ganz sicher, dass die deutsche Revolution in Zweibrücken beginnen würde und alles war dort reif zum Ausbruch.“

Dass der „Preßverein“ ebenso wie kurz darauf Wirths Zeitschrift im März 1832, also noch vor dem Hambacher Fest, verboten wurden, Siebenpfeiffer, Wirth und Schüler Berufsverbot erhielten, zeigt, dass die liberale und demokratische Bewegung noch längst nicht die Kraft hatte, sich auch in Deutschland gegen die Restauration durchzusetzen. So blieb auch die Pressezensur sowohl im Deutschen Bund wie auch im wilhelminischen Kaiserreich zwar in unterschiedlicher Intensität und auf unterschiedlicher Rechtsbasis, aber nichtsdestotrotz wirkungsvoll erhalten. Die Weimarer Verfassung garantierte zwar die Meinungsfreiheit, doch allzu häufig respektierten Staat und Justiz aus politischen Gründen die in der Verfassung nicht eigens genannte Pressefreiheit nicht. Erst das Grundgesetz der Bundesrepublik enthält in Art. 5 eine Garantie sowohl der Meinungs- wie der Pressefreiheit. Dass diese auch in der Bundesrepublik kein auf immer gesichertes Gut sind, sondern ständig auch verteidigt werden müssen, zeigen beispielhaft Ereignisse wie die „Spiegel-Affäre“ 1962.



(Bild: © Stadtmuseum Zweibrücken)



(Bild: © Stadtmuseum Zweibrücken)

Die Plastiken von Wolfgang Thomeczek (linkes Bild) im Stadtmuseum Zweibrücken verkörpern die Themen Freiheit und Demokratie. Die Kniehebel-Druckerpresse der Zweibrücker Firma Dingler (rechtes Bild), wie sie seit 1830 gebaut wurde, ebenfalls im Stadtmuseum Zweibrücken zu sehen, illustriert die Produktionsbedingungen von Druckerzeugnissen in der Zeit des Vormärz.

Erinnerungsspuren

Vor allem aufgrund des verheerenden Bombenangriffs vom 14. März 1945 ist von den historischen Gebäuden, die mit Zweibrückens demokratiegeschichtlicher Bedeutung in Verbindung stehen, im Stadtbild nicht mehr viel zu sehen. Dennoch lohnt sich ein Stadtrundgang vor oder besser noch nach dem Besuch des Stadtmuseums, da an wichtigen Punkten teils durch Skulpturen, teils durch Inschriften oder durch Informationstafeln an die historischen Schauplätze erinnert wird. Zur Orientierung und Vorbereitung des Stadtrundgangs leistet die Seite „Stadtrundgang“ auf der Homepage der Stadt gute Dienste (s. u. S. 22):

2 markiert den Standort des Stadtmuseums in der Herzogenvorstadt, einem erhalten gebliebenen Ensemble im Stil des nordischen Barock. In diesem gutbürgerlichen Viertel lebten zahlreiche im Vormärz aktive Bürger Zweibrückens (im Einzelnen vgl. dazu den Routenbegleiter „Die Straße der Demokratie“, S. 22, s. Literatur).

Des Weiteren sind die Punkte 5 und 15 interessant. Am erstgenannten erinnert eine Schautafel an das „Alte Arresthaus“, wo Georg August Wirth vom 16. März bis zum 15. April 1832/33 eingekerkert war, bevor ihn das liberale Zweibrücker Appellationsgericht vom Vorwurf des Hochverrats freisprach. An Punkt 15 erinnert die Skulptur der „Hambacher Vorbotin“ von Christiane Maether an die Rolle der Zweibrücker Demokraten bei der Vorbereitung des Hambacher Festes. Das ehemalige Residenzschloss, vor dem die „Vorbotin“ steht, wurde nach seiner Zerstörung 1945 wiederaufgebaut und ist Sitz des Oberlandesgerichts und damit gewissermaßen des Nachfolgers des ebenfalls seit 1837 in Zweibrücken ansässigen Appellationsgerichts. Hier fanden 1850/51 auch die Hochverratsprozesse gegen Beteiligte an der Reichsverfassungskampagne 1849 statt (siehe den Beitrag „Kaiserslautern“, S. 27-31).

Etwas außerhalb des Stadtzentrums im Vorort Bubenhausen, für die Einbeziehung in einen Stadtrundgang weniger geeignet, liegt der Schauplatz der Gründung des „Preßvereins“, das Gasthaus Ladenberger. In der Friedrich-Ebert-Straße erinnert eine Gedenktafel an der heutigen Apotheke an dessen ehemaligen Standort.

Pädagogische Angebote vor Ort

Die Ausstellung „Schauplatz Freiheit“ im Stadtmuseum Zweibrücken veranschaulicht die vormärzliche Freiheits- und Demokratiebewegung insbesondere im Raum Zweibrücken-Homburg und rückt dabei insbesondere die Persönlichkeiten von Georg August Wirth, Philipp Jacob Siebenpfeiffer und Friedrich Schüler in den Mittelpunkt. Ausgehend vom Einfluss der Französischen Revolution auf die Residenz Zweibrücken wird das Leben des von den Ideen der Revolution geprägten, aber durch die restaurative Atmosphäre nach dem Wiener Kongress bedrückten Bürgertums anhand eines biedermeierlichen Wohnzimmers veranschaulicht. Zitate aus unterschiedlichen Kontexten und Zeiten zum Thema Freiheit regen zum Nachdenken über die Bedeutung des Begriffs an und leiten zu der multimedialen Präsentation über, die die demokratische Entwicklung im Raum Zweibrücken-Homburg demonstriert und illustriert.

Der Besuch der Ausstellung ist möglich in Verbindung mit einer „normalen“ Führung oder auch als Kostümführung, bei der „Regina Wirth“, die Ehefrau Johann Georg August Wirths, die Geschehnisse aus ihrer Sicht veranschaulicht.

Im Stadtmuseum ist auch eine Dinglersche Druckerpresse (siehe Foto S. 20 oben) aus der Zeit des Vormärz zu sehen, an der auch Druckworkshops angeboten werden.

Adressen und Links

Stadtmuseum Zweibrücken
Herzogstr. 9-11
66482 Zweibrücken
Tel.: 06332 871-380 oder -381
E-Mail: stadtmuseum@zweibruecken.de

Informationen im Internet:

www.zweibruecken.de/Stadtmuseum-3344.html (Seite des Stadtmuseums auf der Homepage der Stadt Zweibrücken)

www.zweibruecken.de/Historischer_Stadtrundgang-13415.html (Beschreibung eines historischen Stadtrundgangs auf der Homepage der Stadt Zweibrücken)

www.strasse-der-demokratie.eu/staedte/homburg-zweibruecken.html (Seite zu Zweibrücken und Homburg auf der Homepage der „Straße der Demokratie“)

Literatur

Asche, Susanne/Bräunche, Ernst Otto (Hg.): Die Straße der Demokratie. Ein Routenbegleiter auf den Spuren der Freiheit. Infor Verlag, 2. überarbeitete Auflage, Karlsruhe: Info-Verlag, 2011.

Baus, Martin (Hg.): Macht und Freiheit. Die Straße der Demokratie in Homburg und Zweibrücken. Ein Routenbegleiter. Homburg: Saarpfalz-Kreis, 2011.

1.3 Hambacher Schloss und Hambacher Fest 1832

Ulrich Eymann



Zug zum Hambacher Schloss, zeitgenössische Lithographie
(Bild: © Historisches Museum der Pfalz Speyer)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Einen herausragenden Platz unter den Orten der Demokratie in Rheinland-Pfalz nimmt ohne Zweifel das Hambacher Schloss bei Neustadt an der Weinstraße ein. Das von den Einheimischen auch „Maxburg“ genannte Gebäude, für die aus Richtung Ludwigshafen oder Landau Kommenden bereits weithin sichtbar, war 1832 der Schauplatz der bedeutendsten Demonstration für Freiheit und Einheit in Deutschland im 19. Jahrhundert, das Hambacher Festes. Vor einer für damalige Verhältnisse riesigen Menschenmenge forderten unter anderem Philipp Jakob Siebenpfeiffer und Johann Georg August Wirth die Schaffung eines deutschen Nationalstaats mit einer freiheitlichen, an den Menschen- und Bürgerrechten der Französischen Revolution orientierten Verfassung. Auch wenn diese Demonstration zunächst ein singuläres Ereignis blieb und ihre Organisatoren anschließend verfolgt und teilweise ins Exil

gezwungen wurden, bewies sie doch, dass die reaktionären, an der Fürstenherrschaft festhaltenden Kräfte in Deutschland in die Defensive geraten waren. Aufgrund dieser historischen Bedeutung ist das Hambacher Schloss heute ein zentraler Ort der Pflege und Weiterentwicklung demokratischer Traditionen in Rheinland-Pfalz. Die 2002 gegründete Stiftung Hambacher Schloss organisiert hier Tagungen, Theateraufführungen, Diskussionsveranstaltungen und anderes, um das Erbe von 1832 weiterzuführen. Nicht umsonst gehört das Hambacher Schloss zu den beiden deutschen Bewerbern für das Europäische Kulturerbe-Siegel, mit dem die Europäische Union seit 2011 Stätten auszeichnet, die in besonderer Weise europäische Werte sowie Geschichte und Kultur der EU symbolisieren.

Historische Hintergrundinformationen

Als sich am 27. Mai 1832 ca. 20-30.000 Menschen auf dem Hambacher Schloss versammelten, war dies die bis dato bei weitem größte Massendemonstration der deutschen Geschichte. Die Mehrzahl davon kam aus dem Rheinkreis und der näheren Umgebung, aber auch aus vielen anderen deutschen Staaten, selbst aus Polen und Frankreich (Straßburg) waren Besucher angereist. In für die damalige Zeit beachtlicher Anzahl waren auch Frauen vertreten.

Deutschland war seit dem Wiener Kongress im Jahr 1815 in 41 Einzelstaaten aufgesplittert, die sich unter dem losen Dach des von Preußen und Österreich dominierten Deutschen Bundes zusammengefunden hatten. Die meisten dieser Staaten besaßen zwar eine Verfassung, nicht aber Österreich und Preußen, und die bestehenden Verfassungen waren von den Prinzipien der Volkssouveränität und der Gewaltenteilung noch weit entfernt und wurden bei Bedarf von den Fürsten auch wieder aufgehoben. In der seit 1816 als „Bayrischer Rheinkreis“ an das Königreich Bayern gefallenen Pfalz galt mit dem „Rheinischen Recht“, das auf dem Code Napoléon basierte, aufgrund der Zugehörigkeit des Gebiets zu Frankreich vor 1815 zwar das damals fortschrittlichste bürgerliche Recht. Als Reaktion auf die von der Juli-Revolution in Frankreich ausgelösten Unruhen verschärfte die bayrische Regierung aber auch hier ihr Vorgehen gegen die liberale und nationale Bewegung, insbesondere durch Einschränkung der Pressefreiheit.

In dieser Situation regte Philipp Jakob Siebenpfeiffer die Durchführung eines „Deutschen Nationalfestes“ in Neustadt an der Haardt, wie es damals hieß, an. Der „Deutsche Vaterlandsverein zur Unterstützung der Freien Presse“, der sich Anfang des Jahres 1832 in Zweibrücken gebildet hatte (vgl. dazu den Beitrag „Zweibrücken und der ‚Preßverein‘ von 1832“, S. 18-22), verbreitete die Idee des Festes weiter und war maßgeblich an seiner Organisation beteiligt. Zunächst verboten die bayrischen Behörden das Fest, mussten die entsprechende Verordnung auf öffentlichen Druck hin aber wieder rückgängig machen. So zog am 27. Mai eine riesige Menschenmenge vom Marktplatz in Neustadt zur Ruine des vier Kilometer entfernten Hambacher Schlosses, wo die heute in der Ausstellung zu sehende Fahne „Deutschlands Wiedergeburt“ gehisst, patriotische Reden gehalten und ein Festessen aufgetischt wurde. Hauptforderungen der Redner waren die Beseitigung des Absolutismus, die Schaffung eines einheitlichen deutschen Staates, Volkssouveränität, Presse- und Meinungsfreiheit, religiöse Toleranz sowie eine Neuordnung Europas auf der Grundlage gleichberechtig-

ter demokratischer Staaten. Die Feierlichkeiten zogen sich über mehrere Tage bis zum 1. Juni hin, auch wenn die Mehrzahl der Teilnehmer bereits am 28. Mai abgereist war.

Die Hoffnung mancher Festteilnehmer und Beobachter, das Hambacher Fest könne die Initialzündung für eine deutsche Revolution werden, erfüllte sich allerdings nicht. Zwar kam es vereinzelt zu Unruhen und Demonstrationen, beispielsweise in St. Wendel, aber diese blieben auf den Südwesten Deutschlands beschränkt.

Sehr schnell hatten auch die reaktionären Kreise reagiert. Für sie bedeutete das Hambacher Fest einen „Scandal“ (Metternich), den sie nicht hinzunehmen bereit waren. Bayrisches Militär zog in der Rheinpfalz ein, es folgten Festnahmen und Anklagen gegen die Organisatoren des Festes. Zwar wurden 13 Beteiligte, darunter Siebenpfeiffer und Wirth, 1833 von einem außerordentlichen Assisen-(Geschworenen-)Gericht in Landau freigesprochen, Siebenpfeiffer und Wirth blieben aber in Haft und wurden schließlich von willfährigeren Gerichten wegen „Beleidigung in- und ausländischer Behörden“ zu Haftstrafen verurteilt. Darüber hinaus wurde auf Basis der Karlsbader Beschlüsse von 1819 die Unterdrückung der freien Presse und liberaler bzw. demokratischer Bestrebungen verschärft. Erst mit der Revolution von 1848/49 gelang es diesen wieder, das Heft des Handelns in die Hand zu bekommen.



Die Anlage des Hambacher Schloss heute mit modernen Anbauten
(Bild: © Stiftung Hambacher Schloss)

Erinnerungsspuren

Das heutige Aussehen des Hambacher Schlosses entspricht nur noch entfernt demjenigen zur Zeit des Hambacher Festes 1832. Zwar wurde eine romantisierende Umgestaltung der Burg als Hochzeitsgeschenk für den bayrischen Kronprinzen Maximilian 1846, die die Erinnerung an 1832 hätte verblässen lassen sollen, eingestellt. Erneute Umbaumaßnahmen seit 1967, die im Gegensatz dazu gerade das Erbe von 1832 in den Vordergrund rücken sollten, insbesondere aber die Modernisierung und Neugestaltung nach Plänen des Architekten Max Dudler in den Jahren 2006 bis 2011 haben das Gebäude zu einem modernen Erinnerungs- und Tagungsort gemacht, ohne seine historischen Wurzeln zu überdecken.

Pädagogische Angebote vor Ort

Die Ausstellung „Hinauf, hinauf zum Schloss!“ im Hambacher Schloss zeigt unter anderem auch einige original erhaltene Erinnerungsstücke, als Herzstück eine der beim Hambacher Fest getragenen schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die nach modernen museumspädagogischen Gesichtspunkten gestaltete Ausstellung veranschaulicht nicht nur die Vorgeschichte, den Verlauf und die Nachgeschichte des Hambacher Festes, sondern ordnet dieses unter verschiedenen Gesichtspunkten in die europäische Demokratieggeschichte ein. Die vielfältigen multimedialen und aktivierenden Angebote tragen den Interessen verschiedener Altersgruppen Rechnung. Besonders reizvoll sind die Berichte von fünf fiktiven Festteilnehmerinnen und -teilnehmern, die an mehreren Audiostationen über das Fest aus unterschiedlichen Perspektiven berichten. Zusätzlich ist ein Begleitbuch zur Ausstellung in einer Version für Erwachsene und einer für junge Menschen erhältlich.

Die Stiftung Hambacher Schloss bietet darüber hinaus Führungen und Workshops für unterschiedliche Altersgruppen und mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten an.

Adressen und Links

Stiftung Hambacher Schloss
Hambacher Schloss 1832
67434 Neustadt/W.
Tel.: 06321 926290
E-Mail: info@hambacher-schloss.de

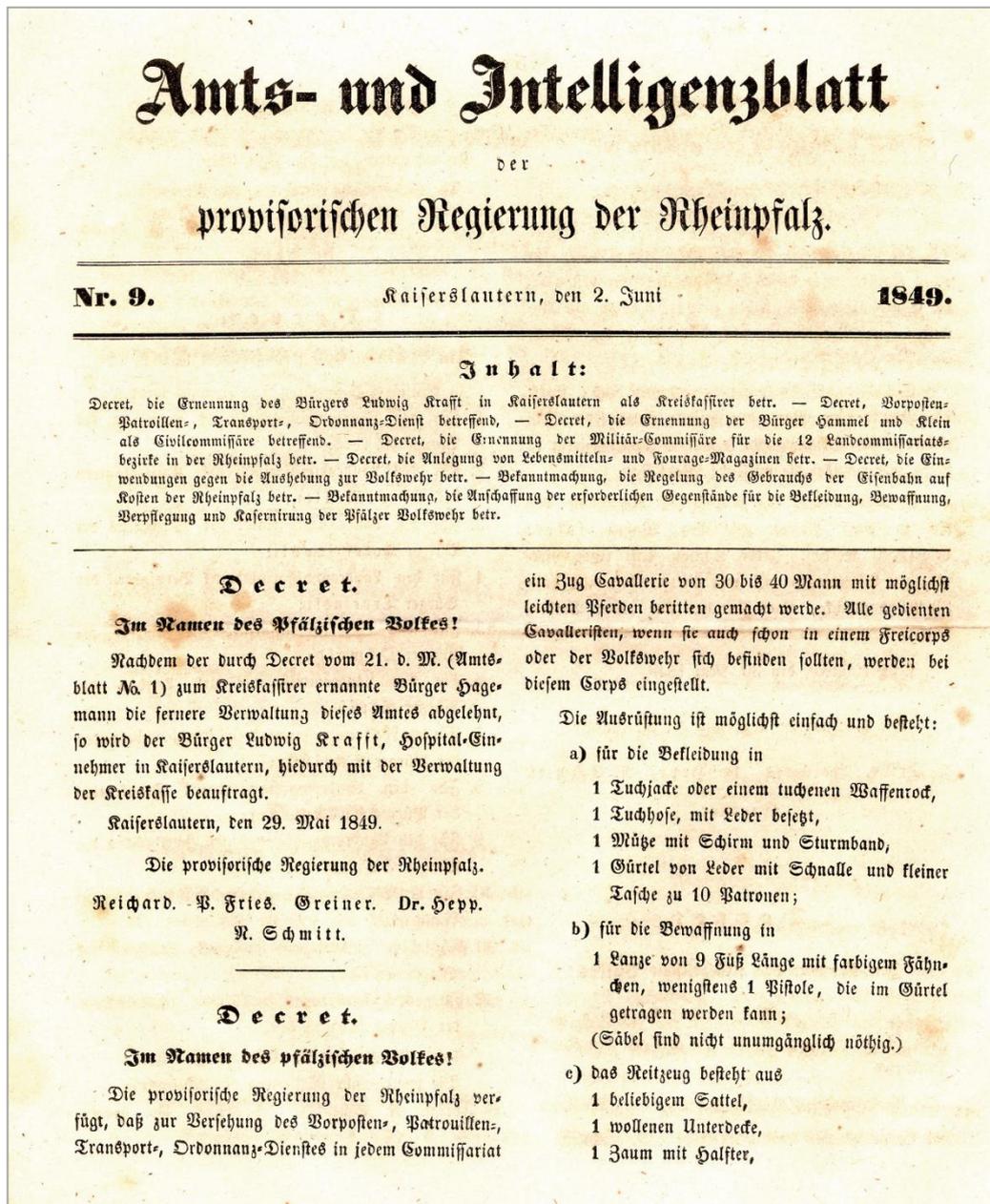
Informationen im Internet:

Homepage der Stiftung Hambacher Schloss:
www.hambacher-schloss.de/

Flyer zur Ausstellung zum Download:
www.hambacher-schloss.de/images/Stiftung/stiftung.pdf

1.4 Kaiserslautern und die Revolution 1848/49

Ulrich Eymann



Faksimile des in Speyer erschienenen offiziellen Organs der pfälzischen Revolutionsregierung mit Sitz in Kaiserslautern vom 2. Juni 1849, kurze Zeit nach ihrer Bildung
(Original: Stadtarchiv Kaiserslautern)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Als Symbol für die Revolution von 1848/49 dient häufig und sicher nicht zu Unrecht die Paulskirche in Frankfurt/Main, der Tagungsort des ersten frei gewählten deutschen Parlaments, von wo aus durch die Ausarbeitung einer Freiheit und Einheit vereinenden Verfassung Deutschland eine neue demokratische Gestalt erhalten sollte. Dass dies nicht gelang, war nicht nur objektiven Schwierigkeiten wie der politischen Zersplitterung Deutschlands und der schwer zu lösenden Frage der Grenzen des neuen Deutschlands geschuldet, sondern zu einem Gutteil auch der Distanz zwischen dem in seine Verfassungsdiskussionen vertieften „Professorenparlament“ und den revolutionären Kräften der Basis, den Arbeitern, Handwerkern, Handwerksgesellen, Studenten und einfachen Bürgern, die im März 1848 durch ihre Demonstrationen und Aufstände die Paulskirche erst möglich gemacht hatten.

Mit Kaiserslautern und der Fruchthalle gerät ein Erinnerungsort in den Blick, der für eine zwar bürgerlich geführte, aber von breiten Schichten des Volkes getragene Bewegung steht, die Reichsverfassungskampagne des Jahres 1849 zur Durchsetzung der vom preußischen König Friedrich Wilhelm IV. abgelehnten Paulskirchenverfassung. In Sachsen, Baden und insbesondere in der Pfalz wollte das Volk das Scheitern der Revolution nicht hinnehmen. Gegen den Widerstand der Fürsten wollte man die Anerkennung der Verfassung notfalls auch mit Gewalt durchsetzen. Dass auch diese Bewegung trotz der Unterstützung durch große Teile des Volkes keinen Erfolg hatte, lag daran, dass sie im gesamtdeutschen und gesamteuropäischen Rahmen zu spät kam. Längst hatten die restaurativen Kräfte in den Machtzentren von Preußen, Österreich und Russland das Heft wieder fest in der Hand.

Historische Hintergrundinformationen

Die Pfalz, auch „Rheinpfalz“ und „bayrischer Rheinkreis“ genannt, war in der Epoche der Restauration nach dem Wiener Kongress (1815) als Folge des Münchner Vertrages von 1816 in seiner damaligen Gestalt entstanden. Darin wurden die linksrheinischen Gebiete der ehemaligen Kurpfalz sowie einige weitere kleinere Territorien dem Königreich Bayern als Entschädigung für die Abtretung Salzburgs an Österreich zugeschlagen, während die rechtsrheinischen Gebiete beim Großherzogtum Baden verblieben.

Die Gebiete der neugebildeten Rheinpfalz waren in der napoleonischen Zeit (1794/95 - 1814) als Departement Mont-Tonnerre, benannt nach der höchsten Erhebung der Pfalz, dem Donnersberg, Teile Frankreichs gewesen und hatten daher die Vorteile der Einführung des Code civil bzw. Code Napoléon und damit eines auf der bürgerlichen Gleichheit beruhenden Rechtssystems und der Liberalisierung des Wirtschaftslebens genossen. In der Absicht, der Integration der Pfalz keine allzu hohen Hürden in den Weg zu stellen und die Sympathien der Pfälzer zu gewinnen, wurden diese Errungenschaften auch nach 1816 links des Rheins beibehalten, sodass die Pfalz im Königreich Bayern einen Sonderstatus erhielt. Mehr noch, die starke pfälzische Fraktion in der zweiten Kammer des bayrischen Parlaments drängte darauf, die fortschrittlichen Einrichtungen auch auf das übrige Bayern auszudehnen.

Bayern gehörte in der Restaurationszeit zu den vergleichsweise liberalen Staaten im Deutschen Bund. 1818 hatte es eine Verfassung erhalten, zwar mit einer starken Stellung des Monarchen, aber auch mit der Beseitigung ständischer Vorrechte und mit Grundrechten für alle Bürger. Dennoch blieb das Verhältnis des pfälzischen Bürgertums zu Bayern nicht unge-
trübt, bedingt vor allem durch die bayrische Zollpolitik, durch die die Pfalz von für die wirtschaftliche Entwicklung hinderlichen Zollschränken umgeben war.

Verschärft wurden die Gegensätze zwischen bayrischer Regierung und Volk der Rheinpfalz durch die Vorgänge vor und nach dem Hambacher Fest 1832 (vgl. Beitrag S. 23-26).

In der Revolution 1848/49 brachen die Gegensätze spätestens wieder auf, als auch die bayrische Regierung wie zuvor bereits der preußische König Friedrich Wilhelm IV. am 23. April 1849 die von der Paulskirchenversammlung ausgearbeitete Verfassung ablehnte. Schon am 2. Mai 1849 beschloss eine zwischen 6.000 und 12.000 Menschen umfassende Versammlung in Kaiserslautern die Einrichtung eines Landesverteidigungsausschusses, der bis zur Anerkennung der Verfassung durch Bayern amtieren sollte. Nach Augenzeugenberichten prägten schwarz-rot-goldene Kokarden an diesem Tag das Stadtbild Kaiserslautern. Am 17. Mai schließlich bildete sich aus dem Landesverteidigungsausschuss und gewählten Vertretern der pfälzischen Kantone eine Provisorische Regierung für die Pfalz, die ein wichtiger Teil der Reichsverfassungskampagne zur Verteidigung der Paulskirchenverfassung gegen die restaurativen Kräfte darstellte. Beide Ereignisse fanden in der kurz zuvor fertiggestellten Fruchthalle statt. Präsident der Provisorischen Regierung wurde der Notar Joseph Martin Reichard aus Speyer. Ohne einen förmlichen Beschluss dazu betrieb sie die Loslösung der Pfalz von Bayern, was von der Münchner Regierung als Hochverrat gewertet wurde.

Obwohl ein nicht unerheblicher Teil pfälzischer Soldaten aus der bayrischen Armee desertierte, gelang es der damit unerfahrenen Regierung nicht, in der Kürze der Zeit eine schlagkräftige Armee und eine funktionierende Finanzverwaltung auf die Beine zu stellen. Versuche dazu blieben in Ansätzen stecken.

So hatten die von Bayern um Unterstützung gebeten preußischen Truppen unter dem Befehl des „Kartätschenprinzen“ Wilhelm, des späteren Kaisers Wilhelm I., leichtes Spiel, die revolutionäre Pfalz in wenigen Tagen (14.-17. Juni 1849) zu erobern – übrigens auch zum Ärger Bayerns, das lediglich Unterstützung für eigene Aktivitäten erhofft hatte. Nur an wenigen Orten wie Kirchheimbolanden (vgl. Beitrag „Kirchheimbolanden und die Revolution 1848/49“, (S. 32-35) und Rinnthal kam es zu einem nennenswerten Widerstand.

Nach dem Ende der Revolution 1848/49 erfolgte die juristische Verfolgung der Revolutionäre. Die Mitglieder der Provisorischen Regierung sowie mehrere hundert weitere Personen wurden angeklagt und, soweit sie sich nicht ins Ausland, insbesondere die USA, abgesetzt hatten, in Mainz vor Gericht gestellt. Da auch hier das in der Franzosenzeit eingeführte Geschworenengericht urteilte, gab es zahlreiche Freisprüche; Todesurteile wurden gegen einige Abwesende verhängt, die allerdings bei späteren Amnestien aufgehoben wurden.



Die Fruchthalle in Kaiserslautern heute (Bild: Ulrich Eymann)

Erinnerungsspuren

Den einzigen im Stadtbild zu entdeckenden materiellen Überrest aus den Revolutionstagen von 1848/49 in Kaiserslautern stellt die Fruchthalle dar, die mitten auf der wichtigsten Verkehrsachse der Stadt gelegen, eines der Wahrzeichen der Stadt ist und als der bedeutendste Profanbau der Pfalz gilt. Erbaut 1843 bis 1846 von dem Architekten August von Voit im Stil der italienischen Frührenaissance, sollte sie einerseits dem auch überregional bedeutenden Markt für Früchte, zugleich als Saal für bedeutende kulturelle Ereignisse dienen. Seit 2013 ist hier eine Dauerausstellung zur Geschichte der Fruchthalle zu sehen, die auch die Ereignisse von 1848/49 thematisiert.

Pädagogische Angebote vor Ort

Das nur ca. 400 Meter entfernt gelegene Theodor-Zink-Museum beherbergt eine Ausstellung zur Stadtgeschichte Kaiserslautern, die an mehreren Punkten die Möglichkeit bietet, demokratiegeschichtliche Schwerpunkte zu setzen. Für das 19. Jahrhundert wird der Prozess der Industrialisierung, ohne den der Aufschwung der liberalen und nationalen Bewegung nicht möglich gewesen wäre, am Beispiel der Familien von Gienanth (Eisenwerke) und Pfaff (Nähmaschinen) aufgearbeitet. Im 20. Jahrhundert ist es die Nachkriegszeit, in der durch die Anwesenheit amerikanischer Soldaten in und um Kaiserslautern Impulse vom Mutterland der Demokratie und zurück fließen. Eine Ausstellung in der Fruchthalle selbst ist ab Ende 2013 speziell den Ereignissen um 1848/49 gewidmet.

Den jeweiligen Anforderungen und Wünschen von Schulklassen gemäß können vom Theodor-Zink-Museum Materialien und Unterlagen für Führungen, Exkursionen oder Projekttag zusammengestellt werden.

Adressen und Links

Theodor-Zink-Museum|Wadgasserhof
Steinstraße 48-55
67657 Kaiserslautern
Tel.: 0631 365-2327
E-Mail: theodor-zink-museum@kaiserslautern.de

Informationen im Internet:

www.kaiserslautern.de/leben_in_kl/kultur/museen/theodor-zink-museum/ (über das Theodor-Zink-Museum)

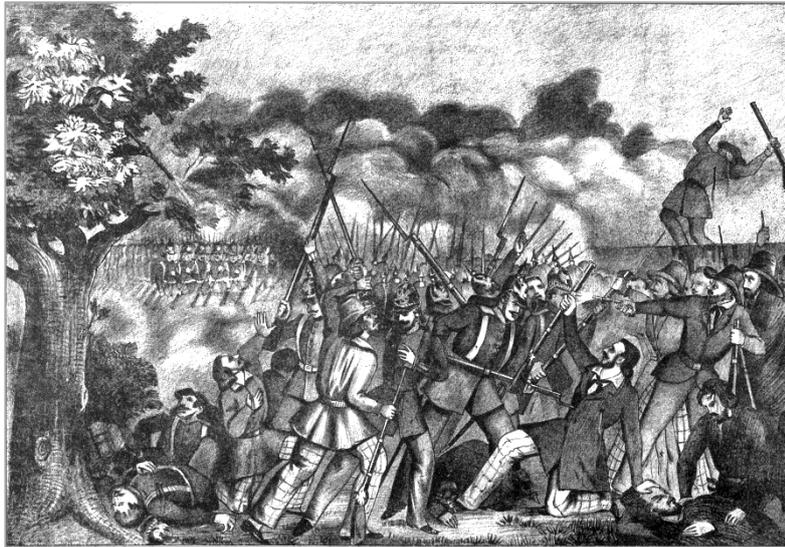
www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=507 (Seite des Landeshauptarchivs über die Reichsverfassungskampagne in der Pfalz und ihre Niederschlagung)

Literatur

Arbeitskreis der Archive im Rhein-Neckar-Dreieck (Hg.): Der Rhein-Neckar-Raum und die Revolution von 1848/49. Revolutionäre und ihre Gegenspieler. Ubstadt-Weiher: Regionalkultur Verlag, 1998.

1.5 Kirchheimbolanden und der Kampf der Freischärler von 1849

Ulrich Eymann



Der Kampf der Freischärler im Schlossgarten von Kirchheimbolanden
(zeitgenössische Lithographie von A. Gadola)

(Bild: © LHA Koblenz/Gustav Rittstieg/Original Historisches Museum der Pfalz Speyer)

Bedeutung des Ortes für die Demokratiegeschichte

Die Revolution von 1848/49, mehr als ein halbes Jahrhundert nach der Französischen Revolution, zeigt gerade in ihrem Scheitern die demokratiegeschichtliche Verspätung Deutschlands. Aufgrund verschiedener Faktoren, deren wichtigster sicher die Zersplitterung Deutschlands in ca. 40 eigenständige Staaten im Rahmen des Deutschen Bundes war, hatte sich das Bürgertum anders als in Frankreich weder politisch noch kulturell vom Adel vollständig emanzipiert. Dennoch ist diese Revolution ein Meilenstein der demokratischen Entwicklung, meldeten sich doch hier erstmals nicht nur Studenten und Bürger, sondern auch Handwerker, Bauern und Arbeiter mit dem Anspruch zu Wort, die politische Entwicklung Deutschlands mitzugestalten. Dass nicht nur die Macht der reaktionären Fürsten, vielmehr auch mangelnde Einigkeit innerhalb der revolutionären Gruppen zum Scheitern der Revolution 1848/49 beitrugen, schmälert die Bedeutung dieses Ereignisses keineswegs. So bleiben die 1849 in Kirchheimbolanden für ihre Überzeugungen kämpfenden Demokraten trotz ihrer Niederlage Vorbilder für heute.

Historische Hintergrundinformationen

Der Kampf der Freischärler im Schlossgarten von Kirchheimbolanden gegen Truppen des Königs von Preußen stellt in diesem Zusammenhang eher ein tragisches Nachspiel als einen Höhepunkt dar.

Nach den Anfangserfolgen der Revolutionäre im März 1848, die zur Aufhebung der Zensur und zur Berufung liberaler „Märzminister“ in die Regierungen geführt hatten, war es recht schnell zur Einberufung eines Vorparlaments und zur Wahl einer Nationalversammlung gekommen, die am 18. Mai 1848 erstmals in der Paulskirche in Frankfurt zusammentrat. Nach langer und ausführlicher Diskussion verabschiedete diese am 28. März 1849 eine neue Reichsverfassung, deren Inkrafttreten allerdings an der Weigerung des zum Kaiser gewählten preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. scheiterte, die ihm angetragene Krone anzunehmen.

Die radikaldemokratischen Kräfte wollten nicht hinnehmen, dass damit bereits das Scheitern der Revolution besiegelt sei. Daher formierten sich einerseits Abgeordnete der Paulskirchenversammlung zum sogenannten Rumpfparlament, das in Stuttgart tagte. Andererseits kam es gleichzeitig im deutschen Südwesten zu einer revolutionären Aufstandsbewegung. Dazu gehörte auch der Pfälzische Aufstand mit Zentrum in Kaiserslautern, dessen Ziel neben der Inkraftsetzung der Reichsverfassung („Reichsverfassungskampagne“) die Loslösung der damals bayrischen Pfalz von München war (vgl. dazu auch den Beitrag S. 27-31).

Dass der demokratische Widerstand gegen die Reaktion der Fürsten gerade hier so stark war, hing mit der immerhin rund 20 Jahre dauernden Zugehörigkeit der linksrheinischen Gebiete Deutschlands zu Frankreich (1794/95 - 1814) zusammen. Die Einführung des Code civil bzw. Code Napoléon und damit eines auf der bürgerlichen Gleichheit beruhenden Rechtssystems und die Liberalisierung des Wirtschaftslebens hatten die Ideen der Französischen Revolution in weiten Teilen der Bevölkerung verankert. Auch nach dem Wiener Kongress und dem Anschluss der „Rheinpfalz“ an Bayern blieben diese Errungenschaften zum großen Teil erhalten. Kein Zufall war es denn auch, dass die größte demokratische Massendemonstration des Vormärz, das Hambacher Fest 1832, in der bayrischen Pfalz stattfand.

Die linksrheinischen Gebiete spielten auch in der Revolution von 1848/49 eine wichtige Rolle, insbesondere im linken Spektrum der revolutionären Kräfte. Von hier aus gingen in dieser Zeit entscheidende Impulse ebenso für die Entwicklung der Arbeiterbewegung als auch für den politischen Katholizismus aus.

Auch in der ehemaligen Residenzstadt Kirchheimbolanden, in dessen Schloss Fürst Friedrich Wilhelm von Nassau-Weilburg bis zur Eroberung der linksrheinischen Gebiete durch die Franzosen 1793 residiert hatte, hatte das Bürgertum den Ausbruch der Revolution 1848 hoffnungsvoll begrüßt.

Im Mai 1849 aber hatten die Fürsten und ihre konservativen Anhänger das Heft des Handels bereits wieder fest in der Hand. Zwar gelang es der Provisorischen Regierung unter Joseph Martin Reichard in Kaiserslautern, die sich an die Spitze des Pfälzischen Aufstandes stellte, zahlenmäßig durchaus beachtliche, aber mehr schlecht als recht bewaffnete und militärisch ausgebildete Einheiten aufzustellen, die die Pfalz gegen die reaktionären Kräfte verteidigen sollten. Den gut ausgebildeten und bewaffneten Truppen aus Hessen, Bayern und Preußen

– letztere unter dem Kommando des „Kartätschenprinzen“ Wilhelm, des späteren deutschen Kaisers Wilhelm I. – waren sie jedoch in allen Belangen unterlegen.

So standen auch die Freischärler, die sich am 14. Juni 1849 im Schlossgarten von Kirchheimbolanden in ein Gefecht mit den vom Rheintal gegen Kaiserslautern vorrückenden preußischen Truppen gerieten, auf verlorenem Posten. Aufgrund der drückenden Überlegenheit der Preußen hatten die Befehlshaber der Freischaren bereits den Rückzug angeordnet; dieser Befehl war verhängnisvollerweise nicht bei den in Kirchheimbolanden verbliebenen rund 40 Männern angekommen, als die preußischen Truppen mit der Einnahme von Kirchheimbolanden begannen. Diese konnten also ohne Schwierigkeiten die vor dem Schlossgarten errichtete Barrikade umgehen, die Freischärler einkesseln und diejenigen, die kein Schlupfloch mehr fanden, töten oder gefangen nehmen. Auch die Mehrzahl der Kirchheimbolander Bürger hatte sich zwischenzeitlich aus Furcht vor Nachteilen von den Revolutionären distanziert. Nur einige wenige wie die couragierte Arzttochter Mathilde Hitzfeld unterstützten die Freischärler, die in ihrer Mehrzahl aus der Unterschicht kamen und aus dem Raum Mainz nach Kirchheimbolanden gekommen waren. Siebzehn von ihnen kamen bei dem aussichtslosen Gefecht ums Leben. Dennoch setzten sie damit ein Zeichen, dass die Demokraten den Fürsten das Terrain auch in Zukunft nicht kampflos überlassen würden.



Das Freischärler-Denkmal („Trauernde Germania“) auf dem Friedhof von Kirchheimbolanden
(Bild: Ulrich Eymann)

Erinnerungsspuren

Heute erinnern insbesondere das 1872 errichtete Denkmal der „Trauernden Germania“ sowie ein Grabmal für die 17 gefallenen Freischärler auf dem Friedhof von Kirchheimbolanden, nur 300 Meter vom Ort des Geschehens entfernt, an das historische Ereignis.

Das Denkmal wurde 1872 mit einer „Enthüllungsfeier“ eingeweiht. Zuvor hatte es unter den Initiatoren für die Errichtung des Denkmals Unstimmigkeiten gegeben, da sich einige Radikale gegen die Figur der „vielmissbrauchten Germania“ wandten und sich für ein „Symbol der Freiheit“ einsetzten.

Grabmal und Denkmal auf dem Friedhof, der Schlossgarten sowie einige weitere Punkte in Kirchheimbolanden mit Bezug zu den Geschehnissen von 1848/49 sind Teil des „Freischarenwegs“, der von einer Schulklasse konzipiert und mit Unterstützung der Stadt Kirchheimbolanden realisiert wurde. Dieser beginnt am Schlossplatz und führt über 15 zu Fuß problemlos zu erlaufende Stationen, wo sich auf Tafeln jeweils kurzgefasste Informationen zu dem jeweiligen Ort finden.

Pädagogische Angebote vor Ort

Das „Museum im Stadtpalais“ in Kirchheimbolanden zeigt in einem Teil seiner Dauerausstellung die „Deutsche Revolution von 1848/49“. Zusätzlich bietet es drei Medienstationen:

- Der Kirchheimbolander Bürger Jakob Daum schildert seine Erlebnisse um das Hambacher Fest.
- Ein Freischärler berichtet von den Kämpfen im Schlossgarten von Kirchheimbolanden.
- Mathilde Hitzfeld erzählt von ihrem Kampf um Demokratie und Gleichberechtigung.

Adressen und Links

Museum im Stadtpalais
Kirchheimbolanden
Amtsstraße 14
67292 Kirchheimbolanden
Tel.: 06352 401850

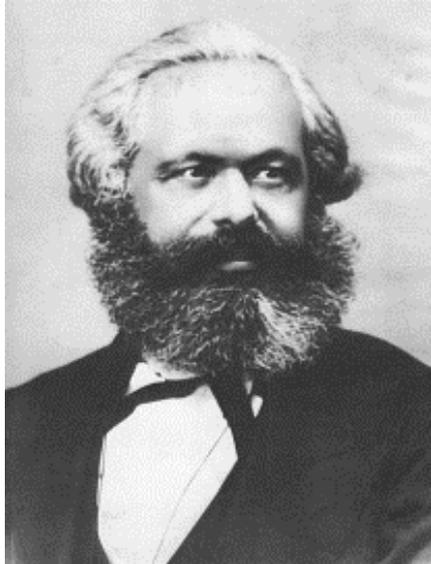
Informationen im Internet:

www.museum-kirchheimbolanden.de (Homepage des Museums Kirchheimbolanden)

www.mlwerke.de/me/me07/me07_162.htm (zeitgenössische Quelle: Bericht Friedrich Engels' über die Reichsverfassungskampagne)

1.6 Trier und das Geburtshaus von Karl Marx

Ulrich Eymann



Karl Marx (1818 - 1883), Philosoph, Journalist, Begründer des „wissenschaftlichen Sozialismus“ und Leitfigur der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts, aufgenommen von Friedrich Wunder 1867 (Bild: public domain)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Als Karl Marx 1818 in Trier geboren wird, ist Deutschland geprägt durch die Beschlüsse des Wiener Kongresses 1815: Restauration der vorrevolutionären Zustände nach dem Sieg über Napoleon auf der Basis der Legitimität, Gründung der Heiligen Allianz und Solidarität der Monarchen. Nur langsam beginnt auch in Deutschland, behindert durch die territoriale Zersplitterung und zahlreiche Binnenzollschranken, die Industrielle Revolution. Doch die dadurch entstehende Arbeiterschaft lebt in menschenunwürdigen Verhältnissen: Lange Arbeitszeiten, schwerste körperliche Arbeit, fehlender Arbeitsschutz, Hungerlöhne und erbärmliche Wohnverhältnisse prägen ihre soziale Realität. Geringe Lebenserwartung, Kinderarbeit, Alkoholismus sind die Folge. Nur zögerlich gibt es Ansätze, die Situation der Arbeiter durch ihren Zusammenschluss zu verbessern. In diesem Prozess der Entstehung einer Arbeiterbewegung, der in der Revolution von 1848/49 einen Schub erhält, spielen die Ideen von Karl Marx, wirkungsvoll zusammengefasst im „Manifest der Kommunistischen Partei“, eine zentrale Rolle. Die gesamte Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung ist nur in ihrer Aneignung des und kritischen Auseinandersetzung mit dem Marxismus zu verstehen. Indem Marx so zur Emanzipation der Arbeiterschaft und zur Entwicklung des heutigen Spektrums der demokratischen Parteien beigetragen hat, ist es gerechtfertigt, seinen Geburtsort zu den Orten der Demokratie in Rheinland-Pfalz zu rechnen, auch wenn es zu berücksichtigen gilt, dass ein anderer Einflussstrang des Marxismus in die stalinistische Diktatur der Sowjetunion und den „real existierenden Sozialismus“ der DDR geführt hat. Dass historische Prozesse in sich widersprüchlich sind, dieser Grundgedanke

der Dialektik, den Marx von Hegel übernommen hat, muss eben auch auf die Wirkung von Marx' Ideen selbst angewandt werden. Nicht umsonst sagte der eines linken Dogmatismus' unverdächtige katholische Theologe und Sozialphilosoph Oswald von Nell-Breuning: „Wir stehen alle auf den Schultern von Karl Marx!“

Historische Hintergrundinformationen

Karl Marx lebte nur kurze Zeit in seinem Geburtshaus in der Brückenstraße 10 in Trier. Schon 1819 bezog die Familie ein Wohnhaus in der Simeonstraße, ebenfalls in Trier. Der Vater, Heinrich Marx, Sohn des Trierer Rabbiners Mordechai Marx Levi hatte sich als Anwalt 1814 in Trier niedergelassen. Als Trier nach dem Wiener Kongress 1815 preußisch wurde, wurde Heinrich Marx vor die Alternative gestellt, seinen Beruf aufzugeben oder sich taufen zu lassen. Er entschied sich für Letzteres, und auch Karl Marx und seine Geschwister wurden christlich getauft, um der noch immer bestehenden Diskriminierung von Juden aus dem Weg zu gehen. Karl Marx besuchte das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, wo er 1835 das Abitur ablegte. Im gleichen Jahr bereits verließ er Trier und ging zum Studium der Rechtswissenschaft und Kameralistik nach Bonn. Obgleich er daher nur seine jungen Jahre in Trier verbrachte, blieben Eindrücke aus dieser Zeit doch für ihn prägend. Sein späterer Schwiegervater, Ludwig von Westphalen, damals bei der Trierer Regierung zuständig für das Armen- und Gefängniswesen, sensibilisierte ihn für das menschliche Elend und die Verarmung, die sich infolge der preußischen Handelspolitik besonders in dieser Region zeigten.

Die Veröffentlichung des „Kommunistischen Manifests“ 1848, das er im Auftrag des „Bundes der Kommunisten“ zusammen mit seinem lebenslangen Freund Friedrich Engels (1820 - 1895) verfasste, mehr noch aber sein Hauptwerk „Das Kapital“, in dem er eine Analyse der Ökonomie des Kapitalismus vornahm und marxistische Grundbegriffe wie „Lohnarbeit“, „Mehrwert“ und „Akkumulation des Kapitals“ prägte, ließen ihn zu dem einflussreichsten Theoretiker der europäischen Arbeiterbewegung werden. Diese entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Opposition zu den konservativen und zunehmend auch den liberalen Kräften zu einer nicht mehr zu umgehenden politischen Kraft. In den in dieser Zeit entstehenden sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien entbrannte jedoch sehr bald ein Richtungsstreit, wie das Marxsche Revolutionskonzept umzusetzen sei. In Deutschland war es die von Eduard Bernstein losgetretene Revisionismusdebatte (1896 - 1899), die in der SPD erbittert geführt wurde und letztlich in die Spaltung der Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Richtung mündete. Diesen Rückschlag erlebte Marx jedoch ebensowenig mit wie das Scheitern der internationalen Arbeiterbewegung bei ihrem Versuch, einen durch den Imperialismus ausgelösten Weltkrieg zu verhindern.



Heutiges Aussehen des Geburtshauses von Karl Marx in Trier
(Bild: © LHA Koblenz/Klaus Meis)

Erinnerungsspuren

Das in der Innenstadt von Trier liegende Geburtshaus von Karl Marx ist in seiner heutigen Gestalt das Ergebnis einer freien Rekonstruktion des ursprünglich 1727 gebauten barocken Wohnhauses durch den sozialdemokratischen Architekten Gustav Kasel. Bereits in der Zeit der Weimarer Republik wollte hier die SPD eine Erinnerungsstätte an Leben und Wirkung von Karl Marx und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung einrichten. Stattdessen wurde das Haus – Ironie der Geschichte – nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten im Mai 1933 beschlagnahmt und Verlagssitz des nationalsozialistischen „Trierer Nationalblattes“ und Wohnsitz des Nazi-Kreisleiters. 1947 erfolgte die Rückgabe an die Sozialdemokratie; seit 1968 ist es in der Obhut der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung.

Das spätere Wohnhaus der Familie Marx und damit auch des jungen Karl Marx ist in der Trierer Simeonstraße ebenfalls noch zu sehen (Hausnummer 8), eine Besichtigung ist allerdings nicht möglich.

Pädagogische Angebote vor Ort

Die in den Räumen des Karl-Marx-Hauses gezeigte Ausstellung informiert überwiegend anhand von Text- und Bildmaterial sowie mit Hilfe von vertiefenden Medienstationen über Marx' Biografie, seine Freundschaft mit Friedrich Engels, seine philosophischen und ökonomischen Ideen, die Entstehung und Entwicklung marxistischer Parteien und der internationalen Arbeiterbewegung bis zur Gegenwart. In Absprache mit den Museumspädagoginnen des Hauses sind Führungen mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen für Schulklassen der Sek I und der Sek II in Kombination mit einem einführenden Film (auch hier können unterschiedliche Aspekte im Mittelpunkt stehen) möglich. Auch eine Museumsrallye kann Bestandteil des Besuchsprogramms sein. Außerdem bietet das Karl-Marx-Haus die Möglichkeit, Seminare, Workshops oder Projekttag zu den in der Ausstellung präsentierten Themen in seinen Räumen durchzuführen. Pädagogische Materialien können dafür zur Verfügung gestellt werden.

Adressen und Links

Friedrich-Ebert-Stiftung
Museum Karl-Marx-Haus
Brückenstr. 10
54290 Trier
Tel.: 0651 97068-0
E-Mail: info.trier@fes.de

Informationen im Internet:

www.fes.de/marx/index.htm

Literatur

Karl Marx (1818-1883). Leben – Werk – Wirkung bis zur Gegenwart. Ausstellung im Geburtshaus in Trier. Ausstellungskatalog zur Dauerausstellung. Bad Godesberg: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.), ³2013.

1.7 Osthofen und die Beseitigung der Demokratie 1933/34

Dr. Irene Nehls



Außenansicht des KZ Osthofen, Aufnahme vom April 1933. Die Aufschrift „Konzentrationslager Osthofen“ war von der wenige Meter entfernten verlaufenden Eisenbahnlinie Mainz - Worms deutlich zu sehen. (Bild: © NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

An diesem Ort wird gezeigt, wie verwundbar demokratische Grundprinzipien und Strukturen sind und wie schnell sie mit Sondergesetzen (Ermächtigungsgesetz, Reichstagsbrandverordnung und andere) ausgehebelt werden können. Ausstellung und Gedenkstätte dokumentieren, wie Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden, eine demokratische Opposition mundtot gemacht und eine ganze Gesellschaft gleichgeschaltet und ideologisiert wurde. Inhalte sind: Die willkürliche Inhaftierung bestimmter Bevölkerungsgruppen, Bildung einer sogenannten „Volksgemeinschaft“ durch Ausschluss, Unterdrückung und Ermordung eines Teils der Mitbürger, die zunehmende Entrechtung jüdischer Mitbürger, die Errichtung von Umerziehungs-, Arbeits- und Vernichtungslagern. Die Ausstellung zeigt aber auch, dass politischer Widerstand gegen das NS-Regime in Wort, Schrift und Tat möglich war und stellt unterschiedliche Widerstandsgruppen und Einzelkämpfer vor. Gedenkort und Ausstellung fragen nach Tätern, Opfern, Mitläufern, Helfern und Widerständlern und machen deutlich, dass es für die Menschen in Deutschland unterschiedliche Handlungsoptionen gab und dass Geschichte nicht einfach „passiert“.

Historische Hintergrundinformationen

Von März 1933 bis Juli 1934 wurden im Konzentrationslager Osthofen – einer ehemaligen Papierfabrik – politische Gegner aus den Reihen der KPD, der SPD und der Gewerkschaften sowie Angehörige des katholischen Zentrums, Juden, Sinti, Separatisten und andere missliebige Personen inhaftiert. Es war das erste KZ im damaligen Volksstaat Hessen, zu dem die Provinzen Oberhessen, Starkenburg und Rheinhessen gehörten. Die offizielle Errichtung des Lagers erfolgte am 1. Mai 1933 durch den Staatskommissar für das Polizeiwesen in Hessen, Dr. Werner Best. Lagerleiter war der SS-Mann Karl d'Angelo. Insgesamt waren über 3.000 Männer inhaftiert. Für viele Gefangene stand das KZ Osthofen am Anfang ihrer Verfolgung und der späteren Deportation in andere Konzentrationslager wie z. B. nach Dachau, Papenburg, Auschwitz. In den frühen Konzentrationslagern wie dem in Osthofen begannen Unmenschlichkeit und Barbarei. Hier wurde im kleinen Maßstab erprobt, wie Menschen entwürdigt und gequält werden konnten, um sie später zu Millionen vernichten zu können. Das schreckliche Ende war nicht ohne Anfang. Eines davon lag in Osthofen.



Ein offener Lernort: Innenansicht der Gedenkstätte KZ Osthofen
(Bild: © NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz)

Erinnerungsspuren

Das Gelände der heutigen Gedenkstätte umfasst das gesamte Areal der ehemaligen Papierfabrik. Die Bebauung und die Gebäudestruktur sind weitgehend im Zustand von 1933 erhalten geblieben. Kleinere Veränderungen brachte lediglich die Nutzung als Möbelfabrik von 1936 bis 1976. Auf dem Außengelände und in der Halle, in der die Häftlinge gefangen gehalten wurden, informieren Texttafeln über die Bedeutung der Orte für die Geschichte des Lagers, z. B. über den alten und neuen Appellplatz, die Unterbringung der Häftlinge, die Ernährung sowie Fluchten aus dem Lager. Ergänzt wird das Informationssystem durch QR-Codes, die mit geeigneten Smartphones gelesen werden können.

Pädagogische Angebote vor Ort

Im ersten Obergeschoss des Hauptgebäudes können Interessierte im Lesesaal anhand eines Archivs mit Sammlungen von Dokumenten, Gegenständen, Fotografien, Zeitzeugenberichten und Datenbanken sowie einer Präsenzbibliothek die Geschichte der NS-Zeit in Rheinland-Pfalz und der beiden Konzentrationslager Osthofen und Hinzert recherchieren und erforschen.

Dauerausstellung „Verfolgung und Widerstand in Rheinland-Pfalz 1933 - 1945“

Im Mittelpunkt der Ausstellung im Obergeschoss des Hauptgebäudes steht das frühe Konzentrationslager Osthofen (1933/34). Ein Raum ist dem SS-Sonderlager/KZ Hinzert bei Trier (1939 - 45) gewidmet. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Thematik „Verfolgung und Widerstand“. Ein Raum ist dem Roman „Das siebte Kreuz“ von Anna Seghers und der Biographie der Autorin gewidmet. In einem speziellen Kartenraum können interaktive Karten abgerufen werden.

Sonderausstellungen und Veranstaltungen

In den Räumen der Gedenkstätte KZ Osthofen finden regelmäßig historische und künstlerische Sonderausstellungen sowie Vorträge, Konzerte, Theateraufführungen und andere Veranstaltungen statt.

Führungen

- Nach Voranmeldung, ab 5 Personen
- Dauer ca. 2,5-3 Stunden
- Auch in französischer und englischer Sprache (Voranmeldung erforderlich)
- Öffentliche Führung für Einzelbesucher an jedem 1. Sonntag im Monat, 14.30 Uhr, Treffpunkt im Foyer der Gedenkstätte (Anmeldung nicht erforderlich)

Projektstage

- Ganztägig (mind. 5 Stunden)
- Nach Kennenlernen des Ortes Projektarbeit in Kleingruppen
- Auswahl aus verschiedenen Themen und Methoden
- Individuell für die Gruppe zusammengestellte Themen

Sonderausstellungen und Ferienworkshops

- Pädagogische Begleitprogramme zu den Sonderausstellungen
- Ein- und mehrtägige Workshops für Kinder und Jugendliche

Fortbildungen

- Für Lehrkräfte aller Schularten und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der außerschulischen Bildungsarbeit
- Zu historischen Aspekten und Themen der Gedenkstättenpädagogik

Geocache

Auf dem Gelände der Gedenkstätte KZ Osthofen befindet sich ein öffentlicher Geocache, der an verschiedenen Stationen Kenntnisse über die Geschichte des frühen Konzentrationslagers Osthofen vermittelt. Die Startkoordinate lautet: N 49° 42.459 E 008° 19.544 (UTM: 32U E 451385 N 5506344). Zu dieser Methode werden auch Projekttag und Workshops angeboten.

Die Bildungsangebote sind kostenlos. Fahrtkostenzuschüsse für rheinland-pfälzische Schulklassen und Jugendgruppen werden nach Antrag vergeben.

Adressen und Links

NS-Dokumentationszentrum Rheinland-Pfalz
Gedenkstätte KZ Osthofen
Ziegelhüttenweg 38
67574 Osthofen
Tel.: 06242 9108-10/Fax: 06242 9108-20
E-Mail: info@ns-dokuzentrum-rlp.de

Informationen im Internet:

www.gedenkstaette-osthofen-rlp.de

Förderverein Projekt Osthofen e.V.
Ziegelhüttenweg 38
67574 Osthofen
Tel.: 06242 9108-25/Fax: 06242 9108-29
E-Mail: info@projektosthofen-gedenkstaette.de

Informationen im Internet:

www.projektosthofen-gedenkstaette.de

1.8 Die Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert

Steffen Reinhard



Foto (vermutlich 1940/41): Überblick über das Lagergelände
(Bild: privat)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Kenntnisse über Wirkungen eines totalitären Unrechtssystems, das politische, weltanschauliche und rassistische Intoleranz sowie staatlichen Terror zur Maxime seines Selbstverständnisses gemacht hat, müssen als Chance für nachhaltige Demokratieerziehung verstanden werden. Das Grundgesetz und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sind ohne die traumatischen Erfahrungen der NS-Diktatur nicht vorstellbar.

Seit 1991 hat die Landesregierung die Gedenkarbeit an den beiden landeseigenen KZ-Gedenkstätten Osthofen und Hinzert sowie die Pflege von Gedenkstätten und die Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit erklärt. Politische Bildung und Aufklärung über die NS-Verbrechen an Standorten ehemaliger Konzentrationslager sind ein wirksamer Schutz gegen Demokratiefindlichkeit und Rechtsextremismus und stärken Zivilcourage und Solidarität. Sie sind wichtig für die Schaffung eines demokratischen Bewusstseins in unserer Gesellschaft.

Am authentischen Lernort soll verdeutlicht werden, dass Toleranz, Akzeptanz und Demokratie keine Selbstläufer sind und wie wichtig es auch heute noch ist, sich für eine demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Historische Hintergrundinformationen

Im Oktober des Jahres 1939 wurde nahe dem Ort Hinzert ein Polizeihaftlager für im nationalsozialistischen Sinne „straffällig“ gewordene Arbeitskräfte der Organisation Todt (OT) am Westwall eingerichtet. Es trug die offizielle Bezeichnung „SS-Sonderlager Hinzert“ und stellte in seiner Anfangszeit eine Vorform der späteren NS-Arbeitserziehungslager dar. 1940 wurde das SS-Sonderlager der Inspektion der Konzentrationslager unterstellt und diente auch als eine Art Einweisungslager für Häftlinge auf ihrem weiteren Leidensweg in verschiedene Konzentrationslager oder Gefängnisse. Die westeuropäischen Häftlinge waren überwiegend Widerstandskämpfer, die osteuropäischen Häftlinge zumeist Zwangsarbeiter. Hinzert war kein Vernichtungslager und verfügte über keine Gaskammern. Trotzdem wurden hier Menschen mit unglaublicher Brutalität misshandelt und getötet. Durch ständige Aushungerung, körperliche Schwerstarbeit, mangelnde medizinische Versorgung kranker Häftlinge, Verletzungen und Misshandlungen kam es zu zahlreichen Todesfällen. Das SS-Sonderlager/KZ Hinzert war, wie alle Haftstätten während der NS-Zeit, ein rechtsfreier Raum, in dem die Opfer der Willkür ihrer Peiniger schutzlos ausgeliefert waren. Es gab in Hinzert auch Massenexekutionen: Im Oktober 1941 wurden 70 sowjetische Kriegsgefangene durch Giftspritzen ermordet und in den umliegenden Wäldern verscharrt, 1942 und 1944 wurden Luxemburger, die sich gegen die Zwangseindeutschung ihres Landes wehrten oder im Widerstand waren, erschossen. Gesichert sind mindestens 321 Todesfälle, es ist jedoch davon auszugehen, dass nach Kriegsende nicht alle Opfer gefunden wurden. Mindestens 10 000 Häftlinge aus 20 europäischen Ländern sind bislang nachweisbar, was die europäische Bedeutung des Lagers unterstreicht. Aufgegeben wurde das SS-Sonderlager/KZ Hinzert im März 1945. Die meisten Häftlinge wurden unter Bewachung in Richtung des KZ Buchenwald getrieben. Dort kamen sie aber nicht mehr an, die meisten Häftlinge wurden in Hessen während ihres Marsches von US-Truppen befreit.

Erinnerungsspuren

Das bei Kriegsende fast unzerstörte KZ ließ die französische Besatzungsverwaltung abräumen und einen Ehrenfriedhof einrichten. Im November 1948 wurde eine Sühnekapelle neben dem Friedhof eingeweiht. Im Jahre 1986 wurde auf dem Friedhof ein Denkmal des ehemaligen Häftlings Lucien Wercollier als zentrales Mahnmal errichtet. Es trägt die Inschrift: „Durchdrungen von Menschlichkeit, Frieden und Gerechtigkeit“.

Im Jahre 2005 wurde ein Dokumentations- und Begegnungshaus neben der Gedenkstätte eröffnet. Eine Dauerausstellung erläutert die historische Bedeutung des Konzentrationslagers und weist auf die „Stätten der Unmenschlichkeit“ im Umfeld des ehemaligen Lagers hin. Zentrale Elemente der Gedenkarbeit in Hinzert sind neben internationalen Gedenkfeiern zu Ehren der ehemaligen Häftlinge Tagungen, Führungen für Schulklassen und andere Besuchergruppen sowie die Dauerausstellung zur Lagergeschichte.



Blick über den Friedhof, das Mahnmal und das am 10.12.2005 (Tag der Menschenrechte) eingeweihte Dokumentations- und Begegnungshaus
(Bild: © Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert)

Pädagogische Angebote vor Ort

Die Führungen durch die Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert werden von pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie von freien, seitens der Gedenkstätte ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte durchgeführt und ganz individuell auf die verschiedenen Besuchergruppen und Schultypen bzw. die methodischen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler und das vorhandene Vorwissen abgestimmt.

Eine Führung dauert 2,5-3 Stunden und besteht in der Regel aus

- einem Rundgang, der von den Außenanlagen (Friedhof, Kapelle, Mahnmal usw.) in das Dokumentationsgebäude und die dortige Dauerausstellung führt. Anschließend wird den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit gegeben, Eindrücke zu äußern, Fragen zu stellen und in einer Abschlussrunde ein Feedback zu geben.
- Es empfiehlt, sich eine Führung mindestens drei Wochen vor dem Besuch telefonisch anzumelden, um den Besuch seitens Gedenkstätte bestmöglich vorbereiten zu können.
- Es besteht auch die Möglichkeit, einen ganzen Projekttag zu organisieren, um beispielsweise die „Stätten der Unmenschlichkeiten“ im Wald zu besichtigen oder sich intensiver mit der Geschichte des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert auseinanderzusetzen.

Bis zu drei Besuchergruppen oder Schulklassen können gleichzeitig in der Gedenkstätte und in den Außenanlagen betreut werden.

Auf Anfragen sind auch Führungen in mehreren Fremdsprachen nach Voranmeldung möglich.

Adressen und Links

Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert
An der Gedenkstätte
54421 Hinzert-Pöler
Tel.: 06586 9924-93
Fax: 06586 9924-94
E-Mail: info@gedenkstaette-hinzert-rlp.de

Informationen im Internet:

www.gedenkstaette-hinzert-rlp.de/

Literatur

Benz, Wolfgang/Distel, Barbara (Hg.): Hinzert. Das Konzentrationslager Hinzert und seine Außenlager. München 2008

Jander, Martin: Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ-Hinzert. Gedenkort 3. Berlin 2008

1.9 Rhöndorf und das Konrad-Adenauer-Haus

Gernot Stiwitz



Das in der Printversion gezeigte historische Bild des Adenauer-Hauses musste aus rechtlichen Gründen ersetzt werden.

Bild des Wohnhauses von Konrad Adenauer in Rhöndorf
(Bild:  Echtner)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Konrad Adenauer, der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, lebte über drei Jahrzehnte in Rhöndorf. Das Adenauer-Haus war damit in der Zeit der Wohnort Konrad Adenauers, in der er die Nachkriegsgeschichte Deutschlands entscheidend mitgestaltet hat. Der Übergang von der NS-Diktatur zur Demokratie trägt in vielfacher Hinsicht seine Handschrift.

Am 29. April 1967 verstarb er im Alter von 91 Jahren in seinem Wohnhaus in Rhöndorf. Beigesetzt ist er auf dem nahe gelegenen Waldfriedhof. Nach seinem Tod strömten zahlreiche Menschen nach Rhöndorf, um dem Altbundeskanzler die letzte Ehre zu erweisen. Seine Erben übereigneten das Anwesen der Bundesrepublik Deutschland. Der Bund errichtete daraufhin mit der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus seine erste Politikgedenkstätte.

Historische Hintergrundinformationen

Konrad Adenauer wurde am 5. Januar 1876 geboren und war bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik politisch aktiv. Zwischen 1917 und 1933 war er Oberbürgermeister von Köln und zwischen 1921 und 1933 hatte er das Amt des Präsidenten des Preußischen Staatsrats inne. Weihnachten 1937 bezog die Familie Adenauer das Haus in Bad Honnef-Rhöndorf. Der Umzug nach Rhöndorf erfolgte, nachdem Konrad Adenauer von den Nationalsozialisten als Oberbürgermeister von Köln im Jahr 1933 abgesetzt worden war. Zwischen 1933 und 1937 wechselte er häufiger seinen Aufenthaltsort. Die Zeit der nationalso-

zialistischen Herrschaft erlebte er im erzwungenen Ruhestand im Wesentlichen in Rhöndorf und war nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 zwischenzeitlich in Haft.

1945 wurde Adenauer von den Alliierten wieder als Oberbürgermeister von Köln eingesetzt. Im gleichen Jahr war er Gründungs- und Vorstandsmitglied der „Christlichen-Demokratischen Partei“ (CDP). 1946 wurde Adenauer zum 1. Vorsitzenden der neugegründeten Christlich Demokratischen Union (CDU) in der britischen Besatzungszone gewählt und wurde nach Schaffung des Landes Nordrhein-Westfalen Fraktionsvorsitzender der CDU im ersten Landtag. 1948 wurde er zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates in Bonn gewählt. In dieser Stellung wurde er sowohl gegenüber den Ministerpräsidenten der Länder als auch gegenüber den Militärgouverneuren zum „Sprecher der werdenden Bundesrepublik“ (Heuss) und gewann so in der Öffentlichkeit Ansehen und auch Bekanntheit. Adenauer war damit maßgeblich an der Erarbeitung des Grundgesetzes beteiligt, das 1949 verabschiedet wurde und seither den Rahmen für die Politik der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Von der CDU/CSU-Fraktion des ersten Deutschen Bundestages wurde der damals 73-Jährige am 15. September im gleichen Jahr zum Bundeskanzler gewählt, ein Amt, das er trotz seines fortgeschrittenen Alters 14 Jahre lang ausübte. In dieser Zeit wurden entscheidende Weichenstellungen für die Bundesrepublik Deutschland vorgenommen.

Unter der Bundeskanzlerschaft Adenauers erreichte der Westen Deutschlands weitgehend die staatliche Souveränität und es erfolgte die enge Bindung an den Westen, die sogenannte Westintegration. Adenauer hat mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags die Aussöhnung mit Frankreich erreicht und über die Römischen Verträge und die Errichtung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die europäische Integration entscheidend angestoßen. Zudem wurde die Soziale Marktwirtschaft als neuartige Wirtschaftsordnung entwickelt.

Adenauers Privathaus wurde dabei zum Schauplatz wichtiger Ereignisse. Eine Woche nach der ersten Bundestagswahl lud Adenauer eine Reihe maßgebender Politiker von CDU und CSU zu sich nach Hause. Diese Zusammenkunft am heißen Sommersonntag des 21. August 1949 ist als „Rhöndorfer Konferenz“ in die Geschichte eingegangen. In der späten Kanzlerzeit empfing Adenauer zweimal den französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulles in Rhöndorf. Dieser besonderen Geste der privaten Zusammenkunft vorausgegangen waren zwei Einladungen Adenauers in die „Boisserie“, de Gaulles privates Anwesen in Colombey-les-deux-Églises.

Erinnerungsspuren

Die Einrichtung des Hauses ist seit Adenauers Tod nahezu unverändert geblieben. Die Möbel stammen größtenteils aus der Oberbürgermeisterzeit. An den Wänden befinden sich alte Gemälde aus dem Familienbesitz von Adenauers erster Frau Emma, geb. Weyer. Zudem finden sich in den Räumen zahlreiche Geschenke. Im ersten Stock des Hauses – für Besucher nur von außen einzusehen – befinden sich das Arbeitszimmer und daneben das Schlafzimmer, in dem Adenauer am 19. April 1967 starb.

Das unterhalb des Wohnhauses gelegene Ausstellungsgebäude wurde im Hinblick auf den 30. Todestag Konrad Adenauers neu gestaltet und am 19. April 1997 eröffnet. Die dort präsentierte Dauerausstellung zum Leben und Wirken Adenauers spannt den Bogen über vier Epochen deutscher Geschichte vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und den Nationalsozialismus bis hin in die Nachkriegszeit und die Ära der jungen Bundesrepublik Deutschland, der der erste Bundeskanzler seinen Namen gab.

Zahlreiche Dokumente und Exponate, Film- und Bildsequenzen aus Konrad Adenauers Nachlass führen den Besucher durch 12 Stationen seines langen Lebens. Texttafeln erläutern den historischen Kontext der Zeit und lassen Adenauer in Zitaten selbst zu Wort kommen. Die Ausstellung zeigt den Politiker und Staatsmann, aber auch den privaten Adenauer. Ebenso fehlt nicht der Spiegel der Karikatur, den ihm Zeitgenossen vorhielten. Schließlich illustriert eine bunte Sammlung von Orden, Ehrenzeichen und Geschenken die große Anerkennung, die Adenauer weltweit zuteil wurde.



Das Adenauer-Haus in Rhöndorf in seinem heutigen Zustand
(Bild: CC-BY-SA-2.0-DE, Fotograf: Sir James)

Pädagogische Angebote vor Ort

Die Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus bietet Führungen und Projektstage für Schulklassen aller Schularten und Altersstufen allgemeiner Natur oder mit inhaltlicher Vertiefung anhand von verschiedenen didaktischen Zugängen in Archiv und Museum. Alle Angebote (Eintritt, Führungen, Projekte) sind kostenlos.

Als klassische Führungsmodulare werden für das Bundeskanzler-Adenauer-Haus angeboten:

- Führung durch das Wohnhaus (Dauer: 50 Minuten),
- Führung durch die Dauerausstellung zu Leben und Wirken Konrad Adenauers (Dauer: 40 Minuten). Schwerpunktsetzungen auf einzelne Bereiche (privat, politisch) oder Epochen (Kaiserreich, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik) oder Themen (Europa, Deutschland – Frankreich, Deutsche Frage) sind nach vorheriger Absprache möglich,
- interaktive Führung durch die Dauerausstellung zu Leben und Wirken Konrad Adenauers mit starker Einbeziehung der Schülerinnen und Schüler (Dauer: 70 Minuten),
- Führung durch das Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus mit einem Einblick in die Aufgaben und den Aufbau eines Archivs mit Schriftgut, Sammlungsgut und Fotoarchiv (Dauer: 45 Minuten),
- Führung auf den Spuren Konrad Adenauers durch Rhöndorf mit den Stationen Waldfriedhof, Ziepchensplatz und Pfarrkirche (Dauer je nach Rundgang: 50-80 Minuten),
- diverse Filme zu Konrad Adenauer (je nach Film: 20-90 Minuten).

Außerdem besteht die Möglichkeit, im Bundeskanzler-Adenauer-Haus Projektstage zu organisieren. Alle Projektstage enthalten:

- ausführliche, altersgemäße Führungen durch die Ausstellung und das Wohnhaus,
- intensive Kleingruppenarbeitsphasen,
- abschließende Präsentation.

Nach vorheriger Absprache dauern die Projekte zwischen 2,5 und 6 Stunden. Führungen können auch auf Englisch oder Französisch angeboten werden.

Adressen und Links

Konrad-Adenauer-Straße 8c
 53604 Bad Honnef-Rhöndorf
 Tel.: 02224 921-234
 Fax: 02224 921-111
 E-Mail: besucherdienst@adenauerhaus.de

Informationen im Internet:

www.adenauerhaus.de/

www.konrad-adenauer.de/

www.hdg.de/lemo/html/biografien/AdenauerKonrad/index.html

1.10 Unkel und das Willy-Brandt-Haus

Gernot Stiwitz



Willy Brandt auf dem SPD-Bundesparteitag 1973
(Bild: Bundesarchiv, B145-Bild-F039421-0007/Wegmann, Ludwig/CC-BY-SA)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

In Unkel gibt es seit März 2011 das neue Museum „Willy-Brandt-Forum“. Der ehemalige Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt lebte hier von 1979 bis zu seinem Tod im Jahr 1992. Hier schrieb er seine Erinnerungen und unternahm von hier aus zahlreiche Reisen.

Willy Brandt gehört neben Konrad Adenauer sicher zu den Persönlichkeiten, von denen entscheidende Weichenstellungen für die demokratische Entwicklung der Bundesrepublik ausgingen. Brandts Verdienst ist es, den Gedanken der Demokratie in die Mitte der Gesellschaft getragen zu haben: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an“ – so eine zentrale Aussage seiner Regierungserklärung von 1969. Schulen, Universitäten und Betriebe sollten im Sinne von Partizipation und Mitbestimmung reformiert werden.

Zum Gedenken an den Politiker und Privatmann Brandt wurde das Museum in Unkel am 20.03.2011 eröffnet. Die „Bürgerstiftung Unkel – Willy-Brandt-Forum“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Andenken an Willy Brandt zu bewahren.

Historische Hintergrundinformationen

Willy Brandt wurde am 18. Dezember 1913 unter dem Namen Herbert Frahm in Lübeck geboren. 1929 war er in der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) Lübecks aktiv, trat 1930 in die SPD ein, übernahm 1931 nach Gründung der „Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands“

(SAPD), einer Linksabspaltung der SPD, den Vorsitz des Lübecker Jugendverbandes der SAPD und floh 1933 über Dänemark ins Exil nach Norwegen. Herbert Frahm nannte sich fortan Willy Brandt.

Während der Herrschaft der Nationalsozialisten war Brandt Korrespondent im Spanischen Bürgerkrieg, wurde 1938 ausgebürgert und musste nach der Besetzung Norwegens 1940 weiter nach Schweden fliehen. Von der norwegischen Exilregierung erhielt er 1940 die norwegische Staatsbürgerschaft und kehrte 1945 als Korrespondent skandinavischer Zeitungen beim Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess nach Deutschland zurück. 1948 erhielt er die deutsche Staatsbürgerschaft zurück und führte sein Pseudonym „Brandt“ fortan als amtlichen Namen.

Während und nach der Berlin-Blockade 1948/49 arbeitete er eng mit dem Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter, zusammen. Zwischen 1949 und 1957 war Brandt Mitglied des Deutschen Bundestages, 1955 - 1957 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, 1957 - 1966 Regierender Bürgermeister von Berlin und erlebte in dieser Funktion den Bau der Berliner Mauer. Mit Ausbruch der Berlin-Krise 1958 erlangte er im westlichen Ausland große Sympathien. 1961 war er erstmals sozialdemokratischer Kanzlerkandidat. 1964 - 1987 war er Parteivorsitzender der SPD und von 1965 an bis zu seinem Tod Mitglied des Deutschen Bundestages. 1966 - 1969 war er Bundesminister des Auswärtigen Amtes und Vizekanzler in der ersten Großen Koalition unter Kurt Georg Kiesinger. Von 1969 bis 1974 war er der erste sozialdemokratische Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierungszeit Willy Brandts ist vor allem durch die neue Ostpolitik, die unter dem Schlagwort „Wandel durch Annäherung“ zusammengefasst werden kann, und durch innenpolitische Reformen, die unter dem Leitmotiv „Mehr Demokratie wagen“ standen, gekennzeichnet. Für seine Ostpolitik wurde Brandt 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, musste dafür aber auch viel Kritik einstecken und sich 1972 einem Misstrauensvotum stellen, das allerdings nicht von Erfolg gekrönt war. Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler im Jahr 1974 blieb Brandt bis 1987 Vorsitzender der SPD und wurde 1976 Präsident der Sozialistischen Internationale. In seinen späten Jahren galt sein Engagement vor allem auch der internationalen Friedenspolitik.



Eingangsbereich des Willy-Brandt-Forums in Unkel (Bild:   Nicolas17)

Erinnerungsspuren

Unkel war in seinen späten Jahren Willy Brandts Wohnort. Das Willy-Brandt-Forum wurde in den Räumen des ehemaligen Sparkassengebäudes als Museum eingerichtet. Im Museum ist das Arbeitszimmer des Politikers originalgetreu rekonstruiert. Es finden sich viele Exponate, Erinnerungsstücke, Dokumente und Fotografien, die Willy Brandts Leben und Wirken greifbar machen. Im Untergeschoss des Museums hängt zum Beispiel das berühmte Meistermann-Porträt des Kanzlers.

Pädagogische Angebote

Das Willy-Brandt-Forum bietet Gruppenführungen für Schülerinnen und Schüler (ca. 45-60 Minuten; bei Bedarf auch in Englisch, Französisch und Spanisch) an. Eine Anmeldung ist mindestens eine Woche vorher erforderlich.

Didaktisch aufbereitetes Material zu einzelnen Themenbereichen steht zur Verfügung: Frage-/Arbeitsbogen für die Sekundarstufe I, Arbeitsaufträge zu verschiedenen Themenbereichen für die Sekundarstufe II (als Arbeitsgrundlage im Museum dienen oder zur Nachbereitung).

Ein Seminarraum mit ca. 40 Plätzen kann für Nachbereitung oder Workshops kostenlos genutzt werden.

Adressen und Links

Willy-Brandt-Forum

Willy-Brandt-Platz

53572 Unkel/Rhein

Telefon: 02224 7799303

Für Informationen und Buchungsanfragen bzgl. Gruppen, Führungen:

Telefon: 0228 9480923/Fax: 02224 902885

Informationen im Internet:

www.willy-brandt-forum.com

www.willy-brandt.org/

www.hdg.de/lemo/html/biografien/BrandtWilly/index.html

Informationen und Buchungsanfragen (Gruppen, Führungen):

buchungsanfrage@willy-brandt-forum.de

1.11 Hasselbach und die Friedensbewegung 1986

Ulrich Eymann



Großdemonstration in Hasselbach am 11.10.1986 mit ca. 180.000 Demonstranten
(Bild: © U. Leuschner)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

Zum Wesen einer parlamentarischen Demokratie gehört es, dass die Wählerinnen und Wähler Abgeordnete delegieren, die für eine bestimmte Zeit frei und nur ihrem Gewissen verpflichtet wesentliche Entscheidungen sozusagen stellvertretend für die Bürgerinnen und Bürger ihres Landes treffen. Aber auch eine parlamentarische Demokratie verdammt diese in der Zeit zwischen den Wahlen nicht zur Untätigkeit. Insbesondere in Kundgebungen und Demonstrationen besitzt „das Volk“ eine Möglichkeit, seinen Interessen und Vorstellungen Nachdruck zu verleihen, insbesondere auch, wenn sich diese von denen der gewählten Vertreter unterscheiden. Insofern können die Organisation und der Verlauf von Demonstrationen gewissermaßen als Gradmesser für die Reife einer Demokratie gesehen werden, und zwar sowohl seitens der Demonstranten (Gewaltfreiheit) als auch seitens des Staats und der Polizei (Kooperation und Deeskalation anstelle von Konfrontation). Einen Meilenstein bedeutete in dieser Hinsicht die Großdemonstration am 11.10.1986 in dem kleinen Ort Hasselbach im Hunsrück mit ca. 180.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (die Organisatoren sprachen sogar von über 200.000). In den 1980er Jahren kam es häufig zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei, z. B. an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens oder am Standort der geplanten Wiederaufbereitungsanlage für abgebrannte Atombrennstäbe in Wackersdorf, bei denen es auf beiden Seiten sogar Tote gab. Insofern kann der friedliche Protest in unmittelbarer Nähe zu einer politisch hochbrisanten Baustelle als vorbildlich im Sinne gelebter Demokratie gelten.

Historische Hintergrundinformationen

Obwohl der Kalte Krieg seinen Höhepunkt bereits überschritten hatte und durch die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) die Signale eher auf Entspannung standen, blieb die von ihm ausgelöste Rüstungsspirale noch bis in die 1980er Jahre intakt. Die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 durch die Sowjetunion beantwortete der Westen 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss, der die Stationierung von neuartigen Raketen (Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles, also Marschflugkörper), verbunden mit einem Verhandlungsangebot über die beidseitige Abrüstung, vorsah. In großen Teilen der Bevölkerung weckten diese Pläne die Befürchtung, dass Westdeutschland im Zuge eines durch geringere Vorwarnzeiten wahrscheinlicher werdenden, u. U. auch unabsichtlich ausgelösten Atomkrieges zum Schlachtfeld werden könnte. Die bundesdeutsche Friedensbewegung, die sich in der Auseinandersetzung um die deutsche Wiederbewaffnung in den 1960er Jahren entwickelt und in den „Ostermärschen“ ihre wesentliche Ausdrucksform gefunden hatte, griff dieses Thema in zahlreichen kleineren und großen Aktionen auf. Höhepunkt war die Demonstration in Bonn am 22. Oktober 1983 mit über einer halben Million Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Als im gleichen Jahr durch einen Zufall bekannt wurde, dass ein Teil der Raketen in der Nähe des Hunsrückstädtchens Kastellaun stationiert werden sollte (der Name „Wüschheim“ war in einem Protokoll des amerikanischen Repräsentantenhauses versehentlich nicht getilgt worden, tatsächlich lag das auch zuvor schon als Raketenbasis genutzte und von den Amerikanern „Pydna“ getaufte Gelände zwischen den Hunsrückgemeinden Bell und Hasselbach), verdichtete sich auch im Hunsrück der Widerstand gegen die Raketenstationierung. Den bereits bestehenden örtlichen Friedensgruppen, die sich in der „Friedensinitiative Rhein-Hunsrück-Mosel-Nahe“ überregional organisierten, gelang es, die zentrale Organisation der bundesweiten Friedensbewegung, das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KoFAZ), davon zu überzeugen, dass Hasselbach/Bell, wo seit Januar 1986 erste Cruise Missiles stationiert waren, ein geeigneter Schauplatz für eine bundesweite Demonstration sei. Sowohl Organisatoren als auch Polizei waren überrascht, als neben geschätzt 10.000 Hunsrückern weitere ca. 170.000 Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet anreisten, um gegen die Raketenstationierung zu demonstrieren, hatte der Bundestagsbeschluss vom November 1983, mit dem die NATO-Pläne für die Bundesrepublik sanktioniert worden waren, der Friedensbewegung doch zeitweise den Wind aus den Segeln genommen. Dass es dabei weder seitens der Demonstranten noch seitens der Polizei zur Gewaltanwendung kam, war ein Verdienst der Organisatoren aus der Hunsrücker und der bundesdeutschen Friedensbewegung. Diese hatten sich dafür eingesetzt, dass einerseits am Tag der Demonstration seitens der Demonstranten auf Aktionen des „zivilen Ungehorsams“ (z. B. Sitzblockaden) verzichtet wurde und dass andererseits eine Schulung der eingesetzten 5.000 Polizeibeamten für ein deeskalierendes, gewaltfreies Vorgehen stattfand.

Das Ende der Raketenstationierung auf der „Pydna“ wurde jedoch nicht durch die Demonstration herbeigeführt. Verantwortlich dafür war der INF-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion, in dem 1987 erstmals eine tatsächliche Abrüstung der beiden Kontrahenten des Kalten Krieges vereinbart wurde: Sämtliche nuklearen Kurz- und Mittelstreckenraketen wurden daher in den Folgejahren beseitigt, 1990 verließen die Cruise Missiles den Hunsrück.

Ob das Zustandekommen des Vertrages aber eher der inneren Krise der Sowjetunion oder dem Druck der demokratischen Öffentlichkeit auf die westlichen Regierungen geschuldet war, ist heute eine noch offene Frage.



Wandbild der „Raketenkuh“ an einer Feldscheune bei Bell (Hunsrück) im heutigen Zustand
(Bild: FI Hunsrück)

Erinnerungsspuren

Was an materiellen Überresten noch heute an die späte Phase der Ost-West-Konfrontation und das Wirken der Friedensbewegung im Hunsrück erinnert, ist zunächst einmal die noch immer riesig wirkende Anlage der „Pydna“, des ehemaligen Stationierungsortes der Cruise Missiles. Im Wald gelegen und von einem Zaun umgeben, ist sie von außen nicht einsehbar. Einmal im Jahr öffnet sich das Tor jedoch für die bis zu 64.000 Besucher (2013) der „Nature One“, eines der größten Festivals für elektronische Musik in Europa. In Absprache mit der Standortverwaltung der Bundeswehr, die das Gelände in der übrigen Zeit als Standortübungsplatz nutzt, ist aber auch eine Informationsbegehung mit Schulklassen möglich. Auch die Friedensbewegung hat in der Umgebung von Kastellaun bis heute erkennbare Spuren hinterlassen. An der L 204, gegenüber der Ortschaft Bell, ist das im Vorfeld der Großdemonstration 1986 entstandene Wandgemälde einer Düsseldorfer Künstlergruppe, die „Raketenkuh“, an dem allerdings der Zahn der Zeit nagt, zu erkennen. Eine Spendenaktion der Friedensinitiative Hunsrück soll dafür sorgen, dass es demnächst wieder in den ursprünglichen Zustand versetzt wird. Etwas weniger ins Auge springend sind drei ca. 2 m hohe Holzkreuze am Rande der B 327 in Höhe des Standortübungsplatzes der Bundeswehr (in Richtung Kastellaun fahrend auf der rechten Seite). Es handelt sich dabei um die Überreste des sogenannten „Friedensackers“, auf dem ehemals 96 dieser Kreuze auf die Gefahr aufmerksam machen sollten, die von den 96 damals auf der „Pydna“ stationierten Cruise Missiles ausging.

Pädagogische Angebote vor Ort

Der „Verein für friedenspolitische und demokratische Bildung e. V.“ hat im „Haus der regionalen Geschichte“ in den Räumen der Burg Kastellaun eine Ausstellung „Kalter Krieg“ eingerichtet, in der die zur Raketenstationierung führende Entwicklung und die dagegen gerichteten Aktivitäten der Friedensbewegung dokumentiert werden. Zentrales Element der Ausstellung ist ein Zeitstrahl, der globale, nationale und lokale Ereignisse miteinander in Beziehung setzt. Außerdem sind zahlreiche Bilder, Wandkarten, Dokumente, Broschüren, Aufkleber usw. zu sehen, die einen näheren Einblick in die politischen Auseinandersetzungen geben, in denen die lokale Friedensbewegung im Mittelpunkt stand. Pädagogische Materialien dazu stehen ebenfalls zur Verfügung. Eine Führung durch die Ausstellung durch ein Mitglied des Vereins kann über das „Haus der regionalen Geschichte“ ebenso vereinbart werden wie ein Zeitzeugengespräch über die Koordinierungsstelle „Zeugen der Zeit“.

Adressen und Links

Informationen zum „Haus der regionalen Geschichte“ in der Burg Kastellaun und zur Ausstellung „Kalter Krieg“:

www.unterburg-kastellaun.de/Haus-der-regionalen-Geschichte.etc

Vereinbarung von Zeitzeugengesprächen:

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz
Zeugen der Zeit. Koordinierungsstelle für
Zeitzeugengespräche im Unterricht in Rheinland-Pfalz
Röntgenstr. 32
55543 Bad Kreuznach
Tel.: 0671 9701-1634 (Zentrale: -160)
E-Mail: ulrich.eymann@pl.rlp.de

Vereinbarung einer Informationsbegehung der „Pydna“:

Tel.: 06762 12-4000 (Bundeswehr, Standortverwaltung Kastellaun)

Begleitheft zur Ausstellung im „Haus der regionalen Geschichte“ im Netz:

www.fi-hunsrueck.de/FI/contentdata/Gro%C3%9Fdemonstration%20Brosch%C3%BCre.pdf?PHPSESSID=67ee8e3e648ed832d8d634da4cf57bd9

2. HISTORISCHE LERNORTE OHNE PÄDAGOGISCHE ANGEBOTE VOR ORT

2.1 Nassau und der Freiherr vom Stein: kein Demokrat, aber ein „Wegbereiter der Demokratie“?

Daniel Bernsen



Neues Denkmal für den Freiherrn vom Stein in Nassau (Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

Bedeutung des Ortes für die Demokratiegeschichte

Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, wie sein voller Name lautet, ist eine nicht unbedingt naheliegende Auswahl für eine Handreichung zum Thema Demokratiegeschichte. Während es noch zahlreiche Schulen gibt, die seinen Namen tragen, und in fast jeder Stadt eine Straße nach ihm benannt ist, dürfte Stein den meisten Deutschen vermutlich kein Begriff mehr sein.¹ Wenn man Stein heute noch kennt, so vor allem für seine kurze Reformtätigkeit in Preußen, die mit den Schlagwörtern der Städteordnung und Bauernbefreiung verbunden ist und in den meisten Schulgeschichtsbüchern auch weiterhin Erwähnung findet.

1 So landete Bismarck in der ZDF-Sendung „Unsere Besten – Die größten Deutschen“ 2003 auf Platz 9 hinter Goethe und Gutenberg aber noch vor Einstein. Bei der durch die Zuschauer abgestimmten Liste kam Stein nicht einmal auf einen Platz unter den ersten 200 „größten Deutschen“.



Im Koblenzer Stadtteil Raumental findet sich ein ganzes Viertel, das an die preußischen „Helden“ der „Befreiungskriege“ erinnert. (Bild: OpenStreetMap, ODbL)

Stein war im Umgang mit Menschen ein überaus schwieriger Zeitgenosse. Ebenso schwierig ist seine politische Einordnung. Er lässt sich nicht eindeutig innerhalb einer politischen Strömung verordnen; er war weder Konservativer noch Liberaler. So wandte sich der vermeintlich „konservative“ Stein nach 1819 deutlich gegen die Karlsbader Beschlüsse und verteidigte die süddeutschen Verfassungen.² Dabei ist besonders die Nassauer Verfassung hervorzuheben, deren hoher „Stellenwert [...] lange Zeit nur unzureichend gewürdigt worden [ist]. Tatsächlich enthält diese Verfassung bereits alle wesentlichen Elemente der vormärzlichen Repräsentativverfassungen in den Staaten des Deutschen Bundes. Die individuellen Freiheiten sind in ihr schon genauso verankert wie das Recht der Landeseinwohner auf parlamentarische Vertretung. Unter den Aufgaben, die dem Landtag übertragen werden, fehlen die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Aufstellung des Haushalts ebensowenig wie die Kontrolle von Regierung und Verwaltung.“ (Schüler 2006, S. 56) Bei der Ausarbeitung dieser besonders fortschrittlichen Verfassung Nassaus durch den Freiherrn Ernst Marschall von Bieberstein und Karl von Ibell hatte sich Stein aktiv als Berater eingebracht. Auch wenn Stein bis zu seinem Lebensende an dem Ideal einer ständischen Gesellschaftsordnung festhielt, hat er in seiner Rückwärtsgewandtheit die politische Moderne Deutschlands wesentlich mitgeprägt.

2 Siemann (2007)

Der Fokus dieses Beitrags liegt allerdings nicht auf Stein und seinem Wirken selbst, sondern auf dessen späterer Rezeption, die jeweils etwas über das (politische) Selbstverständnis ihrer Zeit verrät. Nassau an der Lahn ist bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für den Freiherrn und sein Werk zu einem zentralen Erinnerungsort geworden, der sich in diesem Sinn auch als Lernort für Demokratiegeschichte eignet. Eine entscheidende Perspektivverschiebung in der Bewertung von Steins Leben und Wirken erfolgte in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg. In dem neuen demokratischen und föderalen Staat wurde Stein vorübergehend zu einem zentralen historischen Bezugspunkt und Stifter „demokratischer“ Traditionen in Deutschland. Auch wenn die Aussagen in ihrer Allgemeinheit recht unbestimmt bleiben, ist es interessant zu sehen, dass sich die Schulen in diesem Sinne weiterhin in ihrem Leitbild explizit auf Stein beziehen:

„Dabei fühlen wir uns grundlegend in programmatischer Weise den Idealen unseres Namensgebers ‚Freiherr-vom-Stein‘ sowie des symbolischen Schutzpatrons, des Heiligen Martin verpflichtet. Maßgebliche Erziehungsziele unserer Schule sind demzufolge Selbstverantwortung, Mitverantwortung und Solidaritätsfähigkeit.“³

Zahlreiche Schulen in ganz Deutschland⁴ sind heute noch nach Stein benannt, darunter eine Grundschule in Nassau⁵ selbst (Umbenennung 1957) sowie in relativer Nähe das Freiherr-vom-Stein-Gymnasium in Betzdorf-Kirchen⁶ (Umbenennung 1963), die Grundschule Freiherr-vom-Stein in Bad Ems⁷ (Einweihung 1953) sowie die in der Steinstraße gelegene Stein(grund)schule in Koblenz (gegründet 1933)⁸. Die Häufung von Schulum- oder -neubenennungen nach dem Freiherrn in den 1950er und den frühen 1960er Jahren ist keine regionale Besonderheit⁹, sondern schreibt sich in einen wahren ‚Stein-Boom‘ nach dem Zweiten Weltkrieg ein, der u. a. die Neugestaltung des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Denkmals in Nassau und dessen Einweihung 1953 in Anwesenheit des Bundespräsidenten Heuss mit sich brachte. In die gleiche Richtung gehen weitere Initiativen der Nachkriegsjahre, die Steins Bedeutung als Orientierungspunkt für die junge Demokratie deutlich werden lassen. Dabei waren es vor allem die Bundesländer mit der kommunalen Selbstverwaltung, die sich auf Stein bezogen. In Hessen werden seit 1951 Städte und Gemeinden, in Rheinland-Pfalz seit 1954 Bürger für ihr kommunalpolitisches Engagement mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette geehrt. Gleichfalls als kommunalpolitische Auszeichnung verleihen auch Schleswig-

3 www.steinschule-bad-ems.de/Leitbild.htm (Zugriff: 12.06.2014)

4 Die Wikipedia führt, allerdings offenkundig unvollständig, da u. a. die Nassauer und Koblenzer Grundschulen fehlen, insgesamt 33 Schulen in Deutschland auf, die nach dem Freiherrn vom Stein benannt sind: de.wikipedia.org/wiki/Freiherr-vom-Stein-Schule (Zugriff: 12.06.2014)

5 www.vgnassau.info/html/cs_6691.html

6 www.fvsgy.de/

7 www.steinschule-bad-ems.de/

8 www.steinschule-koblenz.de/

9 Siehe u. a. die Umbenennung eines Frankfurter Gymnasiums 1945 freiherr-vom-stein.de/unsere-schule/geschichte-namenspatron, der Gymnasien in Münster 1954 www.freiherr-vom-stein-gymnasium-muenster.de/index.php/schule/geschichte sowie in Fulda 1959 fs-fulda.de/freiherr-vom-stein-schule-fulda/Die-FvSS/geschichte-der-schule.html

Holstein (seit 1957) sowie das Saarland (seit 1989) eine Freiherr-vom-Stein-Medaille. Die Begründung für diese Neuentdeckung und Neuinterpretation Steins als Leitfigur für die (west-)deutsche Nachkriegsgesellschaft fasste der erste Präsident der 1952 in Essen gegründeten Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft wie folgt zusammen:

„Wir wollten helfen, um unser Volk nach beispiellosem Niedergang wieder auf einen Weg zu führen, der seinen großen geistigen und sittlichen Leistungen in der Geschichte entspricht. [...] Der Freiherr vom Stein schien uns der Mann zu sein, der am ehesten unter den großen Staatsmännern als Vorbild dienen konnte und der wegen seiner beispielhaften Haltung zu Lebensfragen unseres Volkes von allen, unabhängig von Partei und Konfession, hoch geachtet wurde. Stein hat durch seine Reformen und vor allem durch sein persönliches Wirken die Kräfte der Freiheit und der Verantwortung belebt. Er wusste, dass überbetonte individuelle Freiheit zum schrankenlosen Egoismus ausarten kann, und dass nur die Verbindung von Freiheit und Verantwortung die Sicherheit der Existenz unseres Volkes und dessen glückliche Zukunft verspricht.“¹⁰

Kern der vorliegenden Vorschläge zur unterrichtlichen Einbindung und Gestaltung einer Exkursion nach Nassau bzw. Frücht als außerschulischen Lernorten zur Demokratieggeschichte ist eine Analyse der selektiven Rezeption Steins und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Wandel des Stein-Bildes im Laufe der Zeit.

Historische Hintergrundinformationen

Heinrich Friedrich Karl Freiherr vom und zum Stein wurde am 26. Oktober 1757¹¹ in Nassau geboren. Die Familie entstammte einem alten Reichsrittergeschlecht und hatte auf dem Schloss in Nassau ihren Stammsitz. Der Vater, Carl Philipp Freiherr vom und zum Stein, war, obwohl protestantisch, Kammerherr am Hof des Mainzer Kurfürsten. Die Erziehung Steins erfolgte in diesem Rahmen einer protestantischen, eng mit dem alten Reich und seiner Verfassung verbundenen Familie. In den Jahren 1773 bis 1777 absolvierte Stein ein Studium an der Universität Göttingen, die damals mit ihren Professoren zu den fortschrittlichsten im Reich zählte. Er studierte Geschichte und Rechtswissenschaften, verließ aber, wie damals für Adlige üblich, die Universität ohne Abschluss. Am Reichskammergericht in Wetzlar machte er ein Praktikum und war kurz am Regensburger Reichstag als Jurist tätig. Eine damals für Adlige übliche „Kavalierstour“ zum Abschluss der „Ausbildungsphase“ führte ihn an die Fürstenhöfe in Mainz, Mannheim, Darmstadt, München, Frankreich, Österreich und Ungarn. 1780 begann Stein dann seine Tätigkeit in der preußischen Verwaltung als Referendar im Bergbau in Westfalen. Zur Zeit der beginnenden Industrialisierung war dies ein Arbeitsbereich mit vielen Innovationen und hoher Dynamik, dem sich unter anderen auch

10 Zitiert nach: www.freiherr-vom-stein-gesellschaft.de/geschichtekategorie.php?k=1 (Zugriff: 12.06.2014)

11 Laut Fenske steht im Nassauer Kirchenbuch der 28. Oktober 1757 als Taufdatum mit dem Verweis auf den Abend des 25. Oktober als Geburtstag. Gefeierte haben sollen sowohl Eltern wie auch Stein selbst seinen Geburtstag jedoch am 26. Oktober (Fenske 2012, S. 6). Dies erklärt die variierenden Angaben, die sich zum Tag der Geburt von Stein in verschiedenen Publikationen finden.

Goethe in Weimar intensiv widmete. Stein machte in der Administration schnell Karriere. 1782 wurde er zum Geheimen Oberbergrat und 1784 zum Direktor der Westfälischen Bergämter und der Mindenschen Bergwerkskommission ernannt.

Zwei Jahre später folgte eine längere Reise nach England. Aufgrund des offenkundigen technischen Fortschritts dort sammelte er Informationen für seine Arbeit in Westfalen, wurde aber kritisch beobachtet und wohl nicht ganz zu Unrecht auch der Industriespionage verdächtigt, was diese Reise zu keinem Erfolg werden ließ.

Seine persönliche Karriere ging dennoch weiter – zum Teil gerade wegen der schwierigen Situation während der Revolutionskriege, in denen er in den Westprovinzen Preußens stark gefordert war und ebenso viel Engagement wie Organisationsgeschick bewies. 1796 folgte die Ernennung zum Oberpräsidenten der westfälischen Kammern, 1803 zum Oberkammerpräsidenten von Münster und Hamm. In dieser Zeit eignete sich Stein umfangreiche Kenntnisse der Verwaltungspraxis und ständischen Selbstverwaltung in Westfalen an. Im Oktober 1804 wurde er als Minister des Akzise-, Zoll-, Fabrik- und Handelsdepartements im Generaldirektorium und als Direktor der Seehandlung in die preußische Regierung nach Berlin berufen, wo er einen wirtschaftspolitischen Reformkurs unterstützte, der Preußen auf die Auseinandersetzung mit Frankreich vorbereiten sollte.

Stein stand allerdings in Opposition vor allem zur Personalpolitik König Friedrich Wilhelms III., der den „widerspenstigen Staatsdiener“ im Januar 1807 entließ. Stein kehrte nach Nassau zurück, wo er im Juni 1807 die Denkschrift mit dem Titel „Über die zweckmäßige Bildung der obersten und der Provinzial-, Finanz- und Polizeibehörden in der preußischen Monarchie“ verfasste, die als „Nassauer Denkschrift“ Geschichte machen sollte.

Nach dem auf die verheerenden Niederlage Preußens gegen Napoleon folgenden Tilsiter Frieden, der Preußen zu einer Mittelmacht degradierte, wurde Stein erneut am 3. Oktober 1807 zum Staatsminister ernannt. Es folgten nun die kurzen, aber entscheidenden Monate seiner Reformtätigkeit in Preußen. Das von Stein nicht selbst vorbereitete, aber verantwortete Edikt vom 9. Oktober 1807 hob die bäuerliche Erbuntertänigkeit auf und beseitigte die Ständeschränken. Die Städteordnung sowie ein weiteres Edikt, das eine moderne Staatsführung mit Fachressorts ermöglichte, gehen wesentlich auf ihn zurück. Diesem „Aufbruch in die Moderne“ durch Steins wegweisende Reformen, die auch die Judenemanzipation in Preußen mit anstießen, „stehen antijüdische Äußerungen gegenüber, die an Aggressivität kaum zu überbieten sind.“¹² Mit tradierten Vorurteilen und negativen Klischees begründete er seine Ablehnung des preußischen Emanzipationsedikts und entwickelte auch die Idee einer Ansiedlung der Juden in Nordafrika.

Weitere Reformgesetze wurden vorbereitet, konnten aber nicht mehr umgesetzt werden, da Stein aufgrund eines durch die Franzosen abgefangenen Briefes über eine mögliche Volks-

12 Duchardt 2007, S. 451

erhebung nach spanischem Vorbild gegen Napoleon kompromittiert war und als Minister entlassen werden musste. Ihm gebührte daraufhin die fragwürdige „Ehre“, als Einzelperson persönlich vom französischen Kaiser geächtet zu werden. Stein blieb nur die Flucht, die ihn zunächst ins Kaiserreich Österreich nach Böhmen führte. Stein wurde zu einem zentralen Organisator und Publizisten des Kampfes gegen die Herrschaft Napoleons. Er verband diesen Kampf allerdings mit einer Ablehnung und Abwertung alles Französischen. Sein Kampf richtete sich nicht allein gegen Napoleon. Durchhardt attestiert ihm eine „volks- und kulturbezogene Frankophobie.“¹³. Auf Einladung von Zar Alexander I. ging Stein 1812 nach Russland und übernahm ab Oktober 1813 die vorläufige Verwaltung der von französischer Herrschaft befreiten Gebiete. Er geriet zunehmend in Gegensatz sowohl zum österreichischen Staatskanzler Metternich wie auch zum russischen Zaren. Am Wiener Kongress nahm er nur noch am Rand teil.

Seit 1814 konkretisierten sich bereits zuvor entstandene Pläne, eine Edition der mittelalterlichen Quellen des als „deutsch“ verstandenen Reichs in Angriff zu nehmen. Stein gehörte zu den Mitbegründern der *Monumenta Germaniae Historica* und gab damit wichtige Impulse für die Entwicklung der Mediävistik. Im Sommer 1815 unternahm Stein gemeinsam mit Goethe eine Rheinreise, die beide abschließend auch zum Kölner Dom führte. In seiner Begeisterung für das hohe Mittelalter, das als Höhepunkt vermeintlich „deutscher“ Machtentfaltung in Europa neu interpretiert wurde, entdeckte er auch die Gotik, zu deren Verständnis als „deutscher Baukunst“ er beitrug und die sich dann auch in der Gestaltung des Gedenkturms am Schloss in Nassau, der Grabkapelle wie auch des ersten Denkmals niederschlug.

In der älteren Literatur wurden seine letzten 15 Lebensjahre nach dem Wiener Kongress nur noch kurz abgehandelt und als zurückgezogenes Leben auf seinem Gut und Schloss im westfälischen Cappenberg charakterisiert¹⁴. Dank neuerer Publikationen muss dieses Urteil revidiert werden. Stein beteiligte sich aktiv an der Einrichtung und Gestaltung der westfälischen Provinzialtage und wurde 1826 als Landtagsmarschall zu deren Vorsitzendem ernannt. Stein kritisierte die Karlsbader Beschlüsse ebenso wie die Demagogenverfolgung. Zeit seines Lebens hatte er gegen fürstliche Willkür gekämpft und unterstützte daher den Konstitutionalismus der süddeutschen Staaten, in denen er seine Grundforderungen nach individuellen Rechten und ständischer Mitbestimmung umgesetzt sah. Dies ging so weit, dass er sogar in den Verdacht oppositioneller Umtriebe durch die Mainzer Zentraluntersuchungsbehörde geriet. Die Freiheitsbewegung in Griechenland unterstützte er finanziell, vergleichbaren nationalen Bewegungen seiner Zeit, wie etwa in Polen oder in Lateinamerika, stand er gleichfalls positiv gegenüber. Die liberale Bewegung hingegen lehnte er ab. Als es 1830 dann in Frankreich und Belgien erneut zu Revolutionen kam, kritisierte er diese scharf und äußerte seine Befürchtungen vor einer Einmischung des „Pöbels“ in die Politik. Stein war und blieb bis zum Ende seines Lebens ein Vertreter adelig-ständischer Interessen. Er verstarb am 29. Juni 1831. Nach einer aufwändigen, von ihm selbst geplanten Überführung von Westfalen mit mehrfacher Überquerung des Rheins wurde er am 23. Juli 1831 in Frücht beigesetzt.

13 Duchardt 2007, S. 348

14 Vgl. vor allem Duchardt 2007

Erinnerungsspuren

Voraussetzung für einen Besuch in Nassau und/oder Frücht sollte die vorangehende Erarbeitung der preußischen Reformen, speziell der Nassauer Denkschrift sowie des Oktoberedikts, im Unterricht sein. Die Schülerinnen und Schüler sollten darüber hinaus vorbereitend einen kurzen Text mit zumindest einer überblicksartigen Darstellung zum gesamten Leben Steins lesen.

Nassau



Stein'sches Schloss mit ab 1815 nach Vorstellungen von Stein gestaltetem Gedenkturm (Führungen in Sommermonaten an einem Samstag im Monat sowie Besichtigung des Gedenkturmes für Gruppen nach Voranmeldung bei der Gräflichen Verwaltung unter 02604 97080 möglich)
(Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

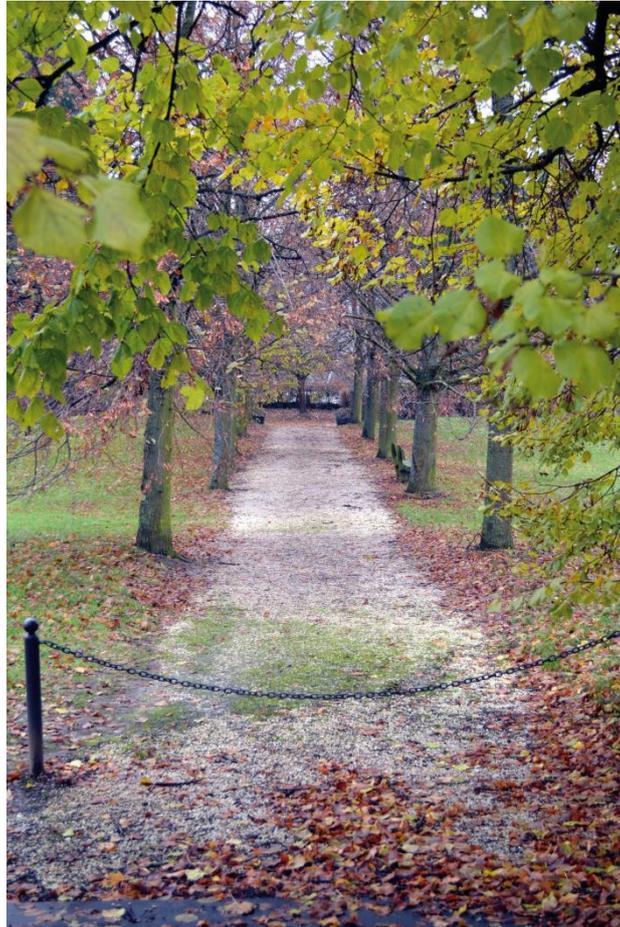


Denkmal auf Anhöhe über der Lahn in Nassau von 1953
(Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

Pädagogische Angebote vor Ort

Frücht

Freiherr-vom-Stein-Pfad von 2007 in Frücht mit Infotafeln und der (nicht zugänglichen) in neogotischem Stil errichteten Grabkapelle.



Frücht: Weg zur Kruft
(Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

Nähere Informationen unter:

www.fruecht.info/index.php/landschaft-wandern/freiherr-vom-stein-pfad
(Zugriff: 13.06.2014)

Unterrichtsmaterialien

Material 1: Von Stein selbst vorformulierte Inschrift auf seiner Grabplatte in Frücht

„Heinrich Friedrich Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein, geboren am 26. Oktober 1757, gestorben am 29. Juni 1831, ruhet hier, der letzte seines über sieben Jahrhunderte an der Lahn blühenden Rittergeschlechts, demütig vor Gott, hochherzig gegen Menschen, des Unrechts Feind, hoch begabt in Pflicht und Treue, unerschütterlich in Acht und Bann, des gebeugten Vaterlandes ungebeugter Sohn, in Kampf und Sieg Deutschlands Mitbefreier. Ich habe Lust abzuschneiden und bei Christo zu sein.“

Aus: Fenske, H.: Freiherr vom Stein. Reformator und Moralist. Darmstadt 2012, S. 108.

Material 2: Begründung für die Benennung eines Gymnasiums nach Stein, 1923

In Münster/Westfalen ist auch ein Gymnasium nach Stein benannt. Nachdem aus der Privatschule 1920 eine städtische Schule geworden war, erfolgte 1923 eine Umbenennung durch die Stadt auf Antrag des Schulleiters Dr. Scheller mit folgender Begründung:

„Dieser Name wurde gewählt im Hinblick auf die großen Verdienste, die Freiherr vom Stein als Oberpräsident unserer Provinz sich erworben hat. Dieser Name soll Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern ein leuchtendes Vorbild sein, nachzueifern dem stolzen, ideal gerichteten, vornehmen Charakter, dem unbeugsamen Willen zum Guten, der tiefen, echten deutschen Frömmigkeit und dem Glauben an sein Volk.“

Zitiert nach der Internetseite des Freiherr-vom-Stein-Gymnasiums Münster: www.freiherr-vom-stein-gymnasium-muenster.de/index.php/schule/geschichte [Zugriff: 12.06.2014].

Material 3: „Selbstverwaltung als Schule der Demokratie“ – Gedenkrede des Bundespräsidenten Theodor Heuss anlässlich der Einweihung des vom Lande Rheinland-Pfalz wiederhergestellten Stein-Ehrenmals in Nassau am 28. Juni 1953

Wir sind zusammengekommen, um das Gedächtnis eines Mannes zu ehren, der in einem nur kurzen Staatsmannstum der Verantwortung – 18 Monate Minister und diese noch zerrissen – den tiefsten Einfluss auf die moralische und innenpolitische Gestaltung und Erziehung des deutschen Menschen gehabt hat. Steins Name – das ist ja wohl jedem geläufig – ist untrennbar verbunden mit dem Ende der bäuerlichen Erbuntertänigkeit im alten Preußen und der Schaffung der Städteordnung von 1808, der Magna Charta der gemeindlichen Selbstverwaltung. Aber das ist es nicht allein. Er hat die enge und intrigente Kabinettspolitik des damaligen Preußen gesprengt und das System eines unmittelbaren Ministeriums begründet, das sichtbare Verantwortung zu tragen hatte. [...]

War dieser Stein, Wegbereiter der Beseitigung der inneren Zollschränken und Wegbereiter bäuerlicher Besitzrechte, ein humanitärer Liberaler? War er, der den Souveränitätsanspruch der Kleinfürsten verhohnte, ja verachtete, und dem Bürger, dem Bauern – freilich den Eigentümern, wie der Ausdruck lautete – öffentliche Aufgaben übertrug, war er ein Demokrat oder nur ein Wegbereiter der Demokratie? War er, der die historischen Reminiszenzen des Städtischen so achtete und sie gegenüber rationalistischem Gleichmachertum verteidigte, ein Konservativer? War er, mittelalterlicher deutscher Größe zugewandt und ihre wissenschaftliche Pflege anregend, in der Substanz seines Wesens ein Romantiker?

Er war aus der genormten und darum oft genug so quälenden Begrifflichkeit unserer Zeit heraus nichts von alledem. [...] Aber der Widerspruch, der in der Interpretation dieses Stein liegt, ist höchst lehrreich; denn Stein war nicht bloß der Pragmatiker, der von den wechselnden Aufgaben das Gesetz seines Handelns empfing, oder gar ein Routinier der bürotechnischen Erledigung. Er besaß eine grundsätzliche Vorstellung über die Ordnung der öffentlichen Dinge, die nicht von der egozentrischen Skepsis jener Despoten ausging, die von dem Besitz der Macht das geschichtliche Recht zum beliebigen Gebrauch – d. h. Mißbrauch – ableiteten und ableiten [...]. Stein [...] dachte – und das scheint mir das entscheidende – groß von dem erzieherischen Wert der Selbstverantwortung. Er konnte befehlen. Ich sagte, er war ein stolzes, herrscherliches Temperament; aber eigentlich war er gegen das Befehlen. [...]

Stein war gewiß im heutigen Sinn kein Demokrat, aber er hat das moralische Grundelement der Demokratie in Deutschland staatspolitisch erst recht begründet.

Wieso dies? Die Demokratie ruht, um lebendig zu sein, auf dem Ehrenamt. Gewiß, der moderne Staat mit seiner Überfülle der bedrängten Aufgaben bedarf des speziellen Fachbeamtentums. Die Parteien und Verbände haben sich ihre beruflichen Sondervertreter geschaffen, ob Unternehmer, Arbeiter oder Genossenschaften und so fort. Entstanden sind sie durch die ehrenamtliche Hingabe, die heute fast nur noch in den karitativen Verbänden und im Sport vorhanden ist, noch in den Volkshochschulen und dann wesentlich in den politischen Gremien, zumal auch in den Gemeindevertretungen. Das ist Steins Erbe. Wechselnd in der Formgebung, ewig in der Sinngebung. [...]

Aus: Gruber, Walter: Der Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein 1757 – 1957, Mainz: Institut für staatsbürgerliche Bildung (Hg.), 1957, S. 6-10.

Material 4: Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim Festakt der Freiherr-vom-Stein-Gesellschaft anlässlich des 250. Geburtstags des Freiherrn vom Stein in Berlin am 25. Oktober 2007

[...] Was fasziniert eigentlich noch heute an diesem preußischen Beamten, der gerade einmal vierzehn Monate in höchster Regierungsverantwortung stand? Wie kommt es, dass auch in diesen Tagen wieder der Geist jener Reformen beschworen wird, die vor 200 Jahren mit dem berühmten Oktoberedikt zur Bauernbefreiung begannen? Kurzum: Was ist es, das uns mit dem Freiherrn vom Stein verbindet? Ich glaube, es ist vor allem dies: Vom Stein erlebte

und gestaltete einen tief greifenden, ja dramatischen Epochenwandel - einen Wandel, wie wir ihn in diesen Jahren selber erleben.

Damals, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, waren die überkommenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Bewegung geraten – getrieben von den Ideen der Aufklärung und von technischen Erfindungen, getrieben auch von sozialen Spannungen und blutigen Kämpfen. [...] Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, erleben auch wir einen tief greifenden Umbruch – und diesmal erstreckt er sich auf die ganze Welt. Er kommt zwar nicht mit Kanonendonner daher wie damals bei Valmy. Aber wie damals die Französische Revolution hat auch diesmal ein einschneidendes politisches Ereignis, der Fall des Eisernen Vorhangs, dem Wandel einen entscheidenden Schub gegeben. Wir nennen den Vorgang „Globalisierung“ und meinen damit den Prozess einer noch nie da gewesenen Verflechtung des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und auch politischen Geschehens auf diesem Planeten. Insbesondere das Internet verschafft theoretisch allen Menschen in einer neuen Art der Gleichheit Zugang zum Wissen der ganzen Menschheit. [...]

Die konkreten Ziele, die sich vom Stein und seine Mitstreiter gesetzt hatten, unterschieden sich natürlich sehr vom heutigen Reformbedarf. Sie sollten Preußen wieder aufrichten, von der Fremdherrschaft befreien und vor einem so vulkanischen Umbruch wie in Frankreich bewahren. [...] Eine interessante Übereinstimmung gab es aber in der Herangehensweise der Reformpolitik: Damals wie heute ging es auch darum, Bewährtes zu bewahren – nicht durch Festhalten am Alten, sondern durch kluge Veränderung. „Man muss das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickeln, um ihm eine Bürgschaft der Dauer zu geben für die Zukunft“ – so hat der Freiherr vom Stein einmal selber sein Denken beschrieben. Die Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern, die Städteordnung, die Befreiung des Gewerbes von Handelsbeschränkungen, die Reorganisation der Staatsbehörden, die Heeres- und schließlich die Bildungsreform – von heute aus gesehen erscheint das, was Stein und sein Nachfolger Hardenberg in den Jahren nach 1807 durchsetzten, als formidables „Reformpaket“. Ich empfinde das als eine kleine historische Mahnung, in der heutigen Diskussion nicht zu schnell Abstand zu nehmen von dem Begriff „Reform“. [...]

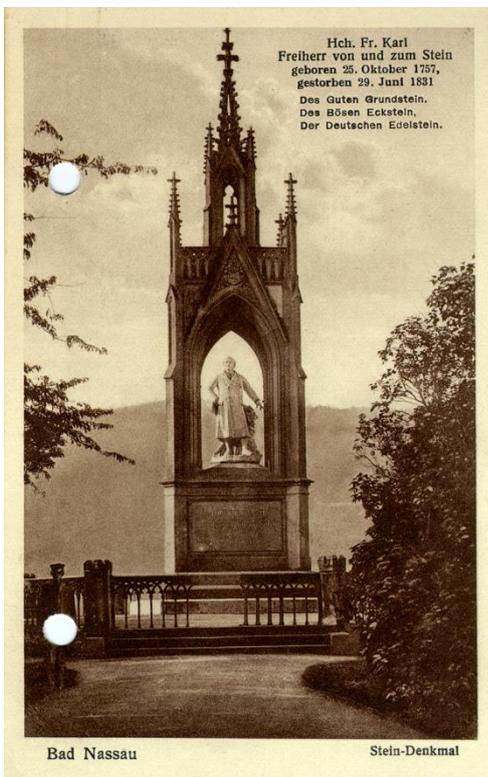
Und doch verdienen die Reformen, die Freiherr vom Stein damals angestoßen hat, gerade deshalb Bewunderung, weil sie [...] erste tastende Schritte in eine noch völlig unbekannt Zukunft waren. Gerade die ersten Schritte sind oft die entscheidenden – auch wenn man manchmal zu kurz tritt, oder daneben. Dass sie überhaupt gewagt werden, ist oft wichtig, um ein Beharrungsgleichgewicht zu stören; und dass Stein solche Schritte wagte, das macht ihn auch für uns Heutige zu einem Vorbild. [...] Vieles, was vom Stein bewegte, bewegt uns noch heute: die Frage nach der zeitgemäßen Gestaltung des Staates, nach dem Verhältnis von Freiheit und Bindung und nach der größtmöglichen Beteiligung der Bürger am Gemeinwesen. Gewiss, der Gedanke einer egalitären, demokratischen Gesellschaft lag ihm fern. Aber gemessen an der strikten Hierarchie der Stände waren seine gesellschaftlichen Vorstellungen durchaus revolutionär: Ablösung von ungerechtem Zwang, Freiheit des Einzelnen, Selbständigkeit und Eigentum, Effizienz und Selbstverwaltung, Solidarität und tätiges Mitwirken aller, so lauteten die Grundbegriffe der Gesellschaft, die Stein vorschwebte.

[...] Kann uns der Blick zurück auf den Freiherrn vom Stein und seine Zeit heute Anleitungen zum Handeln geben? Vordergründig nicht. Schließlich ist es in einer freiheitlichen und pluralistischen Demokratie wie der unseren weder legal noch wünschenswert, wollte eine kleine politische Elite im Alleingang grundlegende politische und gesellschaftliche Veränderungen durchsetzen. Wer verändern will, muss sich dafür demokratische Legitimität erarbeiten. Er sollte aber – und das lässt sich von Stein und den Seinen denn doch lernen – nicht zuletzt die Zuständigkeitsverteilungen und die Verfahren der staatlichen Willensbildung auf Reformbedarf prüfen. [...]

Mehr tätige Teilhabe der Bürgerschaft an ihren eigenen Angelegenheiten – dieser Leitgedanke des Freiherrn vom Stein ist so aktuell wie nur je, und auch dieses Ziel setzt strukturelle Veränderungen voraus. [...] Teilhabe und Mitmachen sind die großen Themen des 21. Jahrhunderts, umso mehr, weil doch die Demokratie jeden Tag aufs Neue verteidigt und gewonnen werden muss. Letzteres ist eine Aufforderung an uns alle, denn unsere freiheitliche Bürgergesellschaft lebt davon, dass wir, die Bürgerinnen und Bürger, mehr tun, als nur zur Wahl zu gehen. [...]

Zitiert nach: www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Horst-Koehler/Reden/2007/10/20071025_Rede.html (Zugriff: 12.06.2014).

**Material 5: Altes Denkmal,
1872 von Kaiser Wilhelm I. eingeweiht,
im Zweiten Weltkrieg zerstört**



Historisches Foto, um 1928 (Bild: © LHA KO)

**Material 6: Denkmal in Nassau,
eingeweiht am 28. Juni 1953**



Aktuelles Foto (Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

Material 7: Neues Stein-Denkmal im Park



Freiherr-vom-Stein-Park in Nassau mit Denkmal, eingeweiht 2007
(Bild: CC-BY-SA, Anne Bernsen)

Aufgaben:

Projektarbeit zum Einstieg:

1. Recherchiert, ob es in eurer Stadt oder Region eine Straße oder Schule gibt, die nach dem Freiherrn vom Stein benannt ist. Findet heraus, wann die Benennung erfolgte und wie sie begründet wurde.

Auf Grundlage des Materials:

2. Arbeitet in drei Gruppen (a-c) arbeitsteilig heraus, wie Stein zu verschiedenen Zeiten, (a) im 19. Jahrhundert (Mat. 1), (b) in der Weimarer Republik (Mat. 2) und der Nachkriegszeit (Mat. 3), (c) 2007 (Mat. 4), gesehen wurde.
3. Vergleicht eure Ergebnisse anschließend in Expertengruppen mit jeweils einer Schülerin bzw. einem Schüler zu jeder Epoche.

In Nassau:

4. Beschreibt die Denkmäler und Statuen von Stein in Nassau von 1872 (Mat. 5), 1953 (Mat. 6) und 2007 (Mat. 7). Erarbeitet Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Darstellung.
5. Untersucht, inwiefern sich unterschiedliche Sichtweisen auf Stein in der Gestaltung der Denkmäler widerspiegeln.

In Frücht:

6. Untersucht die Darstellung auf den Infotafeln des Freiherr-vom-Stein-Pfads. Zur Orientierung können euch dabei folgende Leitfragen helfen:
 - Warum wurde der Pfad eingerichtet?
 - Was lernt ein Besucher über die Person Stein, über seine Arbeit, über seine Beziehung zu Frücht?
 - Welches Bild des Freiherrn vom Stein vermittelt der Pfad den Besuchern?

Abschluss

7. Diskutiert, ob der Freiherr vom Stein als Namensgeber einer Schule geeignet ist.
8. Alternative Projektarbeit: Dokumentiert euren Besuch in Nassau und Frücht mit Fotos und erstellt damit eine (Online-) Ausstellung zum Thema: Freiherr vom Stein. Gestern – heute – morgen? Weitere Fotos und Materialhinweise findet ihr z. B. auf dem Internet-Portal „Westfälische Geschichte“: www.reichsfreiherr-vom-stein.lwl.org.

Links und Literatur

Bauer, Monika: Blätter zum Land 2/2007: Karl Freiherr vom Stein. Hg. v. Landeszentrale für politische Bildung. Mainz 2007. Online verfügbar als PDF: www.politische-bildung-rlp.de/fileadmin/files/downloads/BzL_Frhr_v_Stein_2.pdf (Zugriff: 12.06.2014).

Duchhardt, Heinz: Stein. Eine Biographie. Münster: Aschendorff Verlag, 2007.

Durchhardt, Heinz (Hg.): Stein. Die späten Jahre des preußischen Reformers 1815 - 1831. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, 2007.

Duchhardt, Heinz: Mythos Stein. Vom Nachleben, von der Stilisierung und von der Instrumentalisierung des preußischen Reformers. Göttingen: Vandoeck & Ruprecht Verlag, 2008.

Fenske, Hans: Freiherr vom Stein. Reformers und Moralists. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2012.

Gruber, Walter: Der Reichsfreiherr Karl vom und zum Stein 1757 - 1957. Mainz: Institut für staatsbürgerliche Bildung Rheinland-Pfalz (Hg.), 1957.

Landeshauptarchiv: Der 28. Juni 1953. Das Freiherr vom-Stein-Denkmal in Nassau www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=401 (Zugriff: 12.06.2014).

Kaiser, Stephan: Gedenkturm in Nassau und Grabkapelle in Frücht. Erinnerungen an den Staatsmann Karl Freiherr vom und zum Stein (1757 - 1831). In: Denk-mal! Denkmäler im Unterricht. Bd. 1: Allgemeine Denkmäler. PZ-Information 4/1997, S. 45-58.

Schönrock, Karl-Heinz: Der 'große Sohn' der Stadt Nassau. In: Geschichte und Geschichte rund um das Nassauer Land. Internetseiten der Verbandsgemeinde Nassau, online: www.vgnassau.info/html/ref_51/cs_6598.html (Zugriff: 12.06.2014).

Schüler, Winfried: Das Herzogtum Nassau 1806 - 1866. Deutsche Geschichte im Kleinformat., 1. Auflage, Wiesbaden: Historische Kommission für Nassau, 2006.

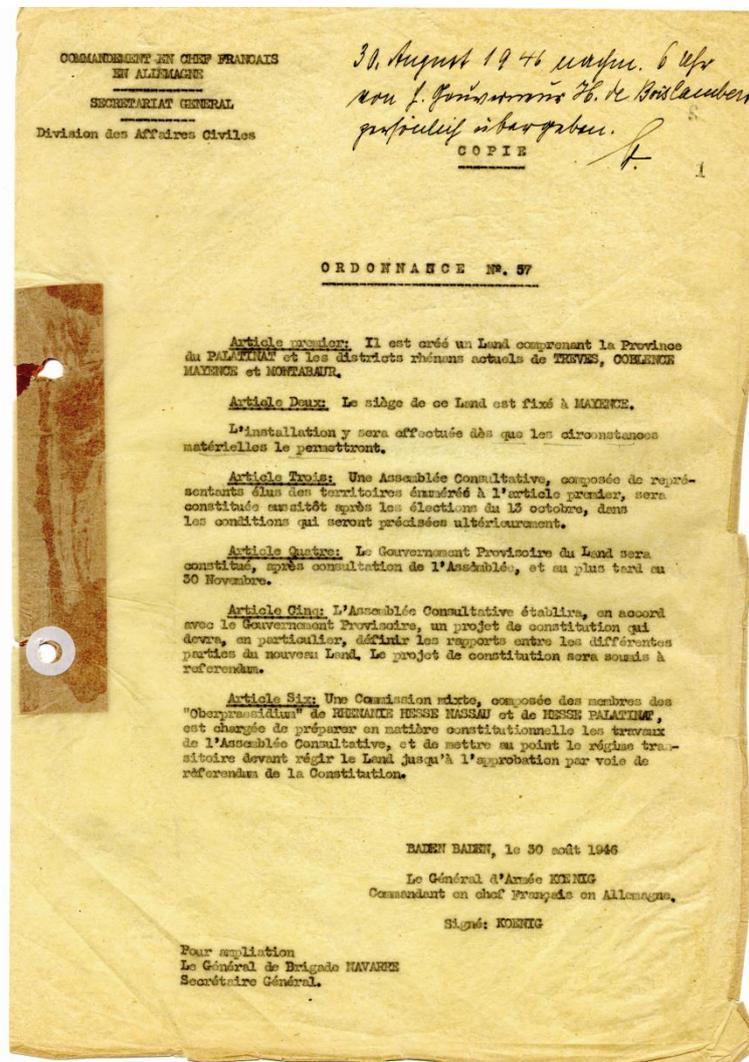
Siemann, Wolfram: Stein und der Konstitutionalismus der süddeutschen Verfassungsstaaten. In: Durchhardt, Heinz (Hg.): Stein. Die späten Jahre des preußischen Reformers 1815 - 1831., 1. Auflage. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht Verlag, 2007, S. 59-82.

Weidner, Marcus: Internet Portal „Westfälische Geschichte“: Karl Freiherr vom und zum Stein (1757 - 1831), www.reichsfreiherr-vom-stein.lwl.org/ (Zugriff: 12.06.2014).

(Rechte: CC-BY-SA)

2.2 Koblenz – (k)eine Hauptstadt? Erinnerungsspuren der frühen Geschichte von Rheinland-Pfalz mit Geocaching entdecken

Daniel Bernsen



„Gründungsurkunde“ von Rheinland-Pfalz, Ordonnance von General Koenig vom 30.08.1946
(Bild: © LHA Koblenz)

Die Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte

„Koblenz oder Mainz – das ist die Frage, die heute entschieden werden soll und zu der eigens für heute eine Sitzung des Landtags einberufen wurde; eine Frage, die nicht erst heute zur Debatte steht, sondern die so alt ist wie das Land selbst.“¹⁵

Obwohl Mainz durch die „Gründungsurkunde“ der französischen Militärbehörden zur Hauptstadt des neuen Landes Rheinland-Pfalz bestimmt worden war, wurde aufgrund des hohen Zerstörungsgrades der Mainzer Altstadt zunächst Koblenz Sitz von Regierung, Parlament und Ministerien. In Koblenz wurden die Verfassung des Landes erarbeitet, die ersten Ministerpräsidenten gewählt und nahm der Landtag seine Arbeit auf. Erst im Mai 1951 endete dieses Provisorium.

In der Stadt Koblenz ist die Erinnerung an diese Zeit kaum noch präsent. Zwar sind die meisten Gebäude noch vorhanden, da ja vom Krieg verschont repräsentative Bauten genutzt wurden. Es finden sich allerdings nur am Görres-Haus sowie am Gebäude der SGD Nord ein Hinweisschild.

In Koblenz kann man sich also auf die Suche nach Spuren der Neuanfänge der Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg begeben, die mit dem Ort der Rittersturz-Konferenz nicht nur für Rheinland-Pfalz, sondern auch für die bundesdeutsche Demokratieggeschichte bedeutsam sind.

Die Beschäftigung speziell mit der sogenannten „Hauptstadtfrage“ eröffnet Einsichten in das schwierige Beziehungsgeflecht zwischen Frankreich, Landesregierung, den Parteien im Landtag und den politischen Kampf um Handlungsspielräume und Selbstbestimmung der neuen Demokratie nach dem Krieg. Es ging trotz der vorhergehenden Festlegung durch die Besatzungsmacht um eine eigenständige Abstimmung des rheinland-pfälzischen Parlaments über die Frage der Landeshauptstadt. In diesen Fokus passt auch die Versammlung der Ministerpräsidenten der westlichen Bundesländer im heute nicht mehr existenten Berghotel auf dem Rittersturz bei Koblenz, die mit ihrer dort erarbeiteten Stellungnahme zu den „Frankfurter Dokumenten“ eigenständige politische Vorstellungen zur demokratischen Neugestaltung Deutschlands gegenüber den alliierten Vorgaben setzten.

Historische Hintergrundinformationen

Mit der Ordonnanz Nr. 57 erfolgte am 30. August 1946 die Gründung von Rheinland-Pfalz durch die französische Besatzungsmacht. Landesgründungen waren in der amerikanischen und britischen Zone bereits vorausgegangen. In der Ordonnanz wurde zugleich auch eine

15 Der SPD-Abgeordnete Scheerer in der 72. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz am 29. November 1949. Zitiert nach: Wirth 2010, S. 69.

Hauptstadt festgelegt: „Als Hauptstadt dieses Landes wird Mainz bestimmt, wo die Regierung ihren Sitz haben wird, sobald die entsprechenden wohnlichen Voraussetzungen geschaffen werden konnten.“

Wegen der Zerstörungen in Mainz nahmen die Behörden sowie die Beratende Landesversammlung, deren Aufgabe die Ausarbeitung einer Verfassung für das neue Land war, ihre Arbeit zunächst in Koblenz auf. Nach gut anderthalb Jahren Arbeit erfolgte am 18. Mai 1947 eine Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf für das neu gegründete „Bindestrichland“ Rheinland-Pfalz, der insgesamt nur knapp angenommen wurde. Im Süden hatte sich eine Mehrheit der Bevölkerung sogar dagegen ausgesprochen.

Die Hauptstadtfrage wurde allerdings erst Ende 1948 wieder aufgegriffen. Zunächst hatte der Koblenzer Oberbürgermeister im November letztlich ziemlich erfolglos den Vorschlag gemacht, Koblenz bei der Suche nach einem Regierungssitz für den neuen westlichen Teilstaat zu berücksichtigen. Kurz danach erklärte der Oberbürgermeister von Mainz öffentlich in einer Rundfunksendung, dass es Zeit für eine Verlegung der Landesregierung und der rheinland-pfälzischen Behörden in die vorgesehene Hauptstadt des Landes sei, da die Voraussetzungen in Mainz dafür nun geschaffen wären. Bei einer Prüfung im Frühjahr 1949 wurden diesbezüglich allerdings noch massive Defizite festgestellt.

Als am 3. November 1949 im Bundestag die Entscheidung zugunsten von Bonn als Regierungssitz der Bundesrepublik fiel, forderte der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Peter Altmeier auch für die Hauptstadtfrage seines Bundeslandes eine souveräne Entscheidung des Parlaments ein. In einem Gespräch am 28. November 1949 von Altmeier mit dem französischen Gouverneur der Pfalz, André Brozen-Favereau, der im Auftrag des Hohen Kommissars, André François-Poncet, handelte, drohten die Franzosen mit Konsequenzen, sollte die Entscheidung im Landtag am Folgetag gegen ihre Vorgabe von Mainz als Hauptstadt ausfallen.

Bei der Debatte über die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage im Landtag am 29. November 1949 standen drei unterschiedliche Anträge zur Entscheidung:

„Die CDU wollte eine Aufschiebung der Entscheidung, da die räumlichen Voraussetzungen für einen Umzug noch nicht gegeben waren. Die SPD votierte dafür, es bei der bisherigen Regelung zu belassen, während sich einige FDP-Abgeordnete für Mainz aussprachen. Nach einer intensiven Debatte erhielt der CDU Antrag eine knappe Mehrheit von 48 gegen 46 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen.“¹⁶

Nach dieser ersten Abstimmung im Landtag gab es von französischer Seite massive Kritik an Altmeier. So lässt sich in einer internen Mitteilung an die Zentralregierung nach Paris über ihn lesen, dass er aus Sicht der französischen Militärbehörden „unser Vertrauen missbraucht

16 landeshauptarchiv.de/index.php?id=494 (Zugriff: 12.06.2014)

und extreme Doppelzüngigkeit bewiesen“ hat und sich in der Vergangenheit gezeigt habe, „dass es schwierig ist, den Zusagen des Regierungschef Glauben zu schenken“. ¹⁷ Auch die angekündigten Konsequenzen blieben keine leere Drohung: Als Reaktion auf die Abstimmung im Landtag requirierten die Franzosen für rheinland-pfälzische Landesbedienstete vorgesehene Wohnungen in Mainz und beschlagnahmten weitere Wohnungen in Koblenz.

Während wenige Abgeordnete, wie Leo Schieder von der KPD, Frankreich eine Erpressungspolitik vorwarfen, war eine Mehrheit von Regierung und Landtag für eine Politik des Ausgleichs mit Frankreich. So erklärte der Staatssekretär im Wiederaufbauministerium, Otto Schmidt, dass wegen der Raumforderungen der Franzosen ein Verbleib der Landesregierung in Koblenz teurer wäre als ein Umzug nach Mainz. Auch der Ältestenrat sprach sich am 2. März 1950 für die Verlegung der Regierung nach Mainz aus. Einen Tag später ermöglichte Landesgouverneur Hettier de Boislambert mit der Aufhebung des Hauptstadtartikels der Ordonnanz Nr. 57 eine Abstimmung des Landtags über die Hauptstadtfrage. Zwar hatten die Franzosen damit die gemachte Vorgabe offiziell aufgegeben und die Frage dem rheinland-pfälzischen Landtag überlassen, gleichzeitig drängten sie aber weiterhin massiv auf einen Umzug, da sie davon überzeugt waren, mit der im Gegensatz zu Koblenz vergleichsweise zentralen Lage von Mainz eine Spaltung von Rheinland-Pfalz verhindern und ihren Einfluss in dem neu gegründeten Deutschland besser sichern zu können.

Kosten und Finanzierung waren die Hauptstreitpunkt bei der folgenden Debatte im Landtag am 4. April 1950. Die hohen Kosten eines Umzugs von Regierung, Ministerien und Landtag waren das Hauptargument der Umzugsgegner. Die Abstimmung am selben Tag brachte eine überraschende Pattsituation: Es gab 43 Ja- sowie 43 Nein-Stimmen, bei sechs Enthaltungen. Neun Abgeordnete waren nicht anwesend und hatten daher an der Abstimmung nicht teilgenommen. Für Mainz hatten 31 der 48 CDU-Abgeordneten gestimmt, aber nur zehn Abgeordnete von 34 der SPD sowie nur zwei von insgesamt elf FDP-Abgeordneten.

Für die fünf Wochen bis zur zweiten Abstimmung liegen kaum schriftliche Überlieferungen vor. Das zweite Votum fiel eindeutig aus. Die Abstimmung über den gemeinsamen Initiativantrag zur Verlegung des Sitzes der Landesregierung von 42 Abgeordneten von CDU und SPD am 16. Mai endete mit 49 gegen 32 Stimmen für einen Umzug bei drei Enthaltungen.

Als Ausgleich für den Verlust des Regierungssitzes konnte Koblenz eine Reihe von Landesinstitutionen behalten. Einige Einrichtungen wurden zudem neu in Koblenz angesiedelt. So finden sich auch heute noch sowohl das Landeshauptarchiv und ein Oberlandesgericht in Koblenz. Das Bundesarchiv kam 1952 damals in relativer Nähe zum Sitz der Bundesregierung nach Koblenz. Was zunächst als Provisorium gedacht war, hat sich als Hauptdienstort der Behörde bis heute erhalten.

¹⁷ (Wirth 2010, 91 f.)

Erinnerungsspuren

In Koblenz finden sich heute u. a. noch folgende Gebäude und Denkmäler mit Bezug zur Gründungszeit des Landes Rheinland-Pfalz, die mit Schülerinnen und Schülern erkundet werden können:

Sitzungssaal der Beratenden Landesversammlung: Theater, Neustadt

Erster Sitzungssaal des Landtags: Rathaus Koblenz, Jesuitenplatz/Gymnasialstraße 1

Zweiter Sitzungssaal des Landtags: Görreshaus, Eltzerhofstraße 6a

Staatskanzlei und Justizministerium: Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3

Wiederaufbauministerium: Rheinau 3/4, Koblenz Oberwerth (ehem. Preußisches Lehrerinnenseminar)

Peter-Altmeier-Denkmal (1981): Moselanlagen des Peter-Altmeier-Ufers, Nähe Deutsches Eck

Denkmal zur Erinnerung an die Rittersturz-Konferenz: Berghotel 1974 abgerissen, seit 1978 Denkmal, 2008 restauriert und um Infotafeln erweitert: Oberhalb des Stadions Oberwerth im Wald gelegen, von der Innenstadt nicht fußläufig erreichbar.

Didaktisch-methodisch bearbeitete Materialien

In einem gemeinsamen Projekt mit der Stadtbildstelle Koblenz haben Schülerinnen und Schüler eines Leistungskurses Geschichte am Eichendorff-Gymnasium Koblenz mehrere Geocaches erarbeitet, mit denen sich die Spuren und die frühe Demokratiegeschichte von Rheinland-Pfalz in Koblenz entdecken lassen.

Geocaching (von griechisch geo „Erde“ und englisch cache „geheimes Lager“) ist eine Art elektronische Schatzsuche oder Schnitzeljagd. Die Verstecke („Geocaches“, kurz „Caches“) werden anhand geografischer Koordinaten im World Wide Web veröffentlicht und können anschließend mit Hilfe eines GPS-Empfängers gesucht werden. Mit genauen Landkarten ist auch die Suche ohne GPS-Empfänger möglich.¹⁸

Geocaching eignet sich gut für das Entdecken von Erinnerungsspuren, da historisches Lernen spielerisch mit einer Art Schatzsuche verknüpft werden kann. In der Regel passt

18 Siehe dazu auch ausführlich den Beitrag auf Geschichtsseiten des Bildungsservers RLP: <http://geschichte.bildung-rp.de/entwicklung/geocaching.html> (Zugriff: 12.06.2014)

Geocaching allerdings nicht in den 45-Minuten-Rhythmus schulischen Unterrichts, so dass es sich als Aktivität vor allem für Wandertage, Exkursionen oder Klassenfahrten eignet. Im Sinne aktiven Lernens ist besonders das Erstellen eigener Caches hervorzuheben. Geocaches werden dann für die Schülerinnen und Schüler eine andere, motivierende Form eines Lernprodukts, in denen sie ausgehend von ihren Recherchen eigene Narrationen erstellen können.¹⁹

Zur Demokratieggeschichte von Rheinland-Pfalz in Koblenz haben die Schülerinnen und Schüler insgesamt fünf Caches erstellt, die alle den Titel „Koblenz – (k)eine Hauptstadt?“ tragen und auf opencaching.de zu finden sind.²⁰

Die Caches legen inhaltlich unterschiedliche Schwerpunkte, jeweils entsprechend den Gebäuden, mit denen sich die Rätsel, die zum Finden der Koordinaten des Caches gelöst werden müssen, beschäftigen. Dabei sind die fünf Caches so angelegt, dass sie auch nacheinander als Rundgang absolviert werden können und dabei einen breiten Überblick über die frühe Demokratieggeschichte des heutigen Rheinland-Pfalz bieten. Die Rätselfragen sind allerdings so angelegt, dass entweder vor Start eine Bibliotheks- und/oder Internetrecherche notwendig ist oder während des Geocachens internetfähige Smartphones zum Nachschlagen zur Verfügung stehen sollten.

Die Geocaches ersetzen keinen Geschichtsunterricht. Sie bedürfen der inhaltlichen Vor- und/oder Nachbereitung. Sie eignen sich besonders gut als Einstieg oder zum Abschluss einer Unterrichtseinheit zu dem Thema.

Etwas anders angelegt bietet Actionbound eine Alternative zu Geocaching. Bei Actionbound findet sich am Ende des Spiels keine versteckte Dose, sondern es werden Punkte für die gestellten Aufgaben vergeben, die schließlich in einer Bestenlisten angezeigt werden. Unter dem Titel „Koblenz vs. Mainz“ ist ein „Bound“ zur Demokratieggeschichte angelegt.²¹ Voraussetzung zum Spielen ist eine Anmeldung bei Actionbound und das Vorhandensein von Smartphones, auf denen die kostenlose App, die es für Android und iOS gibt, installiert sein muss. Der Actionbound fokussiert die Geschichte der Abstimmung über die rheinland-pfälzische Hauptstadtfrage. In einer Art Zeitreise begibt man sich in das Jahr 1950 und muss durch das Beantworten von Fragen und das Aufsuchen historischer Orte in der Stadt herausfinden, was passiert ist.

19 Siehe dazu Bernsen, 2014 (im Erscheinen)

20 Link zum ersten Cache der Serie: www.opencaching.de/viewcache.php?cacheid=164688 (Zugriff: 12.06.2014)

21 Link zum Actionbound: www.actionbound.de/bound/KoblenzVsMainz (Zugriff: 12.06.2014)

Links und Literatur

Bernsen, Daniel: Geocaching: historisches Lernen vor Ort und unterwegs. Online unter: geschichte.bildung-rp.de/entwicklung/geocaching.html (Zugriff: 12.06.2014).

Bernsen, Daniel: Geocaching und mobiles Geschichtslernen – Lokale und regionale Geschichtskultur als ein Ausgangspunkt für exemplarisches Lernen im Geschichtsunterricht. In: Kühberger, Christoph (Hg.): Nutzung digitaler Medien im Geschichtsunterricht. Salzburg, 2014 (im Erscheinen).

Brommer, Peter: Koblenz und der Mittelrhein zwischen Zerstörung und Wiederaufbau. Online: www.regionalgeschichte.net/bibliothek/texte/aufsaeetze/brommer-koblenz.html (Zugriff: 12.06.2014).

Küppers, Heinrich: Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946-1955. Veröffentlichung der Kommission des Landtags für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz (Band 14). Mainz: v. Hase & Koehler Verlag, 1990.

Landeshauptarchiv: Der 30. August 1946. Die Verordnung Nr. 57. Die Gründung des Landes Rheinland-Pfalz. Online unter: www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=329 (Zugriff: 12.06.2014).

Landeshauptarchiv: Der 8. Juli 1948. Rittersturz-Konferenz in Koblenz. Online unter: www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=400 (Zugriff: 12.06.2014).

Landeshauptarchiv: Der 29. November 1949. Koblenz oder Mainz. Die 72. Sitzung des Landtages von Rheinland-Pfalz. Diskussionen um den Sitz der Landesregierung. www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=494 (Zugriff: 12.06.2014).

Landeshauptarchiv: Der 16. Mai 1950. Mainz wird Regierungssitz von Rheinland-Pfalz. www.landeshauptarchiv.de/index.php?id=482 (Zugriff: 12.06.2014).

Rummel, Walter (in Verbindung mit Franz Maier und Joachim Hennig): Verfassung, Verwaltung und Justiz. In: Kahlenberg, Friedrich P./Kißener, Michael (Hg.): Kreuz – Rad – Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte. Band 2 Vom ausgehenden 18. bis zum 21. Jahrhundert. Darmstadt: Philipp von Zabern Verlag, 2012, S. 179-258, bes. S. 223-235.

Stadtarchiv Koblenz: Koblenz als Hauptstadt des Deutschen Bundes 1949? Online unter: www.koblenz.de/stadtleben_kultur/stadtarchiv_koblenz_bundeshauptstadt.html (Zugriff: 12.06.2014).

Wirth, Eva: „... dass diese Entscheidung sich auswirken möge zum Wohl von Volk und Land.“ Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz (Heft 47). 60 Jahre Hauptstadtbeschluss des Landtags. Eine Veranstaltung des Landtags Rheinland-Pfalz, der Landesregierung und der Landeshauptstadt Mainz am 17. Mai 2010 im Plenarsaal des Landtags. Mainz, 2010.

(Rechte: CC-BY-SA)

3. Ein Längsschnitt zur Demokratiegeschichte auf dem Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz

Dr. Ralph Erbar

Die folgenden Arbeitsblätter ermöglichen ergänzend zu einer unterrichtlichen Beschäftigung mit einem der in dieser Handreichung vorgestellten Orte der Demokratiegeschichte in Rheinland-Pfalz einen Längsschnitt durch die demokratiegeschichtliche Entwicklung in Deutschland seit der Französischen Revolution bis in die Gegenwart. Dabei steht jeweils eine Quelle zur Mainzer Republik (1792/93), zum Hambacher Fest (1832), zur Revolution 1848/49 und zur Rolle der Parlamente in der heutigen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland im Mittelpunkt. Alle vier Quellen haben ihren geografischen Bezugspunkt im heutigen Rheinland-Pfalz, verweisen aber gleichzeitig auf Etappen der Entwicklung in Deutschland allgemein.

Neben ihrer Längsschnittfunktion können die Quellen auch einzeln ergänzend zu den Beiträgen „Das Deutschhaus in Mainz als Ort der Demokratieerziehung“ (S. 7-10), „Zweibrücken und der ‚Preßverein‘ von 1832“ (S. 18-22), „Hambacher Schloss und Hambacher Fest 1832“ (S. 23-26), „Kaiserslautern und die Revolution 1848/49“ (S. 27-31) und „Kirchheimbolanden und der Kampf der Freischärler von 1849“ (S. 32-35) eingesetzt werden.

Die Mainzer Republik

Am 15. November 1792 warb der Jakobiner Georg Forster (1754-1794) im Mainzer Schloss für die Verfassung der Mainzer Republik. Diese wurde am 18. März 1793 verkündet.

„Frei sein und gleich sein, der Sinnspruch vernünftiger und moralischer Menschen, ist nunmehr auch der unsrige geworden. Für den Gebrauch seiner Kräfte, des Körpers und des Geistes, fordert jeder gleiches Recht, gleiche Freiheit; und nur die Verschiedenheit dieser Kräfte selbst bestimmt die verschiedene Art ihrer Anwendung und Nützlichkeit. Du Glücklicher! dem die Natur große Vorzüge des Geistes oder auch gewaltige Leibesstärke geschenkt hat, bist Du nicht zufrieden, zu so großem Genusse deiner eigenen Kräfte ausgestattet zu sein? Wie darfst du dem, der schwächer ist als du, das Recht versagen, mit seinem geringern Maß von Kräften anzufangen, was er kann und was er ohne Nachteil eines andern will?

Dies, Mitbürger, ist die Sprache der Vernunft, die so lange verkannt und erstickt worden ist. Dass wir sie hier laut reden dürfen, hier, wo sie nie ertönte, so lange der Auswurfs des Menschengeschlechts, nämlich ausgeartete, schwachsinnige Privilegierte, hier ihre besseren, nicht privilegierten Brüder verdrängten, - dass wir diese Sprache reden, wem anderen verdanken wir es als den freien, den gleichen, den tapferen Franken¹? [...]

Dies ist aber ein Zeitpunkt, wo kein guter Bürger unentschieden bleiben darf; jeder muss jetzt zum allgemeinen Besten seinen kleinen Beitrag liefern, und vor allem ist jeder schuldig, jetzt seine wahren Gesinnungen an den Tag zu legen. [...]

Soll nicht ewige Schande auf Euren Namen haften, soll die Nachwelt nicht sagen, im Jahr 1792, als die Franken anfangen die Welt von ihren Tyrannen zu befreien, da waren die Mainzer die einzigen trägen, unentschlossenen, von Sklavensinn und Feigheit niedergedrückten, fühllosen Geschöpfe, die nicht froh der Freiheit entgegenjauchzten, die Einzigen, die nicht mit Eifer, mit Männermuth, mit Kraft und That ihr Glück zu schätzen wussten: sollen nicht Eure Kinder einst erröthen und sich schämen, wenn man sie Mainzer nennt? [...] So lasst Euch nicht länger zurückhalten von dem Recht, das Euch gebührt, und tretet, tretet männlich und fest zum Handeln hervor, mit dem stolzen Bewusstseyn, dass die Herrschaft dem ganzen Volk gehört!“

Aus: Klapheck, H. (Hg.): Als die Revolution an den Rhein kam. Mainz 1994, S. 52-56 (bearb.)

Arbeitsaufträge:

Geben Sie den Inhalt der Rede von Georg Forster mit eigenen Worten wieder.

2. Zeigen Sie an geeigneten Textstellen auf, dass sich Georg Forster auf die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution stützt.
3. Gewichten Sie die Argumente, mit denen er seine Gegner zu überzeugen versucht.
4. Klären Sie, ob sich die Mainzer Jakobiner durchsetzen konnten und wie lange die Mainzer Republik bestand.

1 Mit Franken sind Franzosen gemeint.

Das Hambacher Fest

Am 27. Mai 1832 hielt der Publizist Johann Georg August Wirth (1798-1848) auf dem Hambacher Fest folgende Rede:

„Das Land, das unsere Sprache spricht, das Land, wo unsere Hoffnung wohnt, wo unsere Liebe schwelgt, wo unsere Freuden blühen, das Land, wo das Geheimnis aller unserer Sympathien und all' unserer Sehnsucht ruht, dieses schöne Land wird verwüstet und geplündert, zerrissen und entnervt, geknebelt und entehrt. [...] Die Ursache der namenlosen Leiden der europäischen Völker liegt einzig und allein darin, dass die Herzöge von Oesterreich und die Kurfürsten von Brandenburg den größten Teil von Deutschland an sich gerissen haben, und unter dem Titel der Kaiser von Oesterreich und der Könige von Preußen nicht nur ihre eigenen, durch methodische Plünderung Deutschlands erworbenen Länder, nach orientalischen Formen beherrschen [...], sondern auch ihr Uebergewicht über die kleineren Länder Deutschlands benützen, um auch die Kräfte dieser dem Systeme fürstlicher Alleinherrschaft und despotischer Gewalt dienstbar zu machen. [...]

In dem Augenblicke, wo die deutsche Volkshoheit in ihr gutes Recht eingesetzt seyn wird, in dem Augenblicke ist der innigste Völkerbund geschlossen, denn das Volk liebt, wo die Könige hassen, das Volk vertheidigt, wo die Könige verfolgen, das Volk gönnt das, was es selbst mit seinem Herzblut zu erringen trachtet, und, was ihm das Theuerste ist, die Freiheit, Aufklärung, Nationalität und Volkshoheit, auch dem Brudervolke. [...] Auch Frankreich kann von der Befreiung und Wiedererstehung Deutschlands Freiheit, Glück und Frieden in dauerhafter Weise nie erlangen, weil die unvereinbarlichen Principien von Volkshoheit und dem Königthume des göttlichen Rechts zwischen Frankreich und den deutschen Königen ewige Reibung erzeugen und einen Kampf entzünden müssen, dem nur mit dem entscheidenden Siege des vernünftigen Princips, also dem Triumphe der Volkshoheit in Deutschland, definitiv ein Ziel¹ gesetzt werden kann. Wenn demnach die Reform Deutschlands so sehr im Interesse Frankreichs liegt, so scheint es natürlich, dass die deutschen Patrioten in ihrem schweren und ungleichen Kampfe gegen die Verräther ihres Vaterlandes ihre Hoffnung vorzüglich auf Frankreich setzen sollten. [...]

Aus allen diesen Gründen dürfen denn die deutschen Patrioten [...] in ihr politisches Glaubensbekenntniß den Satz aufnehmen: Selbst die Freiheit darf auf Kosten der Integrität unseres Gebietes nicht erkaufte werden; der Kampf um unser Vaterland und unsere Freiheit muss ohne fremde Einmischung durch unsere eigene Kraft von innen heraus geführt werden, und die Patrioten müssen in dem Augenblicke, wo fremde Einmischung statt findet, die Opposition gegen die inneren Verräther suspendiren und das Gesamtvolk gegen den äußern Feind zu den Waffen rufen. [...]

Fundort: Wirth, J. G. A. (Hg.): Das Nationalfest der Deutschen zu Hambach. Neustadt 1832, S. 41-46 (bearb.)

Arbeitsaufträge:

1. Geben Sie den Inhalt der Rede von Wirth mit eigenen Worten wieder.
2. Vergleichen Sie den Inhalt der Rede von Wirth mit der von Forster.
3. Informieren Sie sich über das Schicksal von Wirth und der anderen Redner des Hambacher Festes

1 Hier im Sinne von: Ende

Die Revolution von 1848/49

In der Revolution von 1848/49, die die Forderungen des Hambacher Festes wieder aufnahm, traten auch Frauen für das Erreichen demokratischer Ziele ein. Eine von ihnen war Kathinka Zitz-Halein (1801-1877). Sie gründete im Mai 1849 den Mainzer Frauenverein „Humania“. In der Gründungsrede sagte sie:

„Wir haben uns hier versammelt, um nach dem Beispiele unsrer Mannheimer Schwestern, welche die Vereine ‚Concordia‘ und ‚Germania‘ ins Leben riefen, einen Unterstützungsverein zu gründen, der ‚Humania‘ heißen mag, und dessen Zweck der sein soll, Patrioten oder deren Familien, die für die gerechte Sache des deutschen Vaterlandes kämpfen oder von den Drängern verfolgt werden, nach Kräften mit kleinen Gaben zu unterstützen. [...]

Indem wir zusammentreten, muss es mit reinem aufrichtigen Herzen geschehen, alle Sonderbündelei, alle Parteisucht, aller Vorrang, Ehrgeiz, jede Nebenabsicht muss verbannt bleiben; wir müssen aufhören Frauenzimmer zu sein und gänzlich Bürgerinnen und Vaterlandsfreundinnen werden; wir dürfen nur den einen Zweck im Auge behalten, auf die Förderung unsers Zieles hinzuwirken und uns in echt weiblicher, menschlich-schöner Weise dem gemeinsamen Vaterlande nützlich zu machen. Darum soll unser Verein aber auch nicht nur ein Unterstützungsverein sein, sondern wir machen uns auch verbindlich, wenn es Noth thun sollte, unsere kranken und verwundeten Brüder zu pflegen, wir müssen gefasst sein bei allen Gelegenheiten mit Aufopferung, mit Selbstverläugnung und Liebethätigkeit in das ernste Leben einzugreifen, kaufen wir uns im Jahre ein Kleid oder einen Hut weniger, und wir werden viel thun können, wir werden manchen Hunger zu stillen, manche Blöße zu decken, manche Thräne zu trocknen vermögen. [...]

Bevor wir die Einzeichnung in die Liste beginnen, möchte ich, nachdem wir uns über die Hauptsache geeinigt haben, der Versammlung noch einen weiteren Vorschlag thun, nämlich den: auch zur Anschaffung von Waffen beizutragen. Haben vielleicht auch manche von uns kein uns zu Gebote stehendes Geld um irgend ein Waffenstück anzukaufen, so haben wir doch alle Schmucksachen, die sich in Geld verwandeln lassen. Stellen wir diese dem demokratischen Verein zur Verfügung, mit dem Ersuchen, sie zu verwerthen, für den Betrag Waffenstücke anzukaufen und auf diese den Namen der Geberin graviren zu lassen. Eine solche Waffe wird für den Streiter, der sie empfängt, zur Ehrenwaffe werden, zu einer heiligen Oriflamme¹, denn wer würde der Feige sein, der eine ihm von Frauenhand zum Schutze des Vaterlands übergebene Waffe anders als mit seinem Leben fahren ließe!

Aus: „Der Demokrat“ vom 17. Mai 1849 (bearb.)

Arbeitsaufträge:

1. Stellen Sie die Unterstützungsmaßnahmen des Vereins „Humania“ zusammen.
2. Antworten Sie auf die Rede Zitz-Haleins a) aus der Sicht eines fortschrittlichen Mannes und b) aus der Sicht einer konservativen Frau.
3. Stellen Sie eine Liste weiterer deutscher Frauenrechtlerinnen des 19. Jahrhunderts und ihrer Forderungen zusammen.

¹ Oriflamme (Goldflamme) ist die mittelalterliche Reichs- und Kriegsflagge der französischen Könige. Gemeint ist hier ein heiliges Feuer.

Der Landtag Rheinland-Pfalz – das „Herz der Demokratie“?

Die Abgeordneten des rheinland-pfälzischen Landtages kommen im Deutschhaus zusammen, das 1792/93 Sitz der Mainzer Republik war. In einer Selbstdarstellung des Landtages heißt es:

„Die Demokratie in Deutschland, wie die meisten von uns sie kennen, hat gemessen an anderen Ländern in der Welt noch keine besonders lange Tradition. Die Länderparlamente in der heutigen Form sind durch die Siegermächte nach dem Ende des 2. Weltkrieges eingerichtet worden. Das gilt auch für den Landtag Rheinland-Pfalz. Die Alliierten wollten mit ihren Beschlüssen die Demokratisierung Deutschlands vorantreiben. [...]

Der neu gewählte Landtag tagte zunächst in Koblenz und ab 1951 in Mainz, im Deutschhaus, einem der geschichtsträchtigsten Bauten in der Landeshauptstadt. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war es als Residenz des Deutschen Ritterordens erbaut worden. Seither ist das Deutschhaus Sitz des rheinland-pfälzischen Landtages. [...]

Hier hatte 1793 für einige Monate mit dem rheinisch-deutschen Nationalkonvent der Mainzer Republik das erste an parlamentarischen Prinzipien orientierte Parlament auf deutschem Boden getagt. Hier hatte dessen Vizepräsident Georg Forster für Freiheit und Gleichheit gestritten und den Zusammenschluss mit der revolutionären französischen Republik gefordert. [...] An der Stirnseite des Plenarsaals befinden sich die Plätze für das Sitzungspräsidium, das aus dem Landtagspräsidenten und zwei Schriftführern besteht und für den ordnungsgemäßen Ablauf der Plenarsitzung Sorge zu tragen hat. Hinter ihnen befinden sich zwei bogenförmig ineinander greifende Wandelemente. Das eine trägt das Wappen von Rheinland-Pfalz, das andere enthält die „Hambacher Fahne“. Sie gehört zu den wenigen erhaltenen Fahnen, die Ende Mai 1832 in einem Zug von rund 30.000 Menschen als Symbol für Freiheit und Einheit zum Hambacher Schloss mitgetragen worden ist. [...]

Das Parlament – so heißt es manchmal – sei das Herz der Demokratie. Diese Feststellung geht von einem bestimmten Demokratieverständnis aus, von dem der repräsentativen Demokratie. Sie unterstellt zurecht, dass in modernen Staaten mit ihren vielfältigen und immer komplizierteren Aufgaben das Volk nicht über alle politischen Fragen selbst entscheiden kann. Demokratie kommt deshalb nicht ohne Arbeitsteilung aus. Das Volk wählt die Parlamente und lässt sich von ihnen vertreten. Das ist das Wesen der repräsentativen Demokratie. Sie weist den Parlamenten die zentrale Stellung zu; vor diesem Hintergrund ist es auch zutreffend, sie als ‚Herz der Demokratie‘ zu bezeichnen.

Fundort: Wagner, Edgar: Der Landtag Rheinland-Pfalz. Blätter zum Land 4/2005. Mainz 2005 (bearb.)

Arbeitsaufträge:

1. Erklären Sie, warum die Demokratie in Deutschland „noch keine besonders lange Tradition“ hat.
2. Sammeln Sie Argumente, die für und gegen das Deutschhaus als Sitz des Landtages sprechen.
3. Die Redner im Landtag sprechen vor einer „Hambacher Fahne“. Deuten Sie diese symbolische Aussage.
4. Beurteilen Sie die Aussage vom Parlament als „Herz der Demokratie“

4. SERVICETEIL

4.1. Hinweise zu weiteren Orten mit demokratiegeschichtlichen Angeboten in Rheinland-Pfalz

Bad Marienberg, Europahaus

Europahaus Marienberg
Öffentliche Stiftung bürgerlichen Rechts
Europastraße 1, 56470 Bad Marienberg/Postfach 1204, 56464 Bad Marienberg
Tel.: 02661 640-0/Fax: 02661 640-100
E-Mail: ehm@europahaus-marienberg.eu

Informationen im Internet:

www.europahaus-marienberg.eu/

Ergänzend zu den Angeboten des Europahauses entsteht zur Zeit (2014) die Installation „Europaspuren“. An sechs zentralen Punkten der Stadt Bad Marienberg werden dabei Kunstwerke mit Bezug zum europäischen Gedanken zusammen mit einer Schilderkonstruktion aufgestellt, die gemeinsam die Beschäftigung mit einem europäischen Schwerpunktthema in drei Sprachen ermöglichen. Die damit verbundenen digitalen Elemente regen zu einem neuen Lernansatz unter Nutzung von Social Media an.

Blog zu den Europaspuren: www.europaspuren.eu

Speyer, Historisches Museum der Pfalz

Der „Geburtsstunde der Demokratie“ ist in der Sammlungsausstellung „Neuzeit“ des Historischen Museums ein eigener Bereich gewidmet. Dort stehen die Ereignisse und die Folgen des Hambacher Festes von 1832 im Vordergrund. Die Ausstellung zeigt einige zeitgenössische Exponate und bietet zwei Hörstationen. Führungen für Schulklassen können gebucht werden. Außerdem bietet die Druckwerkstatt des Museums für 1. bis 7. Klassen einen Workshop „Das Hambacher Fest. Flugblätter entwerfen und drucken“ an.

Historisches Museum der Pfalz Speyer
Domplatz 4
67346 Speyer
Tel.: 06232 1325-765

Telefonnummer für Buchungen von Führungen:

Tel.: 06232 620222/Telefax: 06232 1325-40

Internet: www.museum.speyer.de

Schulprogramm des Historischen Museums der Pfalz:

Internet: www.museum.speyer.de/Deutsch/Besucherinformation/Schulprogramm.htm

Ingelheim, Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim

Die Fridtjof-Nansen-Akademie ist die Plattform für die gesellschaftspolitische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim. Mit ihren Seminaren und Studienreisen richtet sie sich an Jugendliche, Multiplikatoren und alle Interessierten. Im Bereich Demokratieerziehung werden für Jugendliche insbesondere die Studientage „Rechtsextremismus im Alltag“ und das Trainingsprogramm zur Deeskalation von Gewaltsituationen „Mut gegen Rechts – Mut gegen Gewalt: Aggression, Gewalt und Rassismus. Wie gehen wir damit um?“ angeboten. Weitere Themenschwerpunkte im Jugend- und Erwachsenenbereich sind u. a. die Themen Entwicklungspolitik und Nachhaltigkeit. Angebote bestehen jedoch zur gesamten Bandbreite der politischen Bildung. Im Bereich Jugendseminare können auf Anfrage Seminartermine für 20-45 Teilnehmende mit der Akademie vereinbart werden.

Adresse und Link

Fridtjof-Nansen-Akademie für politische Bildung im Weiterbildungszentrum Ingelheim
Wilhelm-Leuschner-Straße 61
55218 Ingelheim
Tel.: 06132 79003-16
Telefax: 06132 79003-22

Informationen im Internet

www.fna-ingelheim.de

4.2 Exkursionstipps Bundesstadt Bonn



Bundeshaus Bonn 1961. Aus einem Umbau der vormaligen Pädagogischen Akademie hervorgegangen, war es von 1949 bis 1988 Tagungsort des Deutschen Bundestags.
(Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F010479-0006/CC-BY-SA)

Bedeutung des Ortes für die Demokratieggeschichte und historische Hintergrundinformationen

Das vor allem aus dem Norden von Rheinland-Pfalz gut erreichbare Bonn ist zweifellos einer der zentralen Orte der deutschen Demokratieggeschichte. Bonn war von 1949 bis 1999/2000 Regierungs- und Parlamentssitz und damit de facto (aber nicht nominell) Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Die Stadt bildete daher das politische Zentrum des nach der Weimarer Republik zweiten demokratischen Staatswesens auf deutschem Boden. Aufgrund der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg besaß die Wahl Bonns, das unter dem Einfluss Konrad Adenauers und der CDU dem von der SPD präferierten Frankfurt vorgezogen wurde, zunächst provisorischen Charakter. Im Beschluss des 1. Deutschen Bundestags vom 3. November 1949 wurde die Festlegung Bonns als „vorläufiger Sitz der Bundesorgane“ bestätigt. Mit der Vertiefung der deutschen Spaltung und der Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik im Zuge der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Regierung Brandt/Scheel wurde aus dem Provisorium jedoch Normalität. Schlagworte wie „Bonn ist nicht Weimar“ und rückblickende Begriffsbildungen wie „Bonner Republik“ in Analogie zur Weimarer und Berliner Republik belegen die Bedeutung Bonns für diese Phase der deutschen Geschichte. Mit dem Einigungsvertrag von 1990 wurde Berlin als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschland bestimmt und infolge des Bonn/Berlin-Beschlusses des Bundes-

tags von 1991 verlor Bonn seine Hauptstadtfunktionen. Als Hauptsitz von sechs Bundesministerien und zahlreichen Bundesämtern darf sich Bonn aber weiterhin „Bundesstadt“ nennen und mit dieser Bezeichnung zugleich auf seine historische Bedeutung hinweisen.

Bonn bietet zahlreiche Möglichkeiten für die Gestaltung von Exkursionen mit demokratiegeschichtlichem Schwerpunkt. Je nach zur Verfügung stehender Zeit sind diese auch miteinander kombinierbar. Die besten sollen hier mit knappen Hinweisen vorgestellt werden.

Tipp 1

Weg der Demokratie

Startpunkt dieses Rundgangs durch das ehemalige Regierungsviertel ist das Haus der Geschichte der BRD in der Willy-Brandt-Allee 14. Er führt in 90 bis 120 Minuten an 12 historisch interessanten Punkten mit Informationstafeln vorbei.

Informationen im Internet

www.wegderdemokratie.de/

Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Bonn. Orte der Demokratie. Der historische Reiseführer, Bonn 2009.

Tipp 2

Friedrich-Ebert-Stiftung: Archiv der sozialen Demokratie

Das „Archiv der sozialen Demokratie“ bietet die Möglichkeit von Archivführungen, des Besuchs wechselnder Ausstellungen und natürlich auch der Archivrecherche zu Themen aus dem Bereich der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, ihrer Organisationen und wichtiger darin tätiger Persönlichkeiten.

Archiv der sozialen Demokratie
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Informationen im Internet:

www.fes.de/archiv/adsd_neu

Speziell zu Archivführungen:

Internet: www.fes.de/archiv/adsd_neu/inhalt/fuehrung.htm

Tipp 3

LVR-LandesMuseum Bonn

Das vom Landschaftsverband Rheinland getragene Museum bietet einen vielfältigen Einblick in die Kulturgeschichte des Rheinlandes von der Vor- und Frühgeschichte bis zur Gegenwart. Möglich sind sowohl ein thematischer Rundgang als auch ein chronologischer Zugriff.

LVR-LandesMuseum Bonn

Colmantstraße 14-16

Tel.: 0228 2070-0

E-Mail: info.landeseuseum-bonn@lvr.de

Informationen im Internet:

<http://www.rlmb.lvr.de/>

Tipp 4

Stadtführungen

Der Verein StattReisen Bonn erleben e.V. bietet thematische Stadtführungen auch mit demokratiegeschichtlichem Schwerpunkt an. Diese dauern ca. zwei bis zweieinhalb Stunden und kosten derzeit 6,00 €.

www.stattreisen-bonn.de/

Maximilianstraße 28d

53111 Bonn

Tel.: 0228 654553

E-Mail: info@stattreisen-bonn.de

Informationen im Internet:

<http://www.stattreisen-bonn.de/stadtfuehrungen.htm#bannmeile>

Speziell zu Besuchen in den Häusern des Bundes:

<http://www.stattreisen-bonn.de/stadtfuehrungen.htm#haeuserdesbundes>

Autorinnen und Autoren

Daniel Bernsen

Eichendorff-Gymnasium, Koblenz

Dr. Ralph Erbar

Staatliches Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien, Bad Kreuznach

Ulrich Eymann

Pädagogisches Landesinstitut Rheinland-Pfalz

Dr. Irene Nehls

Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz/NS-Dokumentationszentrum
Rheinland-Pfalz

Steffen Reinhard

Gedenkstätte SS-Sonderlager/KZ Hinzert

Gernot Stiwitz

Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur Rheinland-Pfalz



Rheinland-Pfalz

PÄDAGOGISCHES
LANDESINSTITUT

Pädagogisches Landesinstitut
Butenschönstr. 2
67346 Speyer

pl@pl.rlp.de
www.pl.rlp.de